14. Wahlperiode

Plenarprotokoll 14/22

22. Sitzung

Kiel, Freitag, 24. Januar 1997

Gemeinsame Beratung3

a) Ausländerrecht

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 14/484

b) Ermöglichung eines Schulabschlusses

Antrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache
14/415
Klaus-Peter Puls (SPD)
Kaus Schlie (CDU)
Matthias Böttcher (BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)
Wolfgang Kubicki (F.D.P.)
Anke Spoorendonk (SSW)
Wolfgang Baasch (SPD)
Dr. Ekkehard Wienholtz, Innenminister

Beschlüsse:

1. Annahme des Antrages Drucksache
14/484
2. Überweisung des Antrages Drucksache
14/415 an den Innen- und Rechtsausschuß

Ermittlungsverfahren „Todesfall21 Barschel“

Antrag der Fraktionen von CDU und F.D.P.
Drucksache 14/497

Gerd Walter, Minister für Justiz, Bundes- und
Europaangelegenheiten
Thorsten Geißler (CDU)
Klaus-Peter Puls (SPD)
Matthias Böttcher (BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)
Wolfgang Kubicki (F.D.P.)
Anke Spoorendonk (SSW)
Ursula Kähler (SPD)
Dr. Ottfried Hennig (CDU)
Klaus Schlie (CDU)
Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)
Ute Erdsiek-Rave (SPD)

Beschluß: Für erledigt erklärt

Kinderpornographie im Internet42

Antrag der Fraktion der CDUDrucksache 14/480

Beschluß: Überweisung an den Innen- und
Rechtsausschuß und den
Sozialausschuß

Einwilligung in die Veräußerung der landeseigenen Liegenschaft „Blomenburg“ in Selent42

Antrag des Ministers für Finanzen und Energie
Drucksache 14/470

Beschluß: Annahme

Stärkung der Integration des Güterverkehrs43

Antrag der Fraktion der SPDDrucksache 14/454

Uwe Döring (SPD)
Martin Kayenburg (CDU)
Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Christel Aschmoneit-Lücke (F.D.P.)
Anke Spoorendonk (SSW)
Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Peer Steinbrück, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr

Beschluß: Überweisung an den Wirtschaftsausschuß

Resolution zur Wiedereröffnung der Marschenbahn55

Antrag der Abgeordneten des SSWDrucksache 14/471

Anke Spoorendonk (SSW)
Martin Kayenburg (CDU)
Dr. Ulf von Hielmcrone (SPD)
Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Christel Aschmoneit-Lücke (F.D.P.)
Peer Steinbrück, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr

Beschluß: Überweisung an den Wirtschaftsausschuß

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Landesblindengeldgesetzes62

Gesetzesentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/455

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales
Wolfgang Baasch (SPD)
Gudrun Hunecke (CDU)
Matthias Böttcher (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Christel Aschmoneit-Lücke (F.D.P.)
Anke Spoorendonk (SSW)

Beschluß: Überweisung an den Sozialausschuß

Neuordnung des Jugendvollzugs in Schleswig-Holstein67

Antrag der Fraktion der CDUDrucksache 14/477

Caroline Schwarz (CDU)
Holger Astrup (SPD)
Matthias Böttcher (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Wolfgang Kubicki (F.D.P.)
Anke Spoorendonk (SSW)
Dr. Ottfried Hennig (CDU)
Irene Fröhlich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gerd Walter, Minister für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten
Dr. Gabriele Kötschau (SPD)
Thomas Stritzl (CDU)
Peter Jensen-Nissen (CDU)

Beschluß: Ablehnung

* * * *

Regierungsbank:

Heide Simonis, Ministerpräsidentin

Gerd Walter, Minister für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten

Gisela Böhrk, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Dr. Ekkehard Wienholtz, Innenminister

Angelika Birk, Ministerin für Frauen, Jugend, Wohnungs- und Städtebau

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie

Peer Steinbrück, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr

Hans Wiesen, Minister für ländliche Räume, Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Rainer Steenblock, Minister für Umwelt, Natur und Forsten

* * * *

Beginn: 10:00 Uhr

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist eröffnet.

Nach Mitteilung der Fraktionen ist der Abgeordnete Peter Gerckens erkrankt, beurlaubt ist der Abgeordnete Günter Neugebauer.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 25 und 12 auf:

Gemeinsame Beratung

a) Ausländerrecht

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 14/484

b) Ermöglichung eines Schulabschlusses

Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 14/415

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall; dann eröffne ich die Aussprache.

Das Wort hat Herr Abgeordneter Puls.

Klaus-Peter Puls [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Artikel 1 unseres **Grundgesetzes** sagt: „Die **Würde des Menschen** ist unantastbar.“ Ich glaube, hier im Hause besteht in allen Reihen Einigkeit darüber, daß das auch für ausländische Menschen zu gelten hat. Die SPD-Fraktion hat heute einen Antrag vorgelegt, der nicht in einem großen Rundumschlag das Bundesrecht, welches zur Zeit Gültigkeit hat, wieder beseitigen will, sondern wir wollen uns, ganz konkret bezogen auf Einzelfälle, um Verbesserungen bemühen. Ich verlese unseren Antrag. Er besteht aus drei Nummern:

„1. Der Landtag unterstützt die Absicht des Landesinnenministers, aus humanitären Gründen anzuordnen, daß für die überlebenden Opfer der Lübecker Brandkatastrophe vom 18. Januar 1996 Aufenthaltsbefugnisse erteilt werden. Der Landtag bittet den Bundesinnenminister, zu der beabsichtigten Anordnung das erforderliche Einvernehmen zu erteilen (§ 32 AuslG).

2. Der Landtag bittet den Landesinnenminister, sich auf Bundesebene weiterhin für Rechtsänderungen einzusetzen, die es den Ausländerbehörden wieder ermöglichen, auch nach einem negativen Ausgang des Asylverfahrens im Einzelfall aus dringenden humanitären Gründen ein Aufenthaltsrecht einzuräumen.

3. Der Landtag bittet den Landesinnenminister, fachaufsichtlich darauf hinzuwirken, daß die im geltenden Bundesrecht vorhandenen Beurteilungs- und Ermessensspielräume für humanitäre Einzelfallentscheidungen ausgenutzt werden. Dies gilt insbesondere auch für die Fälle, in denen der Eingabenausschuß oder die Härtefallkommission entsprechende Empfehlungen abgegeben haben.“

Uns liegt außerdem der schon in der letzten Sitzung als Dringlichkeitsantrag eingebrachte Antrag der F.D.P.-Fraktion vor. Danach sollen wir in einem Einzelfall aus dem Plöner Gebiet hier im Plenum eine Entscheidung treffen, die der Empfehlung des Eingabenausschusses entspricht. Zu diesem Antrag möchte ich für meine Fraktion sagen, daß wir nicht bereit sind - das gilt generell -, Einzelfälle, die im Eingabenausschuß zur Beratung angestanden haben, hier in öffentlicher Sitzung des Landtages zu beraten.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir halten es aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes der jeweiligen Petentin oder des Petenten für erforderlich, daß solche Fälle in vertraulicher, jedenfalls nichtöffentlicher Sitzung beraten und abgeschlossen werden. Wir schlagen deshalb vor, daß dieser Antrag heute ohne Aussprache an den Innen- und Rechtsausschuß überwiesen und dort in nichtöffentlicher Sitzung zum Abschluß geführt wird.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zu Nummer 1 unseres Antrags: Die **Lübecker Brandkatastrophe** vom 18. Januar 1996 hat schwere Opfer gefordert, Todesopfer, aber auch überlebende Opfer, die heute noch unter den Folgen des Brandes zu leiden haben. In der öffentlichen Diskussion ist immer wieder gefordert worden, für die Gruppe der überlebenden Opfer dieser Brandkatastrophe ein **Bleiberecht** zu schaffen - gleichgültig, ob ein Asylverfahren eingeleitet worden und ob dies mit negativem oder positivem Erfolg für den jeweiligen Asylbewerber ausgegangen ist. Die SPD-Fraktion schließt sich dieser Forderung mit ihrem Antrag hier heute ganz formell und offiziell an.

Wir verweisen darauf, daß für die Brandopfer von Lübeck eine Möglichkeit im geltenden Bundesrecht, nämlich in § 32 Ausländergesetz, besteht. Dort ist die Möglichkeit vorgesehen, aus humanitären Gründen bestimmten bezeichneten Gruppen sozusagen eine Aufenthaltsbefugnis zuzuordnen, ihnen ein Bleiberecht zu übertragen, wenn der **Bundesinnenminister** sein **Einvernehmen** dazu erteilt. Wir wissen, daß der Landesinnenminister, Ekkehard Wienholtz, sich seit letztem Jahr bemüht hat, für die Anwendung dieser Regelung im Fall der Opfer der Lübecker Katastrophe auf der Bundesebene, bei Herrn Bundesinnenminister Kanther, die Zustimmung und das Einvernehmen zu erhalten. Das ist bisher aber nicht gelungen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wie ist es mit den Länderkollegen?)

- Das spielt im Grunde keine Rolle, Herr Kollege Kubicki, denn nach § 32 Ausländergesetz kann die oberste Landesbehörde, das ist für Schleswig-Holstein immer noch und weiterhin Herr Minister Wienholtz -

(Beifall bei der SPD)

allein diese Anordnung treffen, wenn das Einvernehmen des Bundesinnenministers vorliegt. Es fehlt also lediglich das Einvernehmen des Bundesinnenministers, um das wir als Landtagspartei und fraktionsübergreifend im Sinne der Opfer heute bitten sollten.

Ich möchte zu diesem Punkt nur das Stichwort „Präzedenzfall“ in die Debatte werfen,

(Meinhard Füllner [CDU]: Ja, das kehren Sie mal in alle Richtungen!)

das immer wieder als kritische Anmerkung fällt. Ich glaube, daß das formaljuristische Wort des

Präzedenzfalles nicht zu **humanitären Einzelfallentscheidungen** paßt.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Humanitäre Einzelfallentscheidungen sind ihrem Begriff nach solche, die sich auf einen ganz persönlichen Einzelfall beziehen, auf einen ganz bestimmten Vorfall. Deswegen können sie formaljuristisch gesehen keine **Präzedenzfälle** für weitere Einzelfälle sein. Jeder Einzelfall - das haben wir im Eingabenausschuß bei der Behandlung von zahlreichen ausländerrechtlichen Fällen gelernt - findet auch bei uns immer in Einzelberatung statt. Die Beratung findet durch das Einfinden in das Schicksal dieses einzelnen Menschen, der die Petition eingebracht hat, statt. So muß es sein.

(Beifall des Abgeordneten Heinz-Werner Arens [SPD])

Die humanitäre Einzelfallentscheidung muß für jeden einzelnen Fall, für jedes einzelne Schicksal getroffen werden. Es muß eine ganz konkret darauf bezogene Prüfung stattfinden. Mit Präzedenz kann man hier nicht argumentieren. Im Hinblick auf die Menschenwürde des Artikels 1 des Grundgesetzes, den ich am Anfang zitiert habe, ist es eine böse Unterstellung, mit der Argumentation Präzedenzfall zu sagen, es könnte ausländische Menschen geben, die - auch auf die Gefahr hin, daß engste Familienangehörige in einem Brand umkommen - ihre Notbehausung hier in Deutschland anstecken, nur um in den Genuß eines Bleiberechts zu kommen. Ich halte so eine Unterstellung für menschenverachtend und weise sie in jedem Fall zurück.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nummer 2 unseres Antrages lautet:

„Der Landtag bittet den Landesinnenminister, sich auf Bundesebene weiterhin für Rechtsänderungen einzusetzen, die es den Ausländerbehörden wieder ermöglichen, auch nach einem negativen Ausgang des Asylverfahrens im Einzelfall aus dringenden humanitären Gründen ein Aufenthaltsrecht einzuräumen.“

Wir wissen, daß das Ausländer- und das Asylrecht des Bundes verschärft worden sind. Darüber haben wir auch in diesem Hause Ende 1992, Anfang 1993

diskutiert. Wir wissen, daß das Bundesrecht gnadenlos ist, wenn es um die Abschiebung abgelehnter Asylbewerberinnen und Asylbewerber geht.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Wir sollten zur Kenntnis nehmen, daß auch ein Landesinnenminister, daß auch eine Landesausländerbehörde an das **Bundesrecht** gebunden ist, sich an dieses Recht zu halten hat und nicht in der Lage ist, Gnade vor Recht ergehen zu lassen. Genau dies soll aber - nach einem Antrag, der jetzt von unserem Landesinnenminister und unserer Landesregierung in den Bundesrat eingebracht worden ist - für die Landesebene ermöglicht werden. Es soll dann möglich sein, in **Landeszuständigkeit** ohne die verschärften Voraussetzungen, die § 30 des Ausländergesetzes vorschreibt, abgelehnten Asylbewerberinnen und Asylbewerber in einzelnen Härtefällen Aufenthaltsbefugnisse zu erteilen.

Wir unterstützen ausdrücklich - das sage ich jetzt, Herr Kubicki -, daß der Innenminister unseres Landes unabhängig vom totalen Einvernehmen der anderen Landesinnenminister, auch der A-Bundesländer, die Entscheidung getroffen hat, im Bundesrat eine solche Initiative zu ergreifen. Wir halten es aus Gründen der öffentlichen Wirkung auch für ausländerfreundliche Bundesregelungen in der Tat für angezeigt, daß sich auch einzelne Landesinnenminister für humane Ausländerrechtsregelungen im Bundesrecht einsetzen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Herr Kubicki, was die fachaufsichtliche Hinwirkung, die wir von unserem Landesinnenminister erbitten, in Richtung Ausländerbehörden angeht, die - wenn auch geringen - Ermessens- und Beurteilungsspielräume im geltenden Bundesrecht für ausländerfreundliche Entscheidungen auszunutzen, so halten wir diesen Appell für erforderlich, um schleswig-holstein-weit, im ganzen Lande, einheitliche, gleichmäßige, gerechte Bedingungen für alle Asylbewerber/-bewerberinnen, sonstigen Ausländer/Ausländerinnen zu schaffen, die sich hier um Aufenthalt und Bleibe bemühen. Es ist zur Zeit noch so - das ist nach der Rechtslage ja auch korrekt -, daß für den ausländischen Menschen eine gewisse Abhängigkeit davon besteht, welcher **örtlichen Ausländerbehörde** er zugeordnet ist. Hier sollte insoweit für einheitliche Verhältnisse gesorgt werden.

Wo humanitäre Einzelfallentscheidungen möglich sind, sollten die vorhandenen Ermessens- und Beurteilungsspielräume von den Ausländerbehörden ausgenutzt werden.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dazu brauchen wir den fachaufsichtlichen Hinweis des Innenministers an alle Ausländerbehörden des Landes.

(Beifall der Abgeordneten Holger Astrup [SPD] und Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich habe mich im Vorfeld der heutigen Debatte mit Vertreterinnen und Vertretern aller Fraktionen dieses Hauses unterhalten, ob wir vielleicht eine gemeinsame Beschlußfassung hinbekommen. Ich bedauere, daß das offenbar nicht der Fall sein wird. Wir haben hier in den letzten vier Jahren häufig von der **Gemeinsamkeit der Demokraten** gesprochen. Es ist uns gelungen, nur noch mit demokratischen Parteien und Fraktionen in diesem Hause vertreten zu sein. Wir sollten uns nicht nur was Rechtsradikalismus, sondern auch was Linksradikalismus angeht, unter den demokratischen Parteien einig sein, wir sollten uns auch einig sein, was pro Ausländermentalität gemacht werden kann, und wir sollten überall da, wo die Möglichkeit besteht, Ausländerfreundlichkeit in unserer Bevölkerung zu befördern, auch durch formale Abstimmung im Landtag gemeinschaftlich darauf hinwirken.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sie erreichen das genaue Gegenteil!)

Ich schließe, wie ich begonnen habe, mit einem Artikel unseres Grundgesetzes. Herr Kubicki, Artikel 21 sagt, daß die Parteien bei der politischen Willensbildung des Volkes mitwirken. Wir sollen ihr nicht hinterherlaufen.

Ich persönlich beobachte allenthalben, auf Marktplätzen, auf der Straße, daß nach wie vor - und nicht nur am Rande unserer Gesellschaft - eine alltägliche Fremdenfeindlichkeit, eine Ausländer-raus-Mentalität vorhanden ist. Wir in den politischen Gremien haben die Verantwortung, durch unsere Öffentlichkeitsarbeit und parlamentarischen Entscheidungen darauf hinzuwirken, daß diese Ausländer-raus-Mentalität abgebaut wird.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Schlie.

Klaus Schlie [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Landtag soll sich heute auf Antrag von F.D.P. und SPD mit zwei Einzelfällen aus dem Asylbereich beschäftigen, die beide - für sich allein betrachtet - unter dem Gesichtspunkt der **Humanität** eine intensive und durchaus differenzierte Betrachtung verdienen. Die Empörung und Erschütterung über die Brandkatastrophe in Lübeck ist unter Demokraten ungeteilt, Herr Puls. Das menschliche Mitgefühl für den rumänischen Jugendlichen im Kreis Plön ist ebenfalls keine Worthülse.

Nun ist es in beiden Fällen allerdings nicht so, daß der Schleswig-Holsteinische Landtag mit der heutigen Debatte oder gar den vorliegenden Anträgen die humanitären Probleme, die in beiden Fällen unzweifelhaft vorhanden sind, lösen könnte. Das Schicksal des 19jährigen **rumänischen Staatsangehörigen** im Kreis Plön ist menschlich bedauernswert, und der konkrete Einzelfall berührt viele Menschen, nicht nur im Kreis Plön. Er ist aber - wie auch Frau Kollegin Erdsiek-Rave das in der Dezember-Debatte bereits ausgeführt hat - kein Härtefall. Der von uns geschätzte Plöner Landrat hat menschlich gehandelt, aber dem Gesetz nicht entsprochen. Herr Innenminister, ich gebe Ihnen recht, wenn Sie in Ihrem Interview in den „Kieler Nachrichten“ vom 10. Dezember 1996 sagen:

„Wir müssen zwischen subjektiv motiviertem Rechtsempfinden und demokratisch legitimiertem Recht unterscheiden. Letzteres ermöglicht es, unparteiisch zu sein bei Entscheidungen. Rechtsbruch aufgrund subjektiver Wertvorstellungen oder sogenannter Zivilcourage ist in solchen Fällen im Grunde ein zutiefst undemokratisches Element.“

(Beifall bei der CDU)

Die gesetzlichen Grundlagen lassen im vorliegenden Fall keine Beurteilung nach der geltenden Härtefallregelung zu. So bedauernswert dies für den Betroffenen und seine Eltern auch ist - der Landtag hat keine Möglichkeit, das geltende **Bundesrecht** zu

umgehen oder außer Kraft zu setzen, Herr Kollege Kubicki, er kann auch kein von Ihnen gefordertes politisches Signal setzen. Wenn wir dies nämlich im Sinne des F.D.P.-Antrages machten, würden wir die Absurdität der rot-grünen Asylpolitik in Schleswig-Holstein auf die Spitze treiben.

Herr Innenminister, die von Ihnen eingerichtete Härtefallkommission wird in einem positiv bewerteten Entscheidungsfall die Ausländerbehörden vor Ort bitten, von einer Abschiebung abzusehen, und sie wird somit zu rechtswidrigem Handeln auffordern. Wie hatten Sie doch in Ihrem „KN“-Interview gesagt, Herr Wienholtz? -

„Rechtsbruch aufgrund subjektiver Wertvorstellungen oder sogenannter Zivilcourage ist in solchen Fällen im Grunde ein zutiefst undemokratisches Element.“

Herr Innenminister, ich frage Sie: Müssen Landräte, Oberbürgermeister und Bürgermeister in Schleswig-Holstein genauso wie Herr Landrat Dr. Gebel in Zukunft mit einem Disziplinarverfahren rechnen, wenn sie einer Empfehlung der Härtefallkommission oder Bitte des Innenministers folgen, einen rechtskräftig abgelehnten Asylbewerber nicht abzuschicken? - Herr Wienholtz, bei allem persönlichen Respekt: Das ist politisch schizophren, und aus diesem Grunde habe ich Verständnis für die Haltung von Herrn Dr. Gebel und für den Beschluß des Plöner Kreistages. Ihre rot-grüne Asylpolitik gaukelt den Menschen Humanität vor und fordert zum **Rechtsbruch** auf, den Sie auf der anderen Seite aber disziplinarrechtlich verfolgen.

(Beifall bei der CDU)

Von Ihrem grünen Koalitionspartner müssen Sie sich vorhalten lassen, daß Sie eine zynische Strategie verfolgen, wie dies Herr Hentschel und Herr Böttcher für die Fraktion oder gar Frau Jansen für den Landesverband der Grünen getan haben, daß Sie ohne Rücksicht auf die Humanität eine kleinkarierte Auffassung verträten. - So wörtlich der Vorwurf! In diese Zwickmühle haben Sie sich selbst gebracht, Herr Innenminister.

Herr Kollege Kubicki, Sie berufen sich in Ihrem Antrag auf das Votum des Eingabenausschusses.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Was soll ich sonst machen?)

Herr Kubicki, ich bin sicher, daß es Ihren Mitarbeitern bei der gründlichen Vorbereitung Ihrer Reden nicht

entgangen ist, daß dem **Beschluß des Eingabenausschusses** vom 3. September 1996 ein Beschluß vom 6. August 1996 vorausgegangen ist, in dem es heißt:

„Der Ausschuß hat zur Kenntnis genommen, daß die Absicht der Ausländerbehörde, den rumänischen Staatsangehörigen nach dem 6. August 1996 abzuschieben, fachaufsichtlich nicht zu beanstanden ist. Der rumänische Staatsangehörige ist bereits vollziehbar ausreisepflichtig.“

- In dem Beschluß heißt es weiter:

„Nach § 30 Abs. 5 des Ausländergesetzes darf abgelehnten Asylbewerbern eine Aufenthaltsbefugnis nur nach Maßgabe der Absätze 3 und 4 dieser Vorschrift erteilt werden. Die Voraussetzungen dieser Bestimmungen sind im vorliegenden Fall jedoch nicht erfüllt.“

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

- Herr Kubicki, hören Sie erst einmal zu; ganz zum Schluß können Sie etwas dazu sagen.

(Beifall bei der CDU)

Weiter heißt es im Beschluß des Eingabenausschusses:

„Der Ausschuß weist darauf hin, daß auch nach dem Beschluß der Ständigen Konferenz der Innenminister der Länder vom 29. März 1996 über eine Härtefallregelung für ausländische Familien mit langjährigem Aufenthalt kein Bleiberecht abzuleiten ist.“

Herr Kubicki, dann erst wird am 3. September 1996 erneut im Eingabenausschuß über die Angelegenheit beraten und der Beschluß gefaßt - und jetzt hören Sie gut zu -:

„Ergänzend zu seinem abschließenden Beschluß vom 6. August spricht sich der Eingabenausschuß dafür aus, dem rumänischen Staatsangehörigen den angestrebten weiteren Schulabschluß, Abitur in der BRD,“

- so steht es wörtlich geschrieben -

„zu ermöglichen.“

In Kenntnis der rechtlich klaren und eindeutigen Sachlage und im Bewußtsein, daß der Eingabenausschuß keine Weisungsbefugnis hat, wird der Wunsch geäußert - das ist auch die Aufgabe dieses Ausschusses -, daß dieser Junge das Abitur in Deutschland absolvieren kann.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ja!)

Ich wiederhole: Das ist doch legitim. Landrat und Eingabenausschuß haben doch menschlich nachvollziehbar gehandelt. Aber es gibt keine Rechtsgrundlage für eine derartige Vorgehensweise. Diese ist auch heute nicht gegeben, Herr Kollege Kubicki.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ich erkläre Ihnen gleich, wie es geht!)

- Das ist nett, daß Sie versuchen wollen, mir das zu erklären. Ich habe aber den Sachverhalt von allein begriffen, vielleicht besser als Sie.

(Beifall bei der CDU - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

- Mir ist das Thema zu ernst, als daß ich auf Ihre Zurufe eingehe.

Lassen Sie mich nun zu dem Fall in Lübeck kommen. Die menschlichen Tragödien der Opfer des feigen und hinterhältigen **Brandanschlages in Lübeck** machen es ebenfalls erforderlich, daß wir uns mit dieser Angelegenheit differenziert, sachlich und auf der Grundlage des geltenden Rechts auseinandersetzen. Im Absatz 1 des SPD-Antrages wird der Landtag aufgefordert, etwas zu beschließen, was bereits im Verfahren abgearbeitet ist.

Der Innenminister des Landes Schleswig-Holstein hat den Bundesinnenminister mit Schreiben vom 29. August 1996 gebeten, das Einvernehmen nach § 32 Ausländergesetz zu einer **Bleiberechtsregelung** für die **Überlebenden der Brandkatastrophe** in Lübeck zu erteilen. In diesem Schreiben hat der Landesinnenminister den Versuch unternommen, den Anschlag als eine nahezu alleinige Angelegenheit Schleswig-Holsteins darzustellen und das Einvernehmen mit dem Bundesinnenminister zu erreichen, um einen Präzedenzfall zu vermeiden. Unter Berücksichtigung dessen, Herr Kollege Puls, was Sie gesagt haben, möchte ich betonen: Diese Formulierung

stammt natürlich vom Landesinnenminister, weil sie in der logischen Konsequenz des Gesetzes liegt.

Im Schreiben vom 10. Oktober 1996 schreibt der Bundesinnenminister:

„Mit Blick auf die zu erwartenden Auswirkungen auf andere Länder und die von einer Bleiberechtsregelung ausgehende Präcedenzwirkung habe ich Bedenken gegen eine Gruppenregelung auf der Grundlage von § 32 Ausländergesetz. Deshalb kann nur eine Einzelfallprüfung durch die Ausländerbehörde ergeben, ob nach der geltenden Rechtslage ein Verbleib im Bundesgebiet möglich ist.“

Ihren Hinweis, Herrn Wienholtz, daß die **Ausländerbehörde** daran gehindert sei, Aufenthaltsgenehmigungen zu erteilen, beantwortet der Bundesinnenminister, indem er auf die Möglichkeiten hinweist, die sich aus den § 30 Abs. 3 und 4 Ausländergesetz ergeben. Danach hat die zuständige Ausländerbehörde in jedem Einzelfall zu prüfen, ob die in Absatz 3 und 4 beschriebenen tatsächlichen und rechtlichen Gründe vorliegen, die eine Abschiebung verhindern. Dies ist die Rechtsgrundlage, auf der zu entscheiden ist. Eine andere gibt es nicht.

Es gibt einen öffentlichen Streit zwischen Ihnen, Herr Wienholtz, und Herrn Kanther, ob der Lübecker Fall zu einem **Präzedenzfall** werden kann. In der „Süddeutschen Zeitung“ vom 17. Januar werden Sie mit den Worten zitiert: „Das ist kein Präzedenzfall. Nennt mir einmal ein vergleichbares Unglück mit zehn Toten.“ Ich frage Sie mit allem Ernst, Herr Minister: Wo ist denn der Maßstab, der zu einer objektiven Beurteilung führen könnte, ob in einer solchen Situation ein Präzedenzfall gegeben ist oder nicht? Das Ausmaß einer solchen Katastrophe ist doch kein objektives Kriterium und kann nicht der Maßstab werden.

Im Zusammenhang mit der rechtswidrigen Ausstellung der Paßersatzpapiere und der rechtswidrigen Erteilung von Aufenthaltsgenehmigungen durch den Lübecker Bürgermeister Bouteiller werden Sie, Herr Minister, in der „Süddeutschen Zeitung“ vom 12. Dezember 1996 mit dem Satz zitiert: „Die Verwaltung hat sich am Primat des Rechts zu orientieren und nicht öffentlichem Druck nachzugeben.“ Auch die Grundlage des Ausländergesetzes, auf das sich Herr Kanther beruft, ist geltendes Recht.

Der Lübecker Bürgermeister Bouteiller bezeichnet in der „Landeszeitung“ vom 15. Januar 1997 unser Asylrecht als inhuman. In der „Bergedorfer Zeitung“

vom 20. Januar 1997 sagt er, die gegenwärtige Asylpolitik sei ein Beispiel für die zunehmende Barbarei in Deutschland, das Asylrecht sei ein schlimmer Rückfall in die Zeit vor dem 19. Jahrhundert. Er kündigt an - hören Sie einmal zu -, daß er seine Vorstellungen von Asylpolitik durch Zivilcourage und durch zivilen Ungehorsam erreichen will.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Klatschen Sie nicht zu früh.

Sie, Herr Innenminister, würden diese Aussage - so denke ich - wie folgt beurteilen. Ich zitiere Sie: „Rechtsbruch aufgrund subjektiver Wertvorstellungen oder sogenannter Zivilcourage ist in solchen Fällen im Grunde ein zutiefst undemokratisches Element.“ Sie haben recht, Herr Innenminister.

(Beifall bei der CDU)

Sie, meine Damen und Herren von der SPD, und Sie, Herr Innenminister, verlangen in Ihrem Antrag - Sie haben dies auch schon öffentlich dargestellt - eine Änderung des Asylrechts und eine **Neudefinition der Härtefallregelung**. Lassen Sie mich dazu folgendes ausführen. Am 29. März 1996 haben sich die Innenminister der Länder in Hamburg über lange umstrittene Fragen in der Anwendung des neuen Asylrechts geeinigt. Sie können das nachlesen, Herr Kubicki. Ihre Partei ist ebenfalls an der Regierung in Bonn beteiligt. Der Bundesinnenminister sagt in einer Pressemitteilung vom 29. März 1996 folgendes:

„Aus dem Wesen der Übereinkunft zur Beendigung eines langjährigen Streits in der Ausländerpolitik ergibt sich, daß die von einigen Ländern über den Bundesrat eingebrachten gesetzlichen Vorstöße zur Regelung der Härtefallproblematik gemeinsam als erledigt betrachtet werden.“

Nun können Sie mir natürlich vorhalten, daß dies nur eine Presseerklärung des Bundesinnenministers ist. Aber es wurde einvernehmlich beschlossen, daß sich eine gesetzliche Härtefallregelung durch Änderung von § 100 **Ausländergesetz** sowie eine Novellierung des Asylverfahrensgesetzes hiermit erübrigt. Weiter wurde beschlossen:

„Die Innenminister sind sich darüber einig, daß eine Änderung von § 54 Abs. 2 Ausländergesetz nicht weiter verfolgt wird.“

Man höre und staune, es wurde einvernehmlich beschlossen:

„Alle Länder sind sich einig, daß die Härtefallregelungen nach § 32 Ausländergesetz künftig nicht mehr in Betracht kommen.“

Natürlich weiß auch ich, Herr Innenminister, daß Sie diese Regelung für **Schleswig-Holstein** unter **Kabinettsvorbehalt** gestellt haben. Sie haben sich aber damit auf Bundesebene völlig isoliert, weil Schleswig-Holstein das einzige Bundesland war, das diesen Kabinettsvorbehalt ausgesprochen hat.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Zum Glück, kann man sagen!)

Alle Länder stimmten der Regelung zu, nur in Schleswig-Holstein wurde ein Kabinettsvorbehalt getroffen.

War es nicht gerade der Landtag von Schleswig-Holstein, der mit der Entschließung zum Zuwanderungs- und Asylrecht vom 11. September 1992 den Anstoß für eine Neuordnung in diesem Bereich gegeben hat? Können Sie sich daran erinnern, meine Damen und Herren von der SPD? - Den Kollegen Puls möchte ich von meiner Kritik ausnehmen, weil er sich bei der damaligen Abstimmung anders verhalten hat. Der wörtliche Beschluß des Landtages lautet:

„Die wachsende Zahl von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern sowie von sonstigen Zuwanderern überfordern Staat und Gesellschaft. Diese Entwicklung führt zu sozialen Spannungen.“

Erinnern Sie sich noch an die damalige Rede Ihres Fraktionsvorsitzenden Gert Börnsen? - Er hat gesagt:

„Es bleibt skandalös, daß man nicht in der Lage ist, in dieser angeblich schicksalhaften Frage zusammenzuarbeiten. Die Folge wird eine Stärkung der Rechtsradikalen sein. Die Parteien in der Mitte werden die Schuld daran tragen.“

Recht hat der Mann gehabt. Der damalige Ministerpräsident und kurzzeitige Bundesvorsitzende der SPD, Herr Engholm, führte zu diesem Thema aus:

„Wir können nicht auf Dauer eine Politik formulieren, die nicht in aller Breite bei der Bevölkerung auf Akzeptanz stößt und von ihr legitimiert wird.“

Den von SPD und CDU im Schleswig-Holsteinischen Landtag gefaßten Asylkompromiß charakterisiert Engholm mit dem Satz:

„Für mich ist dies einer der wichtigsten Tage in der Geschichte der schleswig-holsteinischen Parlamentsarbeit.“

Björn Engholm hat diesem Land eine Menge Unheil zugefügt, aber in dieser Angelegenheit hat er nun mal recht gehabt.

(Beifall bei der Abgeordneten Kläre Vorreiter [CDU] - Widerspruch bei der SPD)

Was wollen Sie als rot-grüne Landesregierung eigentlich? Ein Blick in Ihren Koalitionsvertrag macht das deutlich. Sie wollen eine Durchlöcherung dieses Asylkompromisses, der seinen Anstoß in diesem Haus gefunden hat:

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD - Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Richtig!)

Die Einrichtung einer rechtswidrigen Härtefallkommission, Hinweise der Landesregierung an die Ausländerbehörden, was außergewöhnliche Härte ist, weitere Abschiebestopps! Aber noch deutlicher wird Ihre Absicht, wenn man die Äußerung von Rot-Grün in diesem Lande verfolgt. Ich finde es sympathisch an den Grünen, daß sie das so konsequent zugeben. Die SPD verschleiert ständig ihre Absichten.

Schon 1995 hat hier im Hause die SPD-Landtagsabgeordnete Preuß-Boehart angekündigt, daß das **Ausländer- und Asylrecht** wieder liberalisiert werden muß. Beispielsweise soll erreicht werden, daß Wohnbevölkerung und Staatsbevölkerung weitgehend deckungsgleich sind.

(Beifall des Abgeordneten Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Frau Fröhlich hat im Wahlkampf erklärt, die Wiederherstellung des Asylrechts sei das Ziel der Grünen, als wenn das Asylrecht abgeschafft worden wäre. Was für ein Unsinn!

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Der Innenminister kritisiert das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das den **Asylkompromiß** eindeutig und eindrucksvoll bestätigt hat. An dieser Tatsache kommen Sie doch nicht vorbei.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Fragen Sie einmal den Flüchtlingskommissar, was der dazu sagt!)

Der Kompromiß ist grundgesetzkonform; daran geht kein Weg vorbei.

Die Grünen fordern 1997 sogar die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes. Aber die Krönung, meine Damen und Herren von der SPD, ist natürlich der Beschluß des Landesausschusses Ihrer Partei vom 2. Mai 1996. Ich zitiere aus Ihrem Sozialdemokratischen Informationsbrief:

„Durch das neue Asylgesetz und die Asylverfahrenspraxis ist das Asylrecht in der Bundesrepublik Deutschland weitgehend aufgehoben.“

Das ist es, was dahintersteht.

Ihnen, meine Damen und Herren von der SPD und den Grünen, geht es nicht nur - Herr Puls, Ihnen nehme ich das ab - um eine neue Härtefallregelung. Sie wollen den Asylkompromiß beseitigen. Sie stellen die Gemeinsamkeit der Demokraten in dieser Frage in Frage. Sie wollen die Belastbarkeit unserer Gesellschaft in dieser Frage erneut prüfen. Sie gehen das Risiko ein, daß wir eine erneute Diskussion zum Thema „Rechtsradikale“ bekommen.

Der Beschluß des Landtages vom 11. September war richtig und wegweisend. Der Asylkompromiß hat sich bewährt. Das Asylrecht bleibt gewährleistet. Das ist gut so. Das wollen wir alle.

Der F.D.P.-Abgeordnete Buchholz hat in einer Landtagsdebatte 1992 prognostiziert - ich zitiere -:

„Was ich Ihnen“

- SPD und CDU -

„aber zum Vorwurf mache, ist schlicht die Tatsache, daß Sie alle ganz genau wissen, daß die von Ihnen mit diesem Antrag intendierten Äußerungen des Grundgesetzes praktisch keine Lösung der Probleme bringen werden.“

Er hat sich gewaltig geirrt. Er hat sich sonst nicht so oft geirrt. Aber in dieser Frage hat er sich gewaltig geirrt.

Schauen Sie sich die **Asylbewerberzahlen** an. 1992 sind 128 000, 1993 322 000 und 1994 127 000 nach Deutschland gekommen. Diese Zahlen korrelieren überhaupt nicht mit den Zahlen anerkannter Asylanten. Das ist der Auftrag des Grundgesetzes. Dazu stehen wir. 1992 sind 9000 Personen anerkannt worden, 1993 waren es 16 000 Personen und 1994 25 000 Personen. Das ist ein ganz deutliches und klares Signal dafür, daß wir mit unserem Asylrecht dem gerecht werden, was uns die Welt abverlangt.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Welt! Es geht um Flüchtlinge!)

Fakt ist, daß die Zahl derjenigen, die aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen nach Deutschland kamen, dramatisch zurückgegangen ist, aber die Zahl derjenigen, die wegen der politischen Verfolgung und der Bedrohung von Leib und Leben bei uns Asyl erhalten, erheblich angestiegen ist.

Deutschland ist mit dem Asylkompromiß ein befriedetes Land geworden und ein humanes Land geblieben. Der Asylkompromiß hat sich bewährt.

(Zuruf der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD])

Mit uns wird es in keinem Punkt eine Änderung dieses Asylkompromisses geben. Er wird allen seinen Ansprüchen gerecht.

(Anhaltender Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Böttcher.

Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Schlie, die CDU spielt sich in der Frage des Asylrechts als Feuerwehr auf. Sie sagen, Sie hätten das Thema befriedet, während Sie selbst das Feuer hier in dieser Gesellschaft erst entfacht haben und den Rechten Gelegenheit gegeben haben, mit ausländerfeindlichen Parolen auch in dieses Parlament zu kommen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Während die Bundesregierung ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger wieder zu Sündenböcken dieser Gesellschaft machen will und zahlreiche ausländerrechtliche Verschärfungen angekündigt und sogar schon vorgelegt hat, geht der vorliegende Antrag in eine andere Richtung. Das ist bitter nötig. Er zielt darauf ab, den überlebenden **Opfern der Lübecker Brandkatastrophe** endlich Aufenthaltsbefugnisse zu erteilen, die diese Menschen schon lange hätten haben müssen.

Er soll auch anderen Flüchtlingen die Möglichkeit geben, ein gesichertes **Aufenthaltsrecht** zu bekommen. Er wirkt darauf hin, daß Ermessensspielräume ausgeschöpft werden, und stärkt Härtefallkommission und Eingabenausschuß. Er soll uns auch helfen, aus der Zwickmühle zwischen den Ansprüchen des Grundgesetzes und der Bundesgesetzgebung im sogenannten Asylkompromiß zu kommen.

Der Asylkompromiß und die jetzige Gesetzgebung zeigen deutlich, daß es einen Widerspruch zwischen Recht und Gesetz gibt.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hält es in der jetzigen Diskussion um die Bleiberechtsregelung für die Lübecker Brandopfer für am wirksamsten, wenn eine Bleiberechtsregelung nach § 32 des Ausländergesetzes ausgesprochen werden könnte.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich danke an dieser Stelle - auch wenn ich nicht immer einer Meinung mit Ihnen bin - Herrn Wienholtz dafür, daß er bereits einmal versucht hat, mit

Bundesinnenminister Kanther einig zu werden und das gesetzlich erforderliche Einvernehmen herbeizuführen.

Auch einige Abgeordnete der Bundestagsfraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD haben sich und werden sich beim Bundesinnenminister dafür einsetzen. Vielleicht kommt auch noch der eine oder andere der anderen Parteien dazu.

Wir wissen, daß die Bundesregierung eine völlig andere Politik verfolgt, eine Politik, die nicht auf Integration und Humanität setzt, sondern genau das Gegenteil verfolgt.

(Thomas Stritzl [CDU]: Das ist eine Unverschämtheit!)

Ich erinnere an Kanthers Anordnung aus der letzten Woche zur Einführung einer **Visumpflicht für Kinder**. Das unterstreicht das ganz deutlich. Damit werden Familien auseinandergerissen. Bei Eltern und Kindern wird die Angst geschürt, getrennt leben zu müssen und sich nur noch selten sehen zu können. Minderjährige Kinder aus der Türkei, aus Jugoslawien, Marokko und Tunesien müssen nach dem Willen von Herrn Kanther nun auch eine Aufenthaltsgenehmigung beantragen und zum Ausländeramt gehen. Das nützt den Betroffenen gar nichts. Es schafft vielleicht Arbeitsplätze in den Ausländerbehörden. Das ist familienfeindlich und ausländerfeindlich.

Ich finde es richtig, daß die Landesregierung dieser weiteren Desintegrationspolitik unmittelbar nach Bekanntwerden eine klare Absage erteilt hat.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich hoffe, daß die zahlreichen Vorschläge der Bundesregierung zur Änderung des Ausländergesetzes, die für viele ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger Verschlechterungen bedeuten würden, auch von anderen SPD- und rot-grün geführten Ländern abgelehnt werden.

Vielleicht ist auch die Hoffnung nicht ganz vergebens, daß sich auch andere Länder anschließen werden. Manchmal stimmt es einen ganz hoffnungsfroh, wenn auch aus dem konservativen Lager die Ausländergesetzgebung kritisiert wird. Das sind aber bisher leider nur vereinzelte Stimmen, die ihrem Gewissen folgen und ihm Priorität einräumen. Es wäre deshalb das falsche, sich allein auf eine Zustimmung aus dem Bundesinnenministerium zu verlassen. Die

Verantwortung für die Opfer der Brandkatastrophe haben auch wir.

Die Maxime, die das **Grundgesetz** an uns stellt, die **Würde des Menschen** zu achten, und die bekannten Worte meiner jetzigen Kollegin und damaligen Landtagspräsidentin, Ute Erdsiek-Rave, „wir schulden den Angehörigen Sicherheit und Freiheit vor Angst“, sollten uns Verpflichtung genug sein. Ich bin der Überzeugung, daß den Überlebenden des Brandes aus humanitären Gründen, unabhängig vom Prozeßverlauf gegen Safwan Eid, ein Bleiberecht erteilt werden sollte.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wir sollten ihn erst einmal abwarten!)

Ich sage auch das mit Überzeugung, weil ich weiß, daß für die Überlebenden der Lübecker Brandkatastrophe die Qualen lange nicht vorbei sind. Die Flüchtlinge, die in unserem Land Schutz vor Verfolgung gesucht haben, verloren bei dem Brand Angehörige und Freunde. Viele haben selbst schwerste Verletzungen davongetragen und sind durch das Ereignis schwer traumatisiert. Ihnen gilt mein Mitgefühl. Ich finde es traurig, daß sie - zum größten Teil jedenfalls - nach einem Jahr immer noch ungesicherte Verhältnisse haben.

Ich finde es sehr, sehr traurig, daß die Überlebenden des Brandes zur Verhandlungsmasse degradiert werden. Sie erhalten ihre Aufenthaltsgenehmigung nur so lange, solange dieser Prozeß läuft. Das heißt, die Flüchtlinge dürfen bleiben, um aufzuklären, wer ihnen nach dem Leben trachtete, wer Tod, Verletzungen und Leid zu verantworten hatte, um sie hinterher einem ungewissen Schicksal zu überlassen. Das ist vielleicht mit den geltenden Gesetzen vereinbar, die **Menschlichkeit** bleibt dabei auf der Strecke.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Die hier vorhin genannte und vielfach geäußerte Behauptung, ein **Bleiberecht** für die Lübecker Brandopfer schaffe ein **Präjudiz**, das dazu führen würde, daß sich Flüchtlinge - das halte ich für den Gipfel der Unterstellung - vielleicht zukünftig selbst verstümmelten und verletzten, um hier in der Bundesrepublik bleiben zu können, halte ich für eine Verhöhnung der Opfer aus Lübeck.

Vor dem Hintergrund, daß ein solcher Verdacht geäußert wird, stelle ich die Frage: Wie verzweifelt müssen Menschen sein, wenn man ihnen unterstellt, daß sie sich selber erheblich verletzen, um hier bleiben zu können und nicht nach Hause abgeschoben zu werden?

- Ich frage: Kann dieses Asylrecht ernsthaft so beibehalten werden? - Das sollte sich auch jeder selber fragen.

Ich richte deshalb an die Landesregierung und an Herrn Wienholtz den dringenden Appell, sich weiterhin im Sinne der Humanität dafür einzusetzen, den Flüchtlingen die ständige Angst vor einer Abschiebung zu nehmen und ein dauerhaftes Bleiberecht aus humanitären Gründen zu erwirken.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte auch auf das Verhalten der schleswig-holsteinischen SPD zurückkommen. Herr Schlie sprach das schon an. Im Mai letzten Jahres hat die schleswig-holsteinische SPD auf ihrem Landeshauptausschuß den **Asylkompromiß** in Frage gestellt und Korrekturen gefordert. Ich begrüße das außerordentlich.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich werde zwar nicht vergessen, daß die SPD in Schleswig-Holstein mit ihrem damaligen Parteivorsitzenden und Ministerpräsidenten Björn Engholm dem Asylkompromiß folgte und dazu beigetragen hat, daß wir dieses inhumane Asylrecht haben,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Und damit die F.D.P. in die Knie gezwungen hat!)

aber ich hoffe, daß die Bundesregierung diesen Lernprozeß, den die SPD in Schleswig-Holstein gemacht hat, auch machen wird.

Die von den Koalitionspartnern eingerichtete **Härtefallkommission** bietet mehr Asylbegehrenden die Möglichkeit auf individuelle Prüfung. Es müssen jedoch auch wieder die Rechte der Asylbewerberinnen im Asylverfahren gestärkt und Härtefallregelungen gesetzlich verankert werden. Ich halte es für falsch, so eine Art Gnadenrecht des Bundesinnenministers beizubehalten; das finde ich äußerst problematisch. Die Entscheidung hängt dann sehr stark von Zufälligkeiten ab, davon, ob ein Fall - so drücke ich es einmal aus - politisch brisant ist oder nicht, ob er öffentlich bekannt wurde oder nicht; da sollte man nach meiner Meinung schon klare Regelungen schaffen, wann ein Fall ein Härtefall ist und wann nicht.

Ich möchte Ihnen einmal an einem Beispiel aufzeigen, wer heute überhaupt keinen Anspruch hat und dessen

Aufenthalt nicht gesichert ist. Ich habe hier ein Beispiel aus Schleswig-Holstein. Die Familie L. flüchtete 1988 mit zwei Kindern im Alter von drei und sechs Jahren aus Zaire in die Bundesrepublik und beantragte politisches Asyl. Es gelang ihr damals, noch zwei weitere Kinder nachzuholen. Ein fünftes Kind ist in der Bundesrepublik geboren worden. Das ist in der Zeit nach 1988 geschehen. Nachdem die Asylanträge der Familie alle abgelehnt worden waren, machte sie im Juli 1994 Nachfluchtgründe geltend; damit wurde sie vom Verwaltungsgericht Schleswig abgewiesen.

Im April 1995 erscheint in Kinshasa in zwei Zeitungen ein regimepolitischer Artikel mit einem Aufruf der bundesdeutschen Vereinigung zairischer Flüchtlinge, in dem zum Widerstand gegen das Mobutu-Regime aufgefordert wird. Eine Liste von Flüchtlingen wird veröffentlicht, in der auch Herr L. aufgeführt ist. Der Redakteur der Zeitung, ein weitläufiger Verwandter der Familie L., wird verhaftet, seine Wohnungseinrichtung bei einer Durchsuchung zerstört und ein Kind so schwer mißhandelt, daß es wenig später stirbt. Ein Asylfolgeantrag wird dennoch vom Bundesamt abgelehnt, obwohl weitere Dokumente vorliegen.

Inzwischen sind in dieser Familie angesichts der unsicheren Situation Kinder krank geworden. Bei der älteren Tochter der Familie urteilt der behandelnde Arzt:

„Die Prognose muß aus ärztlicher Sicht als sehr ungünstig eingeschätzt werden. Sollte es nicht gelingen, der Familie hier eine Existenzberechtigung zu geben, wird A. in dem seelischen Gefängnis von Angst und Depression verbleiben und keine Kraft finden, sich daraus zu befreien. Ein Selbstmord aus Verzweiflung ist nicht auszuschließen.“

Ich sehe die roten Lampen leuchten; ich muß leider zum Schluß kommen.

Ich hoffe, Sie werden dem Antrag - es ist ja ein Antrag der SPD-Fraktion - zustimmen; wir werden ihm auf jeden Fall unsere Zustimmung geben. Vielleicht kann sich ja auch die Partei, die sich „liberal“ nennt, dazu entschließen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Kubicki.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich eingangs einige Bemerkungen zu den Ausführungen des Kollegen Puls machen. Ich möchte das deshalb tun, Herr Kollege Puls, weil mir die Debatte vom September 1992 noch sehr genau in Erinnerung ist. Ich sage das jetzt ohne jeden Vorwurf, aber es ist für mich auch schon eine politische Erfahrung gewesen zu erleben, daß es Sozialdemokraten waren, die die F.D.P. gezwungen haben, in der Asylfrage auf Bundesebene einzuknicken. Ohne die SPD wäre die jetzige Asylregelung überhaupt nicht möglich gewesen. Deshalb verbitte ich mir einfach aus Ihren Reihen Angriffe auf die F.D.P. und ihre **Asylpolitik** und ihre Haltung dazu.

Dem Kollegen Schlie möchte ich einfach nur einmal folgendes sagen. Es wäre schön, Herr Kollege Schlie, wenn Sie konkret zu Anträgen sprechen würden, statt in eine allgemeine Asyldebatte zu flüchten. Unser Antrag lautet schlicht und ergreifend, daß der Landtag nur noch einmal bestätigen soll, was der Eingabenausschuß bereits gefordert hat - Sie haben es zitiert -, und daß der Innenminister alle Wege prüfen soll, diese Forderung des Eingabenausschusses umzusetzen. Wenn Sie sich damit beschäftigt hätten, dann wären Sie vielleicht zu der Erkenntnis gekommen, daß es Wege gibt. Ich werde sie Ihnen nachher aufzeigen. Dann hätten Sie sich Ihre allgemeinen Erklärungen zu den Segnungen dieses Asylrechts wirklich sparen können.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zu Ihnen, Herr Böttcher, möchte ich dann ebenfalls noch etwas sagen. Wenn Sie denn wirklich konsequent wären - und hinsichtlich vieler Überlegungen in Ihrer Gruppe, so möchte ich einmal sagen, Ihrer Partei sind wir jedenfalls in Schleswig-Holstein, was die Asylfrage angeht, gar nicht so weit voneinander entfernt -, dann müßten Sie sich dafür einsetzen, daß Schleswig-Holstein als Bundesland das Modell erprobt, allein über die Anerkennung von Asylbewerbern in der Härtefallkommission zu entscheiden. Das wäre konsequent. So weit gehen Sie aber nicht, und ich kann Ihnen auch sagen, warum nicht - dabei würden Ihnen nämlich auch die Sozialdemokraten nicht folgen -, weil dann nämlich der Finanzminister sofort sagen würde: Ihr habt wohl einen Klaps, wenn ihr das jetzt auf eure eigenen Schultern ladet!

Die ganzen Verwaltungsverfahren, die so ausgeklügelt und teilweise wirklich ungerecht sind, bei denen wir dann Regelungen suchen müssen, basieren ja auf finanzwirtschaftlichen Überlegungen im Bund und in den Ländern. Sie wären gar nicht denkbar gewesen, wenn nicht diese fiskalischen Erwägungen im Hintergrund gestanden hätten. Das möchte ich nur einmal an Ihre Adresse gerichtet sagen. Dann seien Sie bitte ganz konsequent, Herr Böttcher, und setzen Sie sich innerhalb der Landesregierung dafür ein, daß Sie das demnächst hier alles selbst entscheiden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vor gut sechs Wochen mußten meine Fraktion und ich uns von Ihnen der Doppelmoral und des Instrumentalisierens eines menschlichen Schicksals bezichtigen lassen. Gleichzeitig verkündet die Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion in ihrer - ich sage das in diesem Zusammenhang ganz ausdrücklich - eher an eine Predigt denn an einen Sachbeitrag erinnernden Rede, daß man unser Gewissen in der Januar-Debatte - also heute - testen wolle. Doch ich frage Sie, meine Damen und Herren von den Regierungsparteien: Womit wollen Sie eigentlich unser Gewissen prüfen? - Doch nicht mit dem Antrag, den Sie uns hier vorgelegt haben, der lediglich eine Auflistung von Selbstverständlichkeiten darstellt und an den eigentlichen Problemen rein gar nichts ändern wird!

Der vorgelegte Antrag ist mit der von Ihnen eingerichteten **Härtefallkommission** zu vergleichen, die bisher ohne gesetzliche Grundlage gar nichts entscheiden kann. Sie soll Hoffnungen wecken, die sie nicht erfüllen kann, kostet aber 200 000 DM, die man sinnvoller - das sage ich hier ausdrücklich - für die Betreuung von Asylbewerbern einsetzen könnte. Beiden Initiativen ist gemeinsam, daß keine Veränderungen von ihnen ausgehen.

Besonders bemerkenswert finde ich, daß Sie mit Ihrem Antrag vermutlich noch nicht einmal dem angeblich von uns zum politischen Spielball gemachten **rumänischen Jugendlichen** helfen können oder gar helfen wollen, seinen Schulabschluß in unserem Land zu machen. Oder sind Sie etwa der Meinung, daß Punkt 2 Ihres Antrags diesen Einzelfall betrifft? Ich glaube nicht, daß man den Schulabschluß so einfach unter den Oberbegriff „humanitäre Gründe“ subsumieren kann.

Ich kann Sie aber beruhigen, eine solche Subsumtion ist nach Auskunft des Büros der Ausländerbeauftragten der Bundesregierung auch gar nicht mehr nötig, wenn der Innenminister bereit wäre, hier eine **Einzelfallentscheidung** zu treffen, die er dann durch den Bundesinnenminister absegnen lassen muß. Herr

Minister, vielleicht rufen Sie ja nicht einmal nur bei Herrn Kanther an, sondern auch bei Frau Schmalz-Jacobsen, um die Frage zu klären, wie man einen solchen Einzelfall wirklich regeln kann.

Auch wenn es sicherlich eine schwierige und teilweise wenig erfreuliche Mission ist, sich mit Herrn Kanther über Fragen des Ausländerrechts zu streiten, so sollte es zum Wohle dieses Schülers einfach der Mühe wert sein. Gerade in dem angesprochenen Fall hat ja sogar die CDU im Kreis Plön am 13. Dezember eine gemeinsame Resolution des Kreistages unterstützt, so daß man eigentlich davon ausgehen sollte, daß der Bundesinnenminister in diesem Falle auch auf seine Parteifreunde hören wird.

Interessanterweise hat sich die Plöner Kreis-CDU in diesem Zusammenhang auch noch für die Einrichtung einer Härtefallkommission ausgesprochen. Das will ich an dieser Stelle nicht weiter kommentieren.

Eine weitere Möglichkeit wäre gegeben - Sie wissen, Herr Innenminister, wovon ich rede, weil wir in verschiedenen Einzelfällen auch schon persönlich, ohne daß wir eine große öffentliche Debatte brauchten, darüber gesprochen und versucht haben, Regelungen dafür zu treffen -, wenn man den Jugendlichen zunächst ausreisen ließe, um ihm anschließend eine **Aufenthaltsbewilligung** für die Dauer seines Schulbesuchs auszusprechen. Daß dies möglich ist, wissen Sie. Ich zeige Möglichkeiten auf, und ich bin nach wie vor davon überzeugt, daß solche Einzelfälle bei Ihnen auch in guten Händen sind.

Nun noch einige Anmerkungen zu Ihrem Antrag, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD-Fraktion! Im ersten Abschnitt fordern Sie die Erteilung von Aufenthaltsbefugnissen für die Opfer der **Lübecker Brandkatastrophe**. So verständlich und menschlich diese Forderung auch ist, so verständlich und menschlich diese Forderung von mir geteilt wird, so bedenklich ist sie andererseits ebenfalls. Nicht nur, daß wir uns in einem laufenden Strafverfahren befinden und ich den Ausgang des Verfahrens noch gar nicht kenne - sie bedeutet in Wirklichkeit lediglich ein In-Sicherheit-Wiegen der Betroffenen, da doch allgemein bekannt sein dürfte, daß es sich bei Aufenthaltsbefugnissen lediglich um ein **befristetes Bleiberecht** handelt, das je nach Ermessen verlängert werden kann - oder eben auch nicht -, wenn sich die Gründe für die Erteilung ändern sollten.

Und warum soll das eigentlich nur für die Opfer der Lübecker Brandkatastrophe gelten, warum nicht für die Opfer von allen Katastrophen, von Verkehrsunfällen,

von sonstigen Katastrophen? Warum ausgerechnet nur in diesem Fall? - Deshalb, weil er eine weitere überregionale mediale Bedeutung gefunden hat? Ist das Ihre Art der Entscheidung über humanitäre Gründe? Ist ein Unfallopfer etwa schlechter zu stellen als ein Opfer der Lübecker Brandkatastrophe? Ist ein Opfer einer anderen Brandkatastrophe schlechter zu stellen als ein Opfer der Lübecker Brandkatastrophe? - Diese Fragen müßten Sie beantworten, Herr Puls, und nichts anderes.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: So ist es!)

Wie lange soll die Aufenthaltsbefugnis befristet sein? Gelten zum Zeitpunkt der Verlängerung noch die gleichen humanitären Gründe fort, oder wird die Lage der Brandopfer in einem Jahr oder in zwei Jahren - nicht zuletzt dann, wenn das Ereignis nicht mehr so stark im Blickpunkt der Öffentlichkeit steht - anders eingeschätzt werden? - Dafür wird entscheidend sein, welche humanitäre Begründung bei Erteilung der Aufenthaltsbefugnis den Betroffenen zugestanden wird und ob sich daraus später ein **Vertrauensschutz** für die Betroffenen ableiten läßt. Aus eigener beruflicher Erfahrung und auch aus beruflicher Erfahrung der Kollegin Aschmoneit-Lücke können wir sagen, daß es immer schwieriger wird, Betroffenen klarzumachen, warum sie ausreisen müssen, je mehr Zeit zwischen einer Entscheidung und ihrem Vollzug ins Land geht.

Herr Kollege Puls, wie wäre es, wenn wir einfach einmal die Beendigung von Asylverfahren abwarten würden, bevor wir versuchen, uns die Genehmigung dafür zu holen, daß befristete Aufenthaltsbefugnisse erteilt werden können? Auch hier - dies sage ich ausdrücklich - könnte ich nach der Humanität des Verfahrens fragen.

Der zweite Abschnitt Ihres Antrages geht auf Einzelfallentscheidungen hinsichtlich humanitärer Tatbestände ein. Ein solcher Ermessensspielraum besteht teilweise schon heute. So werden über 10 % der **abgelehnten Asylbewerber** aufgrund der Genfer Flüchtlingskonvention zu Recht nicht in ihre Heimatländer geschickt, da humanitäre Gründe einer Abschiebung entgegenstehen. Außerdem gibt es im Rahmen von § 55 Abs. 3 Ausländergesetz eine **Duldung aus humanitären Gründen**. Statt sich auf Bundesebene für die Einführung von neuen Ermessensregelungen einzusetzen, die übrigens schon in dem Antrag der A-Länder des Bundesrates im Vermittlungsausschuß enthalten ist, und solche Debatten zu führen, wie wir es hier tun, sollten Sie lieber darauf hinwirken, daß endlich eine einheitliche

Position der SPD-Bundestagsfraktion und der Mehrheit der SPD-geführten Bundesländer hergestellt wird.

Gerade die Erfahrung mit dem **Asylkompromiß**, dem bekanntlich sowohl die F.D.P.-Landtagsfraktion als auch unsere schleswig-holsteinischen Bundestagsabgeordneten nicht zugestimmt haben, sollte Anlaß genug sein, nicht erneut durch überzogene Forderungen faule Kompromisse zu provozieren. Wenn Sie Initiativen der Ausländerpolitik auf den Weg bringen möchten, warum versuchen Sie dann nicht, über den **Bundesrat** eine Änderung der vom Bundesminister erlassenen **Verordnung zum Ausländergesetz** zu erreichen, die bekanntlich die Visumpflicht und Aufenthaltsgenehmigungspflicht für unter 16jährige Ausländer aus den Asylbewerberstaaten regelt? Dies ist für mich persönlich ein Skandal. Ich halte diese Verordnung für integrationspolitisch höchst bedenklich, und ich hoffe auf eine baldige Änderung. Ich weiß mich da mit einer Vielzahl von F.D.P.-Bundestagsabgeordneten einig, die in gleicher Weise drängen. Aber tun Sie es bitte auch.

(Beifall bei F.D.P., SPD und SSW)

Außerdem sollten Sie sich in Ihrem Antrag für eine **Neuregelung des Staatsangehörigkeitsrechts** und die Schaffung eines **Zuwanderungsgesetzes** einsetzen, um so den Druck speziell auf die CSU in Bonn über den Bundesrat zu erhöhen. Ebenso wäre die von der F.D.P.-Fraktion dieses Hauses immer wieder geforderte Härtefallregelung bei weitem sinnvoller als eine auf humanitäre Fragen beschränkte Regelung. Ein solcher Resolutionsbeschluß wurde hier übrigens auch in der vergangenen Legislaturperiode schon einmal gefaßt. Ich frage: Welche Initiativen sind von der Landesregierung ergriffen worden, diesen Beschluß umzusetzen? - Hier sollten Sie Einsatz und Überzeugungsarbeit leisten, um wirklich eine Veränderung in der Ausländerpolitik zu erreichen, statt Forderungen aufzustellen, die im Rahmen von Ermessensentscheidungen zumindest teilweise bereits erfüllt werden.

Lassen Sie mich zum Schluß auf den dritten Punkt Ihres Antrages eingehen. Haben Sie eigentlich gar kein Vertrauen mehr zu Ihrem eigenen Minister, daß Sie ihn auffordern müssen, fachaufsichtlich darauf hinzuwirken, die vorhandenen **Ermessensspielräume** bei Bundes- und Landesbehörden auszunutzen? Ich habe - ich sage ausdrücklich - auch persönlich in der Vergangenheit mit dem Innenminister schon so manche Auseinandersetzung über strittige Themen der Innen- und Rechtspolitik geführt. Aber gerade in Fragen des Ausländerrechts habe ich Herrn Wienholtz als

fachkompetent und persönlich engagierten Mann erlebt, der durch seinen ganz persönlichen Einsatz so manches Schlupfloch zugunsten von Asylbewerbern entdeckt hat und der, wann immer es möglich war, bis an die Grenze - manche würden vielleicht sagen: über die Grenze hinaus - von seinen Möglichkeiten zugunsten von Asylbewerbern Gebrauch gemacht hat.

(Beifall bei F.D.P., SPD und SSW)

Ein solcher Abschnitt in einem Antrag der eigenen Partei muß schmerzen. Im übrigen ist jede Bundesbeziehungsweise Landesbehörde zur ordnungsgemäßen Ausübung des Ermessens verpflichtet. Ein solcher Abschnitt ist also überflüssig; denn er erweckt den Eindruck, als sei im Lande Schleswig-Holstein von seiten des Innenministeriums bisher nicht ordnungsgemäß verfahren worden. Das weise ich aus persönlicher Kenntnis zurück.

Richtig ist allerdings, daß die Bedenken des Eingabenausschusses weiterhin sehr ernstgenommen werden sollten, da häufig durch die fachkundige und engagierte Arbeit aller dort tätigen Kolleginnen und Kollegen nach Lösungen gesucht wird, die auf den ersten und auch zweiten Blick für die Ausländerbehörden nicht zu erkennen waren. Ich bedanke mich ausdrücklich auch bei dem Vorsitzenden des Eingabenausschusses für sein engagiertes Verhalten in all diesen Fragen, die den **Eingabenausschuß** beschäftigt haben. Herr Puls, ich denke, Ihre eigene Fraktion sollte mehr Vertrauen zu den Institutionen des Landtages und der eigenen Regierung haben, als es in Ihrem Antrag zum Ausdruck kommt. Wir lehnen ihn ab - nicht, weil wir die Intention nicht teilen, sondern weil die Konsequenzen zu falschen Wegen führen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kollegen und Kolleginnen! In Verbindung mit dem Politikverständnis Jugendlicher wird wiederholt von Experten betont, daß junge Menschen Politik ganzheitlich und nicht nur als rationales Aushandeln von Interessen verstanden wissen wollen. Die Frage hier und heute ist, ob wir eine solche Politik machen wollen, ob wir die **Erfüllung von Rechtsnormen** bis auf das letzte Komma am

höchsten setzen oder ob wir menschliche **Politik für Menschen** machen wollen. Herr Schlie, Sie haben mit Ihrem Redebeitrag vorhin ganz gut deutlich gemacht, was ich meine. Das war meinerseits nicht als Lob gedacht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

Ich glaube, daß es einem demokratischen Rechtsstaat gut zu Gesicht steht, wenn er auch einmal aus humanitären Gründen Ausnahmen von starren Regeln macht. **Gesetze** sind immer allgemein abgefaßt. Aus guten Gründen können sie nicht jeden **Einzelfall** berücksichtigen. Es gibt deshalb auch immer Menschen, denen durch rechtlich korrekte Behandlung großes Unrecht widerfährt. Es ist die Aufgabe der zur Gesetzgebung gewählten Menschen, solche Fallgruben in der Gesetzgebung aufzudecken und zuzuschütten, damit nicht jemand unbeabsichtigt hineinfällt. Es ist die Aufgabe der **Verwaltung**, die ihnen gegebenen **Ermessensspielräume** großzügig zu nutzen, wenn es um eine so grundlegende Sache wie das Aufenthaltsrecht von Menschen geht.

Ich teile die Auffassung von Herrn Kubicki in bezug auf den **Asylkompromiß**. Auch der SSW war damals vehement dagegen. Wir sind es immer noch. Wir finden, daß die Einführung einer **Visumpflicht für Kinder** ein Skandal ist.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Wir können auch nur den Appell wiederholen, daß von seiten des Landes entgegengewirkt wird.

Sicher, man kann immer sagen, daß die überlebenden **Opfer der Lübecker Brandkatastrophe** unter die Asylgesetze der Bundesrepublik fallen und somit keine juristische Berechtigung haben, in Deutschland zu bleiben. Das wäre juristisch korrekt. Aber wäre es auch human? Das Rechtsbewußtsein vieler Menschen ist verletzt, wenn - ich denke, ich zitiere dabei Herrn Geißler - ideologisch verbohrt Politiker und Verwaltungen auf Paragraphen angeritten kommen, um diese Menschen des Landes zu verweisen. Sie erwarten zu Recht, daß ein moderner Rechtsstaat auch flexibel auf Einzelfälle reagieren kann, um unmenschliche Folgen abzuwenden. Ich möchte ausdrücklich hinzufügen, daß ich so auch immer das Bemühen des Herrn Innenministers gesehen habe und daß er weiterhin unsere volle Unterstützung hat.

Die Schülerinnen und Schüler und andere Lübecker, die vergangene Woche ihre Solidarität mit den Bewohnerinnen und Bewohnern der Asylunterkunft in der Hafestraße bekundet haben, haben sich eben aus einem ganzheitlichen Politikverständnis heraus für das **Bleiberecht der überlebenden Brandopfer** eingesetzt. Sie interessiert in erster Linie, wie der Staat mit so schwer geschlagenen Menschen umgeht, und nicht, was die Gesetze für einen Durchschnittsausländer vorsehen. Es geht darum, ein Signal zu setzen; denn diese Menschen sind völlig verunsichert. Wir können jetzt also nicht warten, um zu sehen, ob sie nicht eventuell doch ein Bleiberecht bekommen könnten.

Eben aus solchen Erwägungen heraus hat die Mehrheit des Schleswig-Holsteinischen Landtages der Einrichtung einer **Härtefallkommission** zugestimmt. In diesem Sinne sollen ebenso die Bürgerbeauftragte und der Eingabenausschuß des Landtages tätig werden. Die Arbeit der Härtefallkommission hat bereits bewiesen, daß ein solches Gremium helfen kann. Ihm sind aber weitgehend die Hände gebunden, wenn die Bundesgesetzgebung keine Ermessensspielräume für Ausnahmen im Einzelfall offenläßt. Es ist an uns, die wir eine solche Gesetzgebung ablehnen, immer wieder auf die unmenschlichen Aspekte der eisernen Bonner Asylgesetzgebung aufmerksam zu machen, sowohl als Landtag als auch innerhalb der Parteien.

Wir werden dem SPD-Antrag zustimmen. - Lassen Sie mich noch etwas zu dem F.D.P.-Antrag sagen. So, wie die Sache im Moment liegt, ist es vernünftig, daß sich der Innen- und Rechtsausschuß mit dieser Sache befaßt - denn es ist ein ganz konkreter Fall -, um zu sehen, wo da Ermessensspielraum ist, damit wir unter humanitären Gesichtspunkten eine Lösung des Problems herbeiführen können. Ich bitte darum, daß wir diesen Antrag in einer nichtöffentlichen Sitzung im Innen- und Rechtsausschuß behandeln.

(Beifall der Abgeordneten Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Baasch.

Wolfgang Baasch [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bevor ich zu Lübeck etwas ausführe, möchte ich zwei

Vorbemerkungen machen. Die erste richtet sich an Herrn Schlie. Ich denke, Herr Schlie, die **Asylgesetze**, die wir bei uns geschaffen haben, sind nicht von der Welt abverlangt, sondern begründen sich vor allem in unserer Geschichte. Das sollte uns besonders sensibel machen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Das sollte uns natürlich auch für humanitäre Lösungen und für Einzelfallösungen sensibel machen.

Bei der Änderung der Asylgesetze haben wir immer formuliert, daß wir Zuwanderungsregelungen brauchen, daß wir humanitäre Einzelfallentscheidungen brauchen. Die geänderten Asylgesetze sind uns das bisher aber schuldig geblieben. Wir werden nicht aufhören, diese Punkte einzufordern.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Meine zweite Vorbemerkung richtet sich an Herrn Kubicki. Ich denke, Herr Kubicki, wir sollten das Strafverfahren und die Behandlung der Überlebenden der **Brandkatastrophe** voneinander trennen. Wir sollten nicht versuchen, den Ausgang dieses Strafverfahrens in irgendeiner Weise damit zu belasten. Dieses **Strafverfahren** wird so behandelt, wie es sich gehört. Die **Opfer** haben unseren humanitären Einsatz verdient. Ich denke, wir sollten versuchen, dies nicht durch Polemik miteinander zu vermischen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Zu Lübeck! Ein Jahr nach der schrecklichen **Brandkatastrophe** in der Lübecker Hafestraße haben sich viele Menschen in **Lübeck** aufgemacht, um der Opfer zu gedenken beziehungsweise sich mit Initiativen - von Veranstaltungen bis hin zu Unterschriftensammlungen - für ein **Bleiberecht für die Überlebenden** der Brandkatastrophe einzusetzen. Unsere Hilfe und unsere Unterstützung brauchen gerade die Überlebenden dieser Brandkatastrophe, die zum Teil noch heute an ihren Folgen leiden. Die Menschen mögen vielleicht die körperlichen Schäden überwinden; das Erlebte wird sich aber sicherlich nie aus ihren Gefühlen und Gedanken verdrängen lassen. Darum ist es für uns ein Gebot der Humanität zu erklären: Wir wollen hier mit diesen Menschen leben, wenn sie es denn wollen.

Die Menschen in Lübeck beschäftigen sich heute intensiver mit der Lebenssituation von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern. Die Situation

von Flüchtlingen und die Situation in ihren Heimatländern wird in vielen Diskussionen und Veranstaltungen aufgezeigt. Schülerinnen und Schüler vieler Lübecker Schulen beschäftigen sich in einem Wettbewerb unter der Überschrift „Ich, du, wir zu Asyl in Lübeck“ mit der Problematik Asyl. Viele Menschen haben sich für die Überlebenden der Brandkatastrophe in Lübeck engagiert. Ihnen allen gilt unser Dank und unsere Anerkennung.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Gleichzeitig haben viele Menschen in der Diskussion und in konkreten Begegnungen gelernt, wie unerbittlich das vor einigen Jahren geänderte Asylrecht in die Lebenssituation von Menschen einschneidet. Es bleibt nur in wenigen Ausnahmefällen ein Beurteilungs- und **Ermessensspielraum** für humanitäre Einzelfallentscheidungen. Diese Situation zwingt uns geradezu eine Diskussion auf, das geänderte Asylrecht zu verändern, es zu liberalisieren. Die notwendigen Punkte sind in unserem Antrag aufgezeigt.

Auf unterschiedlichen Ebenen und mit unterschiedlichen Initiativen haben sich viele Menschen, viele Politiker für die Überlebenden der Brandkatastrophe eingesetzt. Ekkehard Wienholtz, der Landesinnenminister, hat recht, wenn er - wie in der „Süddeutschen Zeitung“ vom 17. Januar abgedruckt - erklärt, daß die Überlebenden ein dauerndes Bleiberecht brauchen. Er begründet das wie folgt: „Jeder vernünftige Mensch, der nicht stumpf geworden ist, muß das so empfinden.“ Recht hat Ekkehard Wienholtz. Wir sollten heute gemeinsam diesen Appell aufgreifen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat jetzt Herr Minister Dr. Wienholtz.

Dr. Ekkehard Wienholtz, Innenminister:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In bezug auf Ihren Antrag, Herr Kubicki, schließe ich mich dem an, was der Herr Abgeordnete Puls hier dargestellt hat. Ich gebe Ihnen zu diesem Komplex gern Auskunft, aber nicht in einer öffentlichen Sitzung des Landtages.

Zu dem Antrag, der hier von der SPD eingebracht worden ist und von dem ich mir erhoffe, daß er im Hohen Hause eine möglichst breite Zustimmung

erfährt, lassen Sie mich folgendes sagen. In diesen Tagen ist Schleswig-Holstein buchstäblich weltweit in den Nachrichten. In Medien weit über Schleswig-Holstein hinaus, in der ganzen Bundesrepublik, aber auch im befreundeten Ausland wird in diesen Tagen an die grausame **Katastrophe** erinnert, der in **Lübeck** zehn Menschen zum Opfer gefallen sind. Sie berichten von dem Prozeß in Lübeck. Sie erinnern an das Schicksal derer, die zu Tode gekommen sind, und fragen nach, wie Deutschland mit den Überlebenden umgeht. Ich setze mich dafür ein, daß dieser Staat eine humanitäre Entscheidung trifft. Wir müssen diesen Menschen ein dauerhaftes **Bleiberecht** in Deutschland geben.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich allein kann das nicht. Die einzige rechtlich einwandfreie Lösung ist der Weg, der in dem hier in Rede stehenden Antrag aufgezeigt wird. Wir können nach § 32 Ausländergesetz - wie es im Gesetzestext heißt - bestimmten Ausländergruppen aus humanitären Gründen oder zur Wahrung politischer Interessen der Bundesrepublik Deutschland eine Aufenthaltsbefugnis erteilen. Zweifelsohne sind die überlebenden Brandopfer in der Lübecker Hafenstraße eine bestimmbare Gruppe. Es ist ein politisches Interesse unseres Landes, hier eine humanitäre Entscheidung zu treffen.

Für diese Entscheidung benötige ich zur Wahrung der **Bundeseinheitlichkeit** allerdings das **Einvernehmen mit dem Bundesinnenminister** - so will es der Gesetzestext. Ich bin diesen Weg bereits im letzten Jahr einmal gegangen. Dabei hatte ich die Unterstützung meiner Kollegen aus den SPD-regierten Ländern und aus Thüringen. Dennoch hat mir der Bundesinnenminister dieses Einvernehmen versagt und auf eine Einzelfallprüfung verwiesen. So klug waren wir natürlich auch. Mit „wir“ meine ich auch die Ausländerbehörde der Stadt Lübeck. Die Einzelfallprüfung war dort wie hier in Kiel schon vorgenommen worden.

Von den 38 damals in der Hafenstraße lebenden Asylbewerbern haben acht einen gesicherten Aufenthaltsstatus. Zum Teil laufen befristete Duldungen bis zum Prozeßende; zum Teil läuft noch das Asylverfahren. Aber bei vielen ist das Asylverfahren rechtskräftig beendet. Das bedeutet letztlich Ausreisepflicht, bedeutet Abschiebung, wenn die Duldungen nicht mehr verlängert werden, weil für den Prozeß keine Zeugen mehr benötigt werden.

Was spricht gegen ein Bleiberecht für diese Menschen? Die **Präzedenzwirkung**, wie der Bundesinnenminister meint? Ich hoffe nicht, daß es jemals wieder eine Katastrophe dieser Größenordnung geben wird. Zehn Menschen sind in einem Haus einen grausamen Tod gestorben. Es muß schon fast zynisch klingen, wenn hier eine Präzedenzwirkung befürchtet wird.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn es wieder eine solche Katastrophe gäbe, was hoffentlich niemals der Fall sein wird, so würde auch für die dann betroffenen Menschen diese Lösung eine Rolle spielen können und müssen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN und SSW)

Wenn weiter spekuliert wird, dies sei eine Einladung an Zünder, sich ein Aufenthaltsrecht zu verschaffen, dann ist dies zynisch. Es gibt keinen vergleichbaren Fall in Deutschland, keinen Fall mit diesem Grauen, keinen Fall mit diesen Dimensionen.

Ich weiß, daß der Prozeß in Lübeck von interessierter Seite als ein politischer verstanden wird. Polizei und Staatsanwaltschaft werden rassistische Ermittlungsmethoden vorgeworfen. Dieser Vorwurf ist absurd. Die Ermittlungen wurden und werden nicht rassistisch geführt. Und um auch das deutlich zu sagen: Ich brauche keine absurden Vorwürfe gegen deutsche Ermittlungsbeamte oder Theorien über mögliche deutsche Täter aus der Neonaziszene, um für die betroffenen Überlebenden das zu fordern, was in diesem Antrag zum Ausdruck kommt.

(Beifall bei SPD und SSW)

Für mich ist allein die Tatsache entscheidend, daß Eltern ihre Kinder verloren haben, Kinder ihre Geschwister, daß man auf der Straße hilflos ins Feuer blicken mußte und sah, wie Nachbarn verbrannten, daß man in Todesangst auf dem Dach stand. Das ist für mich entscheidend, nicht wer es gewesen ist oder nicht. Allein das ist ausreichend, um zu sagen: Jenseits aller Fragen, ob diese Menschen politisches Asyl bekommen sollten und in ihrer Heimat verfolgt wurden, sollten sie hierbleiben dürfen.

(Beifall bei SPD und SSW)

Ich appelliere an Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, mich in dieser Auffassung zu unterstützen.

Dies ist kein kleinkariertes politisches Problem. Dies ist keine Frage von Ausländerfeindlichkeit oder -freundlichkeit. Dies ist kein Profilierungskampf zwischen einem Lübecker Bürgermeister, dem Landesinnenminister und dem Bundesinnenminister. Dies ist einfach und zugleich schwierig genug eine **humanitäre Entscheidung**, die nur im Miteinander von Kommune, Land und Bund möglich ist.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ihre Unterstützung könnte helfen, diese gemeinsame Entscheidung zu ermöglichen.

Ich habe eingangs gesagt, daß der Fall dieser Menschen so ungewöhnlich dramatisch, so ungewöhnlich tragisch ist, daß wir uns in diesem Einzelfall für die Humanität entscheiden müssen. Wir haben das gesetzliche Instrumentarium, eben jenen § 32 Ausländergesetz, doch fehlt uns die notwendige Zustimmung des Bundesinnenministers. Und lassen Sie mich bei dieser Gelegenheit gleich sagen: Ohne diese zwingende Zustimmung kann ich nicht anders handeln; ich werde nicht - wie mir wohlmeinende Ratgeber aus der grünen Landespartei sagen - dennoch auch ohne diese Zustimmung im Sinne des Landtagsantrags handeln können nach dem Motto: „Wo kein Kläger, da kein Richter.“

Sie wissen von anderen Fällen und aus meinen öffentlichen Äußerungen, daß ich dies ernst meine. Das Gegenteil eines demokratischen Staates ist ein willkürlicher Staat: Ein Staat, der für die Betroffenen positive und negative Entscheidungen willkürlich, das heißt je nach der emotionalen oder ideologischen Verfassung dessen, der zu entscheiden hat, trifft. Ich entscheide überall dort auch unter humanitären Gesichtspunkten, wo mir das Gesetz Ermessens- und Beurteilungsspielräume bietet. Wo dies nicht so ist - und im Ausländer- und Asylverfahrensgesetz gibt es Bestimmungen, die rigoros, auch aus meiner persönlichen Sicht gnadenlos sind -, habe ich keine Wahl, als diese Entscheidungen zu vollziehen oder auch anzuordnen, daß sie vollzogen werden, wenn andere für sie zuständig sind. Was bleibt, ist der vielfach mühevollen Weg, den unsere demokratische Verfassungsordnung vorsieht: Das politische Ringen um Mehrheiten, mit denen man diese Gesetze ändern kann. Das sind die Grenzen einer schleswig-holsteinischen Ausländerpolitik. Da, wo Bundesgesetze klare, eindeutige und einzig mögliche Handlungen vorschreiben, da muß ich auch dafür sorgen, daß dem gefolgt wird.

In dem Fall, um den es hier hauptsächlich geht, gibt es immerhin eine gesetzliche Möglichkeit, nämlich den § 32 Ausländergesetz, um helfen zu können, wenn denn der Bundesminister des Innern zustimmt. Aber in vielen Fällen fehlt uns selbst die gesetzliche Grundlage, um Härtefälle wirklich lösen zu können. Eine so benannte Regelung vom März dieses Jahres hatte ihren Namen jedenfalls nicht verdient. Ich habe aus meiner Kritik an dieser Altfall- oder Härtefallregelung nie ein Hehl gemacht. Bis zu 20 000 Fälle sollten gelöst werden. Nicht einmal 5000 werden es wegen der zu einschränkenden Kriterien sein. Wir haben zum Beispiel Fälle, in denen der entscheidende Stichtag um 30 oder 40 Tage verpaßt wird - und das bei Menschen, die seit fünf Jahren hier leben, deren Kinder hier zur Schule gehen und die sich hier integriert haben.

Ich weiß mich mit den Damen und Herren der Opposition einig, denn auch von ihnen bekomme ich Briefe, daß man doch bitte schön in diesem oder jenem Falle helfen müsse, weil er eben ganz anders gelagert ist als andere. Auch sie sehen ab und an und außerhalb der öffentlichen politischen Rhetorik den Bedarf für eine **Härtefallregelung**. Deswegen bitte ich Sie um Zustimmung auch zu diesem Punkt. Wir brauchen eine Härtefallregelung. Die schleswig-holsteinische Landesregierung hat einen diesbezüglichen Antrag im Bundesrat eingebracht.

Aber was immer wir zu den heutigen zusammengeführten Tagesordnungspunkten an Inhalten dahinterstehen haben, worüber wir uns politisch die Köpfe heiß reden: Es geht dabei um einzelne Menschen, deren Schicksal wir erleichtern könnten, wenn es dafür eine Rechtsgrundlage gäbe. Dafür politisch um Mehrheiten zu kämpfen, ist ein Gebot der Humanität, ist Wahrnehmung von sozialer, liberaler und christlicher Verpflichtung gegenüber Schwachen in unserer Gesellschaft. Deswegen bitte ich das ganze Haus um Unterstützung dieses Antrages.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abgeordneten Kubicki das Wort.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Verehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe - das will ich dem Haus sagen - den Kollegen Puls gefragt, ob die Möglichkeit besteht, den

Antrag im Innen- und Rechtsausschuß noch einmal zu erörtern. Er möchte Abstimmung in der Sache. Ich kann das verstehen.

Weil ich aber, Herr Kollege Puls, davon ausgehen will, daß es mehr sein soll als einfach nur Deklamation, frage ich die Antragsteller, ob Sie bereit wären, in der Nummer 1 im ersten Satz eine kleine Änderung vorzunehmen. Der erste Satz lautet:

„Der Landtag unterstützt die Absicht des Landesinnenministers, aus humanitären Gründen anzuordnen, daß für die überlebenden Opfer der Lübecker Brandkatastrophe vom 18. Januar 1996“

- jetzt kommt meine kleine Änderung! -

„ i m E i n z e l f a l l
Aufenthaltsbefugnisse erteilt werden ...“

Ich denke, daß auch unter dem Gesichtspunkt einer möglichen unterschiedlichen Betroffenheit und Bewertung im weiteren Verlauf die von dem Landesinnenminister angesprochene gruppenspezifische Abgrenzung unter humanitären Aspekten möglicherweise andere Kriterien beinhalten kann als die, die wir hier gegenwärtig kennen und erörtern. Deshalb bitte ich darum. Für den Fall, daß Sie das übernehmen, kündige ich die Zustimmung meiner Fraktion zur Nummer 1 des Antrages an, daß entsprechend verfahren wird.

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Weitere Wortmeldungen liegen erst einmal nicht vor. - Ich hatte es eben leider nicht ganz exakt mitbekommen, Herr Kubicki.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wir möchten, daß hinter „18. Januar 1996“ eingefügt wird „im Einzelfall“!)

- Ach so, das betrifft die dritte Zeile der Nummer 1. Gut. - Der Änderungsantrag des Abgeordneten Kubicki lautet, in Nummer 1 nach „18. Januar 1996“ einzufügen „ i m E i n z e l f a l l
Aufenthaltsbefugnisse erteilt werden ...“

Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich - -

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Einen Moment bitte, Herr Puls hat sich zu Wort gemeldet!)

- Entschuldigung! Herr Puls, Sie haben das Wort.

Klaus-Peter Puls [SPD]:

Herr Kubicki, wir wollen hier ja größtmögliche Einigkeit erzielen. Ich gehe davon aus, daß es jetzt nicht Absicht Ihres Antrages ist, sozusagen wieder in die Einzelfallprüfung einzutreten, sondern der Gruppe der von der Brandkatastrophe betroffenen Menschen durch die Regelung von § 32 Ausländergesetz im Einvernehmen mit dem Bundesinnenminister zu helfen. Wenn das anders sein sollte, müßten Sie das hier noch einmal deutlich machen. Dann könnten wir Ihrem Änderungsantrag nämlich nicht zustimmen.

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Ich erteile noch einmal Herrn Abgeordneten Kubicki das Wort.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Herr Kollege Puls, weil auch ich vermute, daß es der SPD-Fraktion wie auch dem Landesinnenminister darum geht, etwas für die betroffenen Menschen zu erreichen, sollten keine Hürden aufgebaut werden, die es dem Bundesinnenminister ermöglichen, per se zu erklären, daß er der Forderung nicht nachgeben kann.

Deshalb meine dringende Bitte, den Begriff „im Einzelfall“ einzufügen.

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Ich gehe davon aus, daß keine weiteren Wortmeldungen vorliegen. - Doch! Bitte, Herr Abgeordneter Puls.

Klaus-Peter Puls [SPD]:

Herr Kubicki, unter dieser Voraussetzung können wir der Ergänzung nicht zustimmen. § 32 Ausländergesetz ist unserem Antrag in Nummer 1 deshalb angefügt worden, weil es bei dieser Nummer 1 um die Wiedergabe der Rechtsgrundlage geht, der Gruppe von Brandopfern im Einvernehmen mit dem Innenminister die Aufenthaltsbefugnis zu erteilen. Auf diese Rechtsgrundlage berufen wir uns. Wir können jetzt nicht die Hilfe über die Gruppenmöglichkeit wieder in Einzelfallüberprüfungen aufdröseln. Deshalb lehnen wir Ihren Antrag ab.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag des Abgeordneten Kubicki abstimmen. Im SPD-Antrag sollen unter Punkt 1 nach den Worten „18. Januar 1996“ die beiden Worte „im Einzelfall“ eingefügt werden. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Bei einer Enthaltung ist der Antrag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU gegen die Stimmen der F.D.P. abgelehnt. - Frau Dr. Kötschau hat auch mit der F.D.P. gestimmt.

Ich lasse jetzt über den Antrag der SPD-Fraktion in der Ursprungsfassung abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Der Antrag ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. angenommen.

Ich lasse jetzt über den Antrag der F.D.P.-Fraktion, Drucksache 14/415, abstimmen. Dieser Antrag soll an den Ausschuß überwiesen werden; ich gehe einmal davon aus, daß er dem Innen- und Rechtsausschuß überwiesen werden soll. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenprobe!

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Dem Antrag zustimmen oder der Ausschußüberweisung?)

- Der Ausschußüberweisung!

Ich wiederhole: Wer der Ausschußüberweisung zustimmt, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, auf der Tribüne begrüße ich Spätaussiedler. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 30 a auf:

Ermittlungsverfahren „Todesfall Barschel“

Antrag der Fraktionen von CDU und F.D.P.
Drucksache 14/497

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann erteile ich Herrn Minister Walter das Wort - Bitte schön, Sie haben das Wort.

Gerd Walter, Minister für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe mich bereits gestern dafür bedankt, daß die Möglichkeit besteht, zu dem von Ihnen angesprochenen Vorgang heute vor dem Plenum ein erklärendes, vielleicht unter dem Strich auch beruhigendes Wort zu sagen - dies auch deshalb, weil mir daran liegt, uns allen noch einmal vor Augen zu führen, daß das **Ermittlungsverfahren** im Todesfall des früheren Ministerpräsidenten Dr. Uwe Barschel wie kein anderes Verfahren, das zur Zeit läuft, Gegenstand öffentlicher Spekulation, politischer Leidenschaft, medialer Aufmerksamkeit und auch Gegenstand medialer Ausbeutung ist, aber vor allem auch etwas mit den Gefühlen von Menschen, insbesondere von Angehörigen und von solchen, die sich auf ganz unterschiedliche Weise betroffen fühlen, zu tun hat.

Für ein solches Verfahren gilt das, was natürlich für jedes andere ganz selbstverständlich auch gilt, in ganz besonderer Weise: Es muß nachhaltig, sorgfältig und zielgerichtet geführt werden. Es muß jeder Anschein politischer Einflußnahme - zumal willkürlicher - vermieden werden.

(Beifall des Abgeordneten Klaus Schlie
[CDU])

Jede Entscheidung, die das Ermittlungsverfahren beeinflußt, muß sorgfältig begründet und so gut wie möglich nachvollziehbar sein. Es muß klar sein - ich will es einmal so sagen -: Was ermittelbar ist, muß ermittelt werden. Mein persönlicher Kompaß sagt mir: im Zweifelsfall immer für die Ermittlungen!

(Beifall bei der SPD)

Es ist die **Verantwortung des Generalstaatsanwalts**, im Rahmen seiner Dienstaufsicht über die Einhaltung dieser Grundsätze und natürlich auch in diesem Zusammenhang über die Bestimmungen der Strafprozeßordnung zu wachen. Es ist seine Pflicht, einer etwaigen Verletzung dieser Grundsätze - in welchem Verfahren auch immer - entgegenzuwirken. Dazu kann prinzipiell auch das Mittel der Übernahme

eines Verfahrens durch den Generalstaatsanwalt gehören.

Es ist die **Pflicht des Ministers**, entsprechende Hinweise oder Absichtserklärungen des Generalstaatsanwalts nicht etwa zu ignorieren, sondern sich mit ihnen auseinanderzusetzen und sie gegebenenfalls zu bewerten. Wenn es für Maßnahmen des Generalstaatsanwalts überzeugende Gründe gibt, darf sich denen auch der Minister im Rahmen seiner Amtspflicht nicht verschließen - dies immer unter der Vorgabe zielgerichteter, sorgfältiger Ermittlungen.

Ich wollte das gern als allgemeine Bemerkung voranstellen, damit wir uns der Dimension dieses Verfahrens noch einmal bewußt werden und der Rolle, die die Staatsanwaltschaft und die der Minister bei Ermittlungsverfahren generell und natürlich auch in diesem besonderen Fall zu spielen haben.

In diesem Fall sieht der Sachverhalt, über den Sie gern aufgeklärt werden möchten, wie folgt aus:

Am Dienstag dieser Woche - das war der 21. Januar - hat der **Generalstaatsanwalt** Herrn Staatssekretär Jöhnk telefonisch davon unterrichtet, daß er in einem Gespräch mit dem **Leitenden Oberstaatsanwalt** Wille den Stand und den Fortgang des **Ermittlungsverfahrens** erörtert habe und erwäge, gegebenenfalls die Ermittlungen an sich zu ziehen. Am Mittwoch, also vorgestern, hat der Generalstaatsanwalt Herrn Staatssekretär Jöhnk über seine Absicht unterrichtet, das Ermittlungsverfahren an sich zu ziehen.

Am Mittwochnachmittag dieses 22. 10.

(Zurufe: Erster!)

- Entschuldigung, 1. - hat Staatssekretär Jöhnk mich telefonisch in Bonn informiert, da ich mich seit Dienstagabend aus Anlaß der Bundesratskoordinierung dort aufgehalten habe.

Dabei bestand in diesem Gespräch zwischen Herrn Jöhnk und mir Übereinstimmung darüber, daß insbesondere angesichts einer früher erfolgten Informationszusage gegenüber den Mitgliedern des Innen- und Rechtsausschusses keine Entscheidung ohne **Unterrichtung der Abgeordneten** erfolgen dürfe. Eine entsprechende Terminvereinbarung mit Ihnen, Herr Maurus, war im Gespräch.

Weiterhin hat Herr Jöhnk mir gegenüber aus fachlicher Sicht Verständnis für die Absicht des

Generalstaatsanwalts geäußert und mir gesagt, daß er diese auch gegenüber dem Generalstaatsanwalt zum Ausdruck gebracht habe. Das ist meines Erachtens auch in der Information an die Mitglieder des Innen- und Rechtsausschusses zum Ausdruck gekommen.

Übrigens deckt sich diese Bewertung - wenn ich das hinzufügen darf - mit vielen Bemerkungen, die ich in den vergangenen Monaten aus sehr vielen Richtungen unabhängig von politischen Orientierungen und örtlichen Ansiedlungen über die Einschätzung des Verfahrens in Lübeck gehört habe. Das sind Bewertungen, die man auf den Nenner bringen kann, daß viele gesagt haben: Da muß doch mal richtig Dampf hinein.- Das füge ich aber nur in Klammern hinzu.

Herr Jöhnk hat mir seine fachliche Ansicht mitgeteilt und hat dies auch gegenüber dem Generalstaatsanwalt zum Ausdruck gebracht.

Ich habe mir in diesem Telefongespräch - wie das wohl auch ganz normal ist - die Bewertung durch das Justizministerium ausdrücklich vorbehalten und um ein Gespräch mit dem Generalstaatsanwalt nach meiner am Donnerstag - also gestern morgen - erfolgten Rückkehr aus Bonn - das heißt unmittelbar nach der Sitzung mit den Abgeordneten - gebeten. Das ist entsprechend vereinbart worden.

In der Sitzung mit den Abgeordneten hat Herr Jöhnk darauf hingewiesen, das Gespräch mit dem Minister und dem Generalstaatsanwalt werde noch geführt. Wenn ich richtig informiert bin, ist während oder nach der Sitzung von einzelnen Abgeordneten die Bitte zum Ausdruck gebracht worden, eine Entscheidung in diesem Zusammenhang sorgfältig abzuwägen. Hinzuzufügen ist - das haben diejenigen, die bei der Unterrichtung dabei waren, besser erlebt als ich -, daß der Generalstaatsanwalt gestern morgen Mitgliedern des Innen- und Rechtsausschusses in einer nichtöffentlichen und nichtförmlichen Sitzung, also im Rahmen einer vertraulichen Unterrichtung, die auch als solche vereinbart war, berichtet hat. Staatssekretär Jöhnk hat bei dieser Gelegenheit darauf hingewiesen, daß die Überlegungen des Generalstaatsanwaltes von diesem in eigener Zuständigkeit und ohne Einflußnahme des Ministeriums angestellt worden seien. - Das ist ja auch selbstverständlich.

In dem direkt im Anschluß an diese Sitzung zwischen mir, Staatssekretär Jöhnk und dem Generalstaatsanwalt geführten Gespräch hat der Generalstaatsanwalt die Auffassung vertreten, die gebotene Zielstrebigkeit der

Ermittlungen sei seiner Ansicht nach in der Vergangenheit nicht immer gewährleistet gewesen. Ich habe ihm dazu das gesagt, was ich hier wiederholen möchte, nämlich daß dieser Kritik nachzugehen sein wird. Ich kann mich solchen Hinweisen nicht verschließen, ich kann sie nicht einfach ignorieren.

Um eine sorgfältige Entscheidung über den Fortgang des Verfahrens vorzubereiten, muß ein ausführlicher **Bericht des Generalstaatsanwalts** in Zusammenarbeit mit der **Staatsanwaltschaft Lübeck** erstellt werden. Dieser Bericht sollte aus meiner Sicht klarstellen, wie die Empfehlungen der Staatsanwaltschaft zum Fortgang des Verfahrens aussehen. Sodann werden auf dieser Grundlage die erforderlichen Entscheidungen zu treffen sein. Ich habe um diesen Bericht gebeten. Daraufhin wurde gestern nachmittag das gemeinschaftlich verabredet, was dann auch in einer Erklärung öffentlich geworden ist. Dort heißt es:

„Auf Bitten des Justizministers stellt der Generalstaatsanwalt seine Absicht, das Ermittlungsverfahren wegen Verdachts des Mordes an dem früheren Ministerpräsidenten Dr. Barschel an sich zu ziehen, bis zur Vorlage eines ausführlichen Berichtes über den Stand der Ermittlungen in zirka zwei Monaten zurück. Diese Entscheidung wurde heute in einem Gespräch des Generalstaatsanwaltes mit dem Justizminister gemeinschaftlich getroffen.“

Vor Abschluß dieses Gesprächs mit dem Generalstaatsanwalt habe ich mich - wie es sich wohl bei wichtigen Vorgängen für ein Kabinettsmitglied gehört - mit der Ministerpräsidentin besprochen, die am Morgen dieses Tages, also gestern morgen, nach der Unterrichtung der innenpolitischen Sprecher durch den Generalstaatsanwalt informiert worden war und die meine Bewertung ausdrücklich unterstützte. Ebenso habe ich mich über die Reaktion der Abgeordneten verschiedener Parteien informiert, sei es indirekt oder durch direkte Gespräche, die ich mit ihnen selbst geführt habe. Die Gespräche hätten hinreichend deutlich machen können, daß es hier um alles andere geht, aber nicht um einen Versuch, irgend etwas nicht korrekt zu handhaben.

Soweit der Vorgang, der - wenn Sie mir diesen einen Satz gestatten - Unterstellungen, wie sie teilweise gestern hier herauszuhören waren, weiß Gott nicht rechtfertigt.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich möchte noch etwas hinzufügen. Diejenigen, die den Antrag gestellt haben, mahnen in diesem Zusammenhang die Sorgfaltspflicht des Ministers an. Ich finde, das ist Ihr gutes Recht. Aber ich möchte fragen, ob wir nicht alle gemeinsam eine Verantwortung haben, mit diesem Verfahren sorgfältig umzugehen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Haben wir nicht Verantwortung dafür, beispielsweise der Versuchung zu widerstehen - so oder so, aus welcher Richtung auch immer -, Gewinn aus dem Verfahren zu schlagen? Der haltlosen Spekulation Einhalt zu gebieten, die die Wahrheitsfindung am Ende nur erschwert? Müssen wir nicht einer kritischen Öffentlichkeit ebenso gerecht werden wie einer betroffenen Familie, die immer wieder neuen Belastungen ausgesetzt ist? Die Tassen im Schrank lassen, auch wenn es unterschiedliche Bewertungen gibt? Einem Generalstaatsanwalt gerecht werden, der seine Dienstaufsicht wahrzunehmen hat, wie auch ermittelnden Staatsanwälten gerecht werden, die nach bestem Wissen und Gewissen ihre Arbeit tun?

Wir haben in dieser Diskussion vielem gerecht zu werden. Davon sind natürlich insbesondere wir bei unseren Entscheidungen betroffen. Wir sind uns dessen bewußt. Aber wir alle werden am Ende daran gemessen werden, ob wir gemeinsam - jeder auf seine Weise - diesen Anforderungen gerecht geworden sind.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Die Rede hätten wir vor ein paar Jahren gebraucht!)

Die Abgeordneten haben Anspruch auf ordentliche Information und Rückkoppelung, um Entscheidungen nachvollziehen zu können, soweit man sie nachvollziehen kann und mag. - Der Minister wäre schlecht beraten, würde er das nicht so handhaben. Die Information wird mit dem angeforderten Bericht des Generalstaatsanwalts selbstverständlich in nichtöffentlicher Sitzung erfolgen - selbstverständlich auch in den Grenzen der Strafprozeßbestimmungen.

Ich finde aber, vertrauliche Vorabunterrichtungen und Diskussionen müssen generell möglich bleiben, ohne unmittelbar folgendes öffentliches Spektakel.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Ja, wo kommt das denn wohl her?)

Ich fände es schade, wenn der Vorgang von gestern ein Indiz dafür wäre, daß man es vorziehen sollte, die Abgeordneten des Landtages lieber vor vollzogene Entscheidungen zu stellen. Ich lasse mich jedenfalls nicht - -

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das ist eine Unterstellung!)

- Ich unterstelle gar nichts. Ich stelle nur fest, was gestern alle feststellen mußten - ich betreibe keinerlei Ursachenforschung -, daß die Diskussionen gestern, an denen ich selbst nicht teilgenommen habe, offensichtlich nicht vertraulich geblieben sind. Davon lasse ich mich jedoch nicht beirren. Ich lasse mich nicht in meinem Versuch beirren - von dem ich fest überzeugt bin, daß er richtig ist -, justizpolitische Entscheidungen in Schleswig-Holstein im Einzelfall immer auf eine Basis zu stellen, die größer als die Zahl der Abgeordneten der Koalition ist. Diese Auffassung von mir ist bekannt. Sie ist von der tiefen Überzeugung gespeist - die in der Zwischenzeit, so glaube ich, als Auffassung einer großen Mehrheit von Richtern und Staatsanwälten und anderen Angehörigen der Justiz wiedergegeben werden darf -, daß die Justiz nicht als Resonanzboden für politische Auseinandersetzungen taugt.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir tun uns und dem Staat keinen Gefallen damit.

Deshalb wollte ich als Ergebnis, nach der sachlichen Darstellung des Ablaufs, wiederholen, was ich gestern zum Ausdruck gebracht habe: In diesem Land wird nichts unter den Teppich gekehrt, dafür steht die Landesregierung und die Führung des Justizministeriums.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Geißler.

Thorsten Geißler [CDU]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Minister Walter, das sind ja ganz hehre Worte, die Ermittlungen müßten nachhaltig betrieben werden, sorgfältig und zielgerichtet geführt werden, jede Möglichkeit politischer Einflußnahme müsse vermieden

werden, jede Entscheidung sorgfältig begründet werden, und im Zweifelsfall müsse für die Ermittlung entschieden werden.

Wenn diese Grundsätze in Ihrem Haus auch gestern gegolten hätten, hätte es zu dem chaotischen Geschehensablauf, den wir gestern alle miterleben mußten, eigentlich überhaupt nicht kommen dürfen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Es paßt nicht zusammen, auf der einen Seite zu formulieren: „im Zweifel für die Ermittlungen“, auf der anderen Seite aber den eigenen Generalstaatsanwalt vorzuschicken, der den erstaunten Abgeordneten gegenüber verkündet, in drei Monaten sollten die Akten geschlossen werden.

(Dr. Gabriele Kötschau [SPD]: Das ist eine Unterstellung!)

Das ist ein eklatanter Widerspruch, und dieser Bericht hat nicht dazu gedient, ihn auszuräumen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ich sage genauso deutlich: Wer Spekulationen im Zusammenhang mit dem **Todesermittlungsverfahren** ausräumen will - daran müssen wir alle ein Interesse haben -, der darf gerade nicht im Zweifel gegen die Ermittlungen entscheiden und ankündigen, in drei Monaten würden die Akten geschlossen. Das ist genau der falsche Weg.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Herr Minister, nun hat Ihr Bericht wenigstens in einem Punkt Klarheit geschaffen. Sie haben heute eingeräumt, vor dem Auftritt Ihres Staatssekretärs und des Generalstaatsanwaltes über alle Schritte informiert gewesen zu sein, während Sie gestern noch den Eindruck erweckt haben - in bester sozialdemokratischer Tradition -, unbeteiligt, unwissend von nichts eine Ahnung gehabt zu haben

(Klaus Schlie [CDU]: So ist das!)

und dann mittags als der große Krisenmanager eingeflogen zu sein und die Dinge zum besten geordnet zu haben. Die Wahrheit ist eine ganz andere.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Meinhard Füllner [CDU]: Alles Theater!)

Wer sollte Ihnen das abnehmen? Für wie naiv halten Sie uns eigentlich, meine Damen und Herren? Glauben Sie wirklich, wir hätten es Ihnen abgekauft, daß der gestrige Auftritt Ihres Staatssekretärs Jöhnk und von Herrn Ostendorf nicht mit Ihnen abgestimmt war? Halten Sie uns wirklich für so naiv?

(Zurufe von der SPD: Ja! - Heiterkeit)

Dann lesen Sie heute einmal die Kommentare und die Berichterstattung! Meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, wenn Sie weiter nach dem Rezept verfahren, werden Sie weiter solche Kommentare und solche Berichte zu lesen haben. Darüber würden wir uns durchaus auch freuen, denn unser Ziel muß es sein, die Unfähigkeit dieser Regierung bei jeder Gelegenheit darzustellen.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Holger Astrup [SPD]: Nun überheben Sie sich mal nicht! - Ursula Kähler [SPD]: Sie müssen mal Ihre Mimik betrachten! Was für eine Show Sie da abziehen! - Unruhe)

Die Fakten waren doch ganz andere. - Frau Kähler, auch ich muß mir ja Ihre Mimik angucken.

(Heiterkeit und Unruhe)

Die Fakten waren doch ganz andere. Angekündigt war gestern ein umfassender Sachstandsbericht über den Stand der Ermittlungen. Und was ist passiert? Herr Minister Walter, Sie haben gestern morgen Ihren Staatssekretär als Minenhund in die Veranstaltung geschickt, um die Stimmungslage zu testen.

(Beifall bei der CDU - Dr. Gabriele Kötschau [SPD]: Unglaublich! - Ursula Kähler [SPD]: Gestern morgen haben Sie noch ganz anders geredet!)

Weil Sie die Stimmungslage so falsch eingeschätzt haben, haben Sie gestern nachmittag Ihren Staatssekretär, wie Sie es ausdrücken, gebeten, die Ablösung von Herrn Wille zurückzunehmen. Im Klartext: Sie haben die Notbremse gezogen und Herrn Ostendorf zurückgepiffen, und Herr Ostendorf hat sich zurückpfeifen lassen. Das sind doch die Fakten!

(Beifall bei der CDU)

Ich frage mich, wie der Generalstaatsanwalt bei diesem Gesichtsverlust überhaupt unbeschädigt im Amt bleiben will. Auch diese Frage muß gestellt werden.

(Beifall bei der CDU)

Wir fragen uns: Wer war eigentlich von dieser Maßnahme noch unterrichtet? Wir können uns nämlich nicht vorstellen, daß von einem so gravierenden Schritt die Staatskanzlei nicht vorab informiert gewesen sein sollte.

(Unruhe)

Diese Frage muß gerade deshalb geklärt werden, weil wir Erfahrungen im Umgang mit BeStra-Berichten durch diese Landesregierung und durch die Staatskanzlei haben.

(Beifall bei der CDU)

Da verlangen wir auch von der Ministerpräsidentin vollständige Aufklärung.

(Zuruf der Abgeordneten Ute Erdsiek-Rave [SPD])

Das Verfahren an sich ist voller krasser Widersprüche und Merkwürdigkeiten. Der Generalstaatsanwalt hat während seiner Amtszeit noch in keinem einzigen Fall ein Verfahren an sich gezogen, obwohl er in der Vergangenheit mit Sicherheit bei nicht wenigen Verfahren Kritik an der Ermittlungstaktik der Staatsanwaltschaften gehabt hat. Warum gerade hier das schärfste Schwert?

Das überzeugt um so weniger, als die Verfahrensdauer von zwei Jahren bei Großverfahren nicht ungewöhnlich ist und man auch berücksichtigen muß, daß der zugrunde liegende Sachverhalt zehn Jahre zurückliegt. Wir haben es mit einem Fall zu tun, bei dem erwiesenermaßen anfänglich schwere **Ermittlungsfehler** gemacht worden sind. Wir haben es mit einem Fall zu tun, bei dem Ihr Vorgänger, Herr Dr. Klingner, die Akten jahrelang hat verstauben lassen, weil er kein Interesse hatte, das Verfahren zu fördern.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Es müssen weitere Fragen beantwortet werden. Ein ungewöhnlich langer Zeitraum liegt nicht vor. Hinzu kommt, daß Herr Wille angekündigt hat, das Verfahren binnen sechs Monaten zum Abschluß bringen zu können. Der **Generalstaatsanwalt** bietet drei Monate an. Herr Minister, wegen dieser drei Monate greift der Generalstaatsanwalt zu dem scharfen Schritt. Ist das wirklich der wahre Grund?

(Beifall bei der CDU)

Wie kann man ankündigen, ein Verfahren in drei Monaten zum Abschluß bringen zu können, wenn man die genaue Aktenlage selbst nicht vollständig kennt? Wir fragen uns, ob damit eine politische Absicht verfolgt wird - wenn ja, welche. Auch diese Frage muß heute beantwortet werden.

(Zuruf der Abgeordneten Ute Erdsiek-Rave [SPD])

Es gibt weitere Merkwürdigkeiten. Wenn man einen raschen Abschluß will, warum dann eine Auswechslung des gesamten Ermittlungsteams, so daß sich das neue erst in die gesamte Aktenlage einarbeiten muß? Wenn man die Ermittlungstätigkeit vorantreiben will und wenn man unzufrieden ist, hätte es sich angeboten, die **Lübecker Staatsanwaltschaft** zu unterstützen und zu verstärken. Dann hätte man glaubwürdig dokumentiert, daß man die Ermittlungen vorantreiben will, zielgerichtet und nachhaltig.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Herr Minister, manche Kritik an den von Herrn Wille noch beabsichtigten Ermittlungsschritten ist schlichtweg nicht nachvollziehbar. Was ist denn falsch daran, die Gutachter noch einmal an einen Tisch zu holen, wenn sich die Gutachten widersprechen? Ist nicht der fachliche Streit unter Wissenschaftlern vielleicht die einzige Möglichkeit, einer Klärung näher zu kommen? Was stört die Landesregierung daran?

Was stört die Landesregierung daran, wenn Herr Wille beabsichtigt, einen Zeugen zu vernehmen, um den es viele Ungereimtheiten gibt und dessen Name im Zusammenhang mit dem Ermittlungsverfahren seit langem immer wieder genannt wird? Was ist falsch daran, auch wenn eine solche Vernehmung vielleicht nur dazu dient, weiteren Spekulationen die Grundlage zu entziehen?

Meine Damen und Herren, Ihre offizielle Begründung kann jeden nur Juristen überraschen. Sie argumentieren, eine Vernehmung mache deshalb keinen Sinn, weil der Anwalt des potentiellen Zeugen angekündigt habe, sein Mandant werde ohnehin nicht aussagen. Herr Minister, wenn Sie das in Zukunft zum Kriterium erheben wollen, werden Sie viele Strafverteidiger in diesem Land in helle Begeisterung versetzen, und die Staatsanwaltschaft wird viel Arbeit sparen, aber wir dienen damit nicht der Rechtspflege.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ich stelle für meine Fraktion klar: Wir erwarten, daß in diesem politisch hochsensiblen Verfahren jedem Ermittlungsansatz mit größtem Nachdruck nachgegangen wird - und das ohne jegliche politische Einflußnahme und ohne jeglichen Versuch, Staatsanwälte zu beeinflussen, wenn sie davon überzeugt sind, daß Ermittlungsmaßnahmen dringend geboten sind.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Holger Astrup [SPD]: Auch ohne Unterstellungen! Das wäre mal etwas Neues bei Ihnen!)

Wir erwarten von Ihnen ein Höchstmaß an Sensibilität in diesem Verfahren. Ich kann nur noch einmal auf das abstellen, was wir Ihnen bereits gestern gesagt haben: Wenn in der Öffentlichkeit der Eindruck entsteht, ein SPD-Minister und ein SPD-Generalstaatsanwalt würgen die Ermittlungen ab, werden die Spekulationen über die **Todesursache von Uwe Barschel** niemals abreißen. Ein solcher Eindruck wäre fatal, und wir alle können kein Interesse daran haben.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Deshalb fordere ich nachdrücklich noch einmal: Es muß zielgerichtet, nachhaltig und mit größter Intensität ermittelt werden.

(Holger Astrup [SPD]: Das, was der Minister gerade gesagt hat!)

Darauf haben die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes einen Anspruch. Jeder, der diesen Eindruck gefährdet, trägt dazu bei, daß die Bürgerinnen und Bürger das Vertrauen in diese Landesregierung und - was schlimmer wäre - in diesen Staat verlieren würden. Dafür dürfen Sie als Minister nicht die Verantwortung tragen.

(Anhaltender Beifall bei CDU und F.D.P. - Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Puls.

Klaus-Peter Puls [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Da sind wir wieder in unserem Element der gegenseitigen parteipolitischen Schuldzuweisungen.

(Holger Astrup [SPD]: Ja, bitter genug! - Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Unterstellungen! - Meinhard Füllner [CDU]: Immer, wie es Ihnen paßt!)

Wir haben das einige Jahre ausgekostet, ich als frischer Landtagsabgeordneter die letzten vier Jahre mit einigem Entsetzen feststellend, daß in der Landespolitik hin und wieder doch einiges mehr unter die Gürtellinie geht als in der Kommunalverwaltung und in der Stadtverordnetenversammlung.

(Meinhard Füllner [CDU]: Wo haben Sie denn Ihren Gürtel?)

Herr Geißler, was Sie hier heute geboten haben, fällt in diese Rubrik.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe von der CDU: Was? - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Herr Geißler, vom internen Schweiger in der vertraulich vereinbarten Arbeitsgruppe zum öffentlichen Schwätzer hat es nur eine Stunde gedauert, nämlich am gestrigen Tage. Sie haben in der vertraulichen Arbeitsgruppe nichts zur Aufklärung der Geschichte beigetragen.

(Zuruf des Abgeordneten Meinhard Füllner [CDU])

Auf die politische Brisanz der Angelegenheit haben andere hingewiesen.

(Thorsten Geißler [CDU]: Sie stellen die Tatsachen auf den Kopf! - Meinhard Füllner [CDU]: Das ist doch unerhört, was Sie da machen!)

Sie haben ein, zwei Nachfragen gestellt - -

(Anhaltende Zurufe von der CDU)

Sie konnten kaum eine Stunde das Wasser halten, um die Vertraulichkeit zu brechen, Herr Geißler.

(Beifall bei der SPD - Empörung bei der CDU)

Anders ist der öffentliche Dringlichkeitsantrag nicht zu verstehen. Aber ich möchte mich jetzt nicht darauf einlassen. Ich will nicht in wechselseitige Schuldzuweisungen eintreten.

(Widerspruch und anhaltende Zurufe von der CDU)

Ich habe mir auf meinem Sprechzettel fünf Punkte aufgeschrieben,

(Klaus Schlie [CDU]: Der erste Punkt war schon daneben!)

die ich Ihnen kurz nennen möchte. Wir wollen das Thema nicht so hoch hängen.

(Ursula Röper [CDU]: Verleumderisch!)

Erstens will ich das Verhalten des Justizministers loben.

(Lachen des Abgeordneten Thorsten Geißler [CDU])

Ich werde zweitens die Opposition milde tadeln. Ich werde drittens Abstimmungs- und Verfahrensmängel einräumen.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das hört sich schon anders an!)

Ich werde viertens auf vorrangige landespolitische Probleme hinweisen und fünftens an die CDU gewandt die Frage stellen: Wollen Sie, Herr Dr. Hennig und Herr Geißler, dem ehemaligen Kollegen Barschel nicht endlich seine Ruhe gönnen?

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das ist unerhört!)

Ich glaube schon, Herr Dr. Hennig - der Justizminister hat darauf hingewiesen -, die Familie Barschel hat ein Recht darauf, nicht immer wieder in die parteipolitische Auseinandersetzung hineingezogen zu werden.

(Beifall bei der SPD - Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Es ist das letzte, daß die SPD das sagt!)

Erstens. Ich möchte dem Justizminister für seine schnelle, offene und kritische Berichterstattung im Parlament und auch dafür danken,

(Beifall bei der SPD - Klaus Schlie [CDU]: Selbstverständlich!)

daß ein umfassender Bericht erstattet werden soll über den Stand des Verfahrens, um dann über den Fortgang zu entscheiden. Wir teilen als SPD-Fraktion die Bewertung des Justizministers.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Die vom Vormittag oder die vom Nachmittag?)

Es gibt die Notwendigkeit einer Abwägung zwischen dem öffentlichen Interesse an der **Aufklärung des Barschel-Tods** - das ist die politische Dimension der Angelegenheit - und dem öffentlichen Interesse an der Effizienz strafrechtlicher Ermittlungen, wie sie nach der Strafprozeßordnung vorgeschrieben sind. Dort werden drei Möglichkeiten in Betracht gezogen: die Einstellung eines Verfahrens, die Anklageerhebung, wenn es einen Beschuldigten oder eine Beschuldigte gibt - wofür bisher weit und breit keine Beweise existieren -, oder aber die Aufnahme weiterer konkreter Ermittlungen. Der Justizminister hat kundgetan - auch das unterstützen wir -: Wenn sich auch nur geringste Spuren ergeben, die verfolgt werden können, dann soll dies geschehen. Dafür treten wir als SPD-Fraktion ein. Auch für uns gilt der Vorrang der Aufklärung.

(Beifall bei der SPD - Klaus Schlie [CDU]: Gestern war das noch anders!)

Zweitens. Der milde Tadel für die Opposition bezieht sich auf die vertrauliche Sitzung von gestern.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das war schlimm genug!)

Die vereinbarte Vertraulichkeit hat nicht lange gehalten. In einer Mischung aus parteiopportunistischer Geschwätzigkeit und staatstragender Heuchelei

(Widerspruch der Abgeordneten Ursula Röper [CDU])

war es einfach nicht möglich, die abgesprochene Vertraulichkeit einzuhalten.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wenn Sie das nicht zurücknehmen, knallt's!)

Das wird auch für künftige Verfahren ein kritischer Punkt sein.

(Holger Astrup [SPD]: Ein schwieriger Punkt!)

Wollen Sie nicht als Opposition möglichst frühzeitig in gewichtige Entscheidungen mit einbezogen werden durch die Information aus dem jeweils zuständigen Ministerium?

(Zurufe von CDU und F.D.P.)

Drittens. Es mag kritisch anzumerken sein, daß es Abstimmungsmängel gegeben hat. Daraus aber ein Chaos in der Justizverwaltung abzuleiten, ist eine weitere Unterstellung Ihrerseits, die wir energisch zurückweisen müssen.

(Beifall bei der SPD)

Wir alle sind doch in etlichen Gremien und Organisationen tätig. Wir sind interfraktionell, sei es durch Vereine und Verbände, ständig im Gespräch. Wir müssen Vereinbarungen treffen, die nicht immer optimal sind. Der Justizminister hat eine Beseitigung der Mängel durch eine Verfahrensoptimierung vorgeschlagen. Etwas anderes kann er doch gar nicht vorschlagen. Sie setzen Ihre Unterstellungen unterschwellig fort; Herr Geißler hat gestern abend schon damit begonnen.

(Ursula Röper [CDU]: Sie unterstellen hier doch etwas!)

Die Begründung des Dringlichkeitsantrages, die Herr Geißler hier vorgetragen hat, ist schon eine Unterstellung an sich.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Monika Heibold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Unterstellungen erschweren in der Tat die Wahrheitssuche.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Da Sie dazwischenrufen, Herr Kubicki, möchte ich sagen, daß wir auch die fachlich juristische Ebene sehen müssen. Wenn es nach zweieinhalb Jahren Ermittlungsarbeit vom **Generalstaatsanwalt** für erforderlich gehalten wird, ein Verfahren an sich zu ziehen, dann müssen wir das zwar kritisch hinterfragen, aber uns doch nicht in solche Entscheidungen einmischen. Das ist doch gar nicht unser Bier; das ist

genau die Art politischer Einmischung, die Sie hier heute vorführen.

(Holger Astrup [SPD]: So ist es!)

Wir haben nur die Möglichkeit, das Verfahren, das vom Justizminister geleitet wird, zu kritisieren. Wir können es auch scharf kritisieren, aber wir können nicht in die Interna der Justizverwaltung mit unseren öffentlichen parlamentarischen Debatten eingreifen.

(Beifall bei der SPD - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist ja ganz was Neues!)

Viertens. Aus meinen Gesprächen mit den Menschen in Schleswig-Holstein kann ich erkennen, daß es für die Menschen nicht das wichtigste Problem ist, mit dem sich der Landtag eigentlich beschäftigen sollte und das heute wieder zum Haupttagesordnungspunkt hochstilisiert wurde. Die Menschen in diesem Lande erwarten von uns, daß wir uns um die Probleme der arbeitslosen Menschen,

(Zurufe von der CDU)

um Obdachlose, um Defizite in der Infrastruktur und um die aktuellen Finanzierungs- und Haushaltsprobleme kümmern. Für diese Probleme sollten wir gemeinsame Lösungen anstreben. Das parteipolitische Gehacke wird den Menschen leid. Wir sollten diese Auseinandersetzung nicht wieder eröffnen.

(Beifall bei der SPD - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das haben Sie 1993 schon einmal gesagt!)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Böttcher.

Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe an dem schon viel genannten Gespräch teilgenommen. Mein Eindruck ist aber ein anderer als der, der zumindest von seiten Herrn Geißlers wiedergegeben wurde. Ich habe vielmehr den Eindruck, daß mit der Debatte, die von der CDU und der F.D.P. begonnen wurde, ein Sturm im Wasserglas entfacht wurde. CDU und F.D.P. spielen sich hier als Seenotrettungskreuzer auf.

(Zuruf von der CDU)

Das Gespräch wurde in einer sachlichen und ruhigen Atmosphäre geführt. Der **Generalstaatsanwalt** hat seine Sicht der Dinge dargestellt. Er hat über den Ermittlungsstand berichtet, seine Überlegungen in bezug auf die Übernahme des weiteren Verfahrens mitgeteilt und die Gründe dafür angegeben. Ihm ist bewußt, daß es Kritik an dem bisherigen Verfahren gibt. Es ist das Recht und die Pflicht des Generalstaatsanwalts, hier einzugreifen, wenn aus seiner Sicht das Verfahren nicht richtig läuft. Das hat in dem Gespräch niemand kritisiert. Als problematisch wurde nur angesehen, daß sich aus den neuen Umständen wieder eine öffentliche Debatte ergeben kann. Das wurde von allen Beteiligten deutlich gemacht.

In dem Gespräch wurde auch deutlich, daß eine Rücksprache mit dem Justizminister noch nicht stattgefunden hat. Daß dieses Gespräch noch stattfinden soll, ist ein ganz wichtiges Ergebnis des Gesprächs.

Wenn nach dem Gespräch mit dem Justizminister das Endergebnis etwas anders aussieht als das vorläufige Zwischenergebnis, das uns in dem Gespräch mitgeteilt wurde, dann ist das nachvollziehbar und nicht unbedingt ein Wunder. Wenn man sich das Zwischenergebnis einmal anschaut, dann muß man feststellen, daß das Ergebnis von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern erwartet wurde.

Was Herr Geißler eben gesagt hat, hat er in diesem Gespräch nicht geäußert. Es ist falsch, auf diese Weise Einfluß nehmen und dadurch etwas politisch nutzen zu wollen.

Vor allen Dingen ist das alles kein Grund, von einem Chaos zu sprechen, und kein Grund, den Rücktritt des Generalstaatsanwalts zu fordern, weil er beschädigt sei. Diese ganze Diskussion, die von CDU und F.D.P. angefacht wird, trägt dazu bei, überhaupt über Beschädigung zu sprechen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist naiv!)

Es sollte auch nicht in Ihrem Interesse sein.

Das ganze Vorgehen ist eher ein Zeichen von Offenheit und Transparenz in diesem politisch sensiblen Fall.

Wenn CDU und F.D.P. damit nicht umgehen können - das hat Herr Walter auch schon gesagt -, wenn sie versuchen, damit Politik gegen diese Regierung zu betreiben, statt eine sachlich orientierte Auseinandersetzung zu führen, müssen sie sich fragen

lassen, ob sie nur noch vor vollendete Tatsachen gestellt werden wollen.

Wir sollten uns hüten, politischen Einfluß auf das Verfahren zu nehmen. In diesem Sinne ist das weitere Vorgehen des Justizministers - auch im Sinne des Gesprächs, das geführt wurde - vernünftig.

(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau übernimmt den Vorsitz)

Es ist natürlich schwierig, Inhalte aus einem vertraulichen Gespräch und das, was der Generalstaatsanwalt an nachvollziehbarer Kritik genannt hat, in der Öffentlichkeit zu debattieren. Dann hätten wir diese Information auch öffentlich bekommen können und hätten die von allen Teilnehmern akzeptierte **Vertraulichkeit** nicht gebraucht.

Ich halte es für befremdlich und als Neuling in diesem Parlament für sehr erstaunlich, daß es in solchen sensiblen Fragen nicht möglich ist, ein gemeinsames Gespräch zu führen. Ich glaube, wir tun der Sache nichts Gutes und tragen nicht zur Aufklärung des Falles bei. Aus diesem Grunde halte ich das Vorgehen des Justizministers und des Generalstaatsanwalts für vernünftig.

Wir sollten in diesem Parlament nicht weiter von Rücktritt und Beschädigung sprechen, sondern ein Verfahren fordern, das transparent ist, das zielgerichtet ist.

Wenn der Bericht vorliegt, werden sich die Gemüter vielleicht ein bißchen beruhigt haben. Wir sollten nicht weiter dazu beitragen, daß das Ansehen der Justiz und das Vertrauen in die Justiz weiter beschädigt werden. Ich gehe weiter davon aus, daß der Generalstaatsanwalt, der Justizminister und die Staatsanwaltschaft in Lübeck ihre Aufgaben durchführen und ihrer Verantwortung gerecht werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Kubicki.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vorab nur und ausschließlich einmalig zu der gestrigen Besprechung, damit einer Legendenbildung vorgebeugt wird, Herr Böttcher und Herr Puls: Die gestrige

vertrauliche Unterrichtung war nicht das Bemühen des Justizministeriums oder der Spitze der Staatsanwaltschaft des Landes, die Meinung der Fraktionen zu einer beabsichtigten Entscheidung abzufragen, sondern es war schlicht und ergreifend die Mitteilung an die Spitzen der Fraktionen vor Unterrichtung der Öffentlichkeit. So ist es erklärt worden.

(Zurufe von der CDU: So ist es!)

Mehr will ich dazu gar nicht sagen.

Wir sind in dem Zusammenhang bereits vor vollendete Tatsachen gestellt worden. Ich gebe aber zu, daß Staatssekretär Jöhnk erklärt hat, daß er alles das, was er in der etwas über einstündigen Erörterung gehört habe, dem Minister vortragen werde, und dann werde es möglicherweise zu einer anderen oder jedenfalls begründeteren Entscheidung kommen - so sage ich das einmal ganz vorsichtig.

Schleswig-Holstein ist seit dem 23. Januar 1997 um eine Erfahrung reicher. Wieder einmal macht das Land in einer Angelegenheit von sich reden, die im Zusammenhang mit Gesichtsverlust und dem Tod eines Ministerpräsidenten, zudem der Demission eines weiteren Ministerpräsidenten und eines Ministers steht.

Der Generalstaatsanwalt des Landes Schleswig-Holstein, ein **politischer Beamter**, hat für sich entschieden, daß er die ermittelnde Lübecker Staatsanwaltschaft für unfähig hält, ein Ermittlungsverfahren ordentlich zu führen und abzuschließen. Es werden gute Gründe gewesen sein, die ihn zu dieser Entscheidung gebracht haben. Es werden auch gute Gründe gewesen sein, die das Justizministerium bis gestern nachmittag, 16:30 Uhr, daran gehindert hatten, den Generalstaatsanwalt von seiner Entscheidung abzubringen.

Der Justizminister, wann auch immer von diesem Vorgang informiert, hat politisch klug reagiert. Er hat den Generalstaatsanwalt angewiesen, wenn auch gekleidet in die wohlklingende Formulierung „auf meine Bitte“, von seinem Vorhaben Abstand zu nehmen. Er hat damit dokumentiert, daß er den Generalstaatsanwalt für unfähig hält, eine sachgerechte Entscheidung zu treffen und in angemessener Zeit zu begründen.

(Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Zeuge vom Hörensagen!)

Zwei Monate sollen nunmehr noch ins Land gehen, bis dem Minister ein Bericht vorliegt, der ihn zu einer Entscheidung befähigen soll. Zu welcher Entscheidung eigentlich? Zu der Erklärung, die Lübecker ermittelten nicht ordentlich, oder zu der Erklärung, der Generalstaatsanwalt übe sein Amt nicht ordnungsgemäß aus?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist die Instinktllosigkeit in dieser Sache, die mich betroffen macht. Niemand, der die Geschichte des Landes Schleswig-Holstein in den letzten acht Jahren verfolgt hat, konnte sich der Illusion hingeben, die ganze Angelegenheit sei nicht von einer unglaublichen politischen Brisanz.

(Thorsten Geißler [CDU]: So ist es!)

Dies betrifft nicht nur das eigentliche Barschel-Verfahren. Dies betrifft auch das Verhältnis verschiedener Teile der Justiz untereinander. Arnold Petersen von den „Lübecker Nachrichten“ hat heute morgen zu Recht die Frage gestellt, wie die Lübecker Staatsanwaltschaft nunmehr künftig auf die Angriffe der Verteidigung in der Strafsache Safwan Eid reagieren könne, sie habe nicht ordentlich ermittelt und sei überfordert gewesen. Der Generalstaatsanwalt hat uns doch eben gerade demonstriert, daß diese Einschätzung zutreffend ist, da die Lübecker Staatsanwaltschaft nach Einschätzung des Generalstaatsanwalts nicht einmal in der Lage ist, in einem der spektakulärsten Ermittlungsverfahren der Nachkriegszeit in Schleswig-Holstein ihre gesetzlichen Hausaufgaben zu erledigen.

Konnte der politische Beamte Heribert Ostendorf tatsächlich so blauäugig sein zu glauben, seine Entscheidung, die Sache an sich zu ziehen und schnellstmöglich einzustellen, habe keine politische Brisanz, werde nicht in der Bevölkerung und im politischen Raum diskutiert? Konnte die Spitze des Justizministeriums - dies schmerzt mich besonders, da ich sie für Lichtjahre besser halte als die alte - wirklich so naiv sein zu glauben, sich lediglich darauf beschränken zu können, Entscheidungen des Generalstaatsanwalts zur Kenntnis zu nehmen?

Lieber Gerd Walter, so sehr ich die gestrige Entscheidung für politisch klug halte, so sehr wundert mich, daß eine weitere Zweimonatsfrist benötigt wird, um die Grundlage für eine Entscheidung zusammenzutragen, die doch eigentlich bereits vorliegen müßte. Ein Generalstaatsanwalt, der eine so weitreichende Entscheidung erstmals in seinem

Berufsleben in einem derart emotionsbeladenen und medial begleiteten Verfahren trifft und der diese Entscheidung seinem Minister nicht binnen 30 Minuten oder einer Stunde plausibel klarmachen kann, ist in seinem Amt nicht mehr tragbar.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Er hat es zu verantworten, daß in der Staatsanwaltschaft aus der Suche nach der Wahrheit im Todesfall Barschel, auf die wir alle einen Anspruch haben, ein Kleinkrieg um Personen, Berichte und Gesichtsverlust geworden ist, der personell und sächlich mehr Kräfte bindet, als im Ermittlungsverfahren im Todesfall Barschel je zur Sachaufklärung zur Verfügung standen.

Wer soll der schleswig-holsteinischen Staatsanwaltschaft insgesamt noch trauen? Es gilt, diesen Schaden schnellstmöglich zu beheben und durch zähes Dahintröpfeln nicht weiter zu intensivieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn ich nicht wüßte, daß Heide Simonis eine herausragende politische Kämpferin ist, die weder mit sich selbst noch mit dem politischen Gegner zurückhaltend umgeht, müßte ich beginnen, Mitleid mit ihr zu empfinden. Erst das Verhalten eines stellvertretenden Ministerpräsidenten, der in der Art und Weise der Präsentierung des Syntheseberichts seine Ministerpräsidentin öffentlich düpiert! Steenblock fragt nicht einmal bei der Ausweitung des Wakenitztals als Naturschutzgebiet bei der Ministerpräsidentin an, er informiert sie nicht einmal, obwohl es eine Ressortzuständigkeit für Heide Simonis gibt.

Und nun erleben wir, daß Heide Simonis in einer Angelegenheit, die im Zusammenhang mit der Tatsache steht, daß sie heute Ministerpräsidentin ist, nicht einmal informiert wird - ich habe heute gehört: nach den Abgeordneten des Landtages; ich finde dieses Parlamentsverständnis des Justizministeriums ganz toll -, geschweige denn gefragt wird. Deutlicher kann nicht dokumentiert werden, wie wenig Kompetenz Heide Simonis in wesentlichen Fragen noch verblieben ist.

(Lebhafter Beifall bei F.D.P. und CDU)

Man mag über Stefan Pelný denken, was man will - ich habe meine besonderen Erfahrungen mit dem ehemaligen Chef der Staatskanzlei -, aber eines ist sicher: Zu seiner Zeit hätte es kein Ressort gewagt, eine entsprechende Entscheidung vorzubereiten oder zu treffen, ohne die Staatskanzlei einzuschalten.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: War das denn so?)

Es ist nicht nur oder nicht so sehr die politische Instinktilosigkeit, sondern es ist der professionelle Dilettantismus, der einen erschrecken muß. Daß das Todesermittlungsverfahren Uwe Barschel, für das neben der Staatsanwaltschaft Lübeck auch die Generalstaatsanwaltschaft den Anfangsverdacht eines Mordes bejaht, umfassend - ich meine dieses Wort in seiner ganzen Bedeutung - ausermittelt werden muß, versteht sich von selbst. Nur so kann der Legendenbildung und einer weiteren Ausuferung durch Spekulationen begegnet werden. Daß es hierbei keinerlei Einflußnahme durch die politische Spitze oder auch politisch motivierte Beamte geben darf, versteht sich von selbst.

Ich bin Gerd Walter außerordentlich dankbar, daß er dies noch einmal ausdrücklich klargestellt hat. Aber es macht mich auch betroffen - und es nährt außerhalb dieses Hauses auch neue Spekulationen -, daß er in eine Lage gebracht wurde, dies noch einmal ausdrücklich betonen zu müssen.

Es gilt, den Schaden für unser Land und auch den Schaden für einzelne Personen und Institutionen zu begrenzen und schnellstmöglich zu beheben. Ich will nicht noch eine Ministerpräsidentin im Zusammenhang mit Affären verlieren, in deren Verlauf es zum Tode des ehemaligen Ministerpräsidenten Uwe Barschel kam.

(Zurufe von der SPD: Oh, oh!)

Ich will nicht erneut erleben, daß der politische Wettstreit in diesem Land um bessere Zukunftskonzepte durch Affären-Verstrickungen und Affären-Aufarbeitung überlagert wird; dazu sind die Probleme dieses Landes viel zu gewichtig.

Deshalb wird sich meine Fraktion nicht auf einen Zweimonatszeitraum vertrösten lassen, sondern unverzüglich den Sachverhalt im Innen- und Rechtsausschuß aufklären und den Versuch unternehmen, hieraus möglichst gemeinsam politische Konsequenzen zu ziehen.

Fürs erste aber bleibt festzustellen: Alle beschädigt - die Ministerpräsidentin, der Justizminister, der Generalstaatsanwalt und die Staatsanwaltschaft Lübeck. Wie hier jemals noch vertrauensvolle Zusammenarbeit entwickelt werden kann, muß sich zeigen. Daß die handelnden Personen allesamt führende Repräsentanten der Sozialdemokratischen Partei Schleswig-Holsteins sind, ist offensichtlich keine

Gewähr dafür, daß vernünftig miteinander umgegangen wird.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Zunächst möchte ich Ihnen, Herr Böttcher, dafür danken, daß Sie uns eine kurze Zusammenfassung des Gesprächsablaufs im Innen- und Rechtsausschuß gestern geben konnten. Ich schaffte es nicht, dabei zu sein. Wie Sie wissen, fahren die Vertreter des SSW immer „zwischen“. Darum hatte ich ganz einfach nicht die Zeit dafür. Was ich sage, bezieht sich also in erster Linie auf die Berichterstattung, zum Beispiel im „Flensburger Tageblatt“.

Ich möchte wirklich noch einmal meine Verwunderung darüber zum Ausdruck bringen, wie hier mit dem Begriff „Vertraulichkeit“ umgegangen wird. Man kann doch nicht gleich nach Beendigung eines vertraulichen Gesprächs dessen Inhalt an die Presse weitergeben!

(Konrad Nabel [SPD]: Doch, die können das!)

Man denkt - das muß doch meine Konklusion sein -, man hat es mit einem wohldefinierten Rahmen zu tun, mit einem nichtöffentlichen, vertraulichen Rahmen - aber so ist es nicht. Nichts ist anscheinend das, wofür es sich ausgibt; das muß doch meine Konklusion daraus sein. Wenn das nicht ein Verfall der politischen Kultur ist, dann weiß ich nicht, wie ich das anders bezeichnen soll.

(Beifall bei der SPD)

Ich will auch nicht mißverstanden werden. Ich bin sehr wohl für Öffentlichkeit und meine, daß dieses Thema auf öffentliches Interesse stößt. Aber ich meine auch, daß dies erst der zweite Schritt ist.

Ich begrüße ausdrücklich, daß das Parlament über seine innen- und rechtspolitischen Sprecher zuerst informiert wurde. Das ist nach meiner Meinung ein richtiges Demokratieverständnis. Gerade vor dem Hintergrund des Untersuchungsausschusses und der Landtagsdebatte darüber meine ich, daß das auch richtig war.

Richtig ist aber auch, liebe Kolleginnen und Kollegen, daß das Parlament ein gemeinsames Interesse daran hat, daß die in dem Gespräch dargestellten Probleme sachlich einwandfrei und politisch sensibel behandelt werden. Es kann ja auch sein - wir alle wissen das doch aus eigener Erfahrung -, daß schlechte Arbeit geleistet wird, daß Beamte möglicherweise, weil die Arbeit nicht vorankommt, abgelöst werden sollen. Dies ist doch nicht nur eine theoretische Betrachtung, wenn man so etwas sagt, sondern es ist doch auch die Wirklichkeit.

Dennoch hätte ich erwartet, daß wir diese Angelegenheit anders geregelt hätten; ich hätte erwartet, daß wir uns gemeinsam auf das Verfahren verständigen, wie es - so wie ich es verstanden habe - im Innen- und Rechtsausschuß erklärt worden ist. Denn niemand von uns kann doch ein Interesse daran haben, daß der Eindruck entsteht, daß Herr Wille aus politischen Gründen abgelöst werden soll. Das wollen wir doch gar nicht. Ich meine also ebenfalls, daß die Angelegenheit schlecht gemanagt worden ist, und man braucht auch kein Doktor der Psychologie zu sein, um sich vorstellen zu können, was alles denn da falsch gelaufen ist. Die Presse hat uns das alles ja auch genüßlich noch einmal erzählt.

Was mich dann aber stört - denn ich finde, wir sollten die Sache ordentlich und richtig behandeln, Herr Kubicki, das muß ich noch einmal sagen -, ist, daß Sie dann gleich mit dem Aspekt der Führung kommen. Es kann doch auch nicht in Ihrem Interesse liegen, daß wir jetzt nach der „starken Frau“ schreien. Mein Demokratieverständnis ist jedenfalls anders.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Bisher dachte ich, sie sei eine; wenn Sie aber sagen, sie ist keine, dann will ich auch aufhören zu schreien!)

- Ach, dazu will ich mich ja gar nicht äußern; aber es ist doch symptomatisch, daß in der Debatte immer wieder der Begriff „Führungsschwäche“ und ähnliches aufkommt. Das hat doch mit diesem Vorgang wirklich nichts zu tun.

(Klaus Schlie [CDU]: Was heißt „aufkommt“? Das ist Realität!)

Ich möchte an dieser Stelle noch eines hinzufügen. Aus unserer Sicht ist die Art und Weise, wie von seiten des Generalstaatsanwalts vorgeschlagen wurde, daß Herr Wille abgelöst werden sollte, nicht glücklich gewesen. Darum begrüße ich ausdrücklich, daß der Herr

Justizminister gesagt hat, wir müßten erst einmal eine Evaluierung haben. Ich bin für einen Bericht. Ich bin dafür, daß man erst einmal klärt: Wie ist eigentlich der Sachstand? Was wissen wir, und warum kann es so möglicherweise nicht weitergehen?

Wie Sie wissen, hat mein Vorgänger Karl Otto Meyer immer wieder hervorgehoben, daß noch Ermittlungsbedarf besteht.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Der hätte in diesem Fall ganz anders geredet als Sie!)

- Ja, ich möchte nur unterstreichen, daß man diese Fragen klären muß. Deshalb will ich den Bericht. Ich will wissen, woran ich bin. Ich will wissen, wie der Sachstand ist. Ich will wissen, ob die Ermittlungen noch weiterzuführen sind.

Ich muß das wissen. Ich weiß es nicht. Ich habe nicht im Untersuchungsausschuß mitgearbeitet. Deshalb bin ich dafür, daß wir den Bericht erhalten, daß wir ihn gemeinsam im Innen- und Rechtsausschuß erörtern und daß wir dann auch gemeinsam dazu Stellung nehmen können.

Ich finde nicht, daß man einfach erklären kann: So, jetzt muß die Angelegenheit innerhalb ganz kurzer Zeit erledigt werden.

Es gibt ja Anzeichen dafür, daß das Todesermittlungsverfahren nicht so ohne weiteres zu schließen ist - das sagte ich vorhin schon -, aber wir können eben erst dann, wenn uns der Bericht vorliegt, beurteilen, ob Herr Wille weiterhin der richtige Mann dafür ist.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Kähler.

Ursula Kähler [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Im Interesse der gestern handelnden, uns informierenden Personen und auch im Interesse der Anwesenden, die informiert worden sind, möchte ich einige Dinge klarstellen.

Erstens: Der Generalstaatssekretär hat - -

(Heiterkeit)

- Entschuldigung, der Generalstaatsanwalt hat sehr akribisch, sehr sensibel und mit sehr viel Fingerspitzengefühl die Fraktionen informiert. Die an dem Gespräch teilnehmenden Fraktionsmitglieder haben dem Generalstaatsanwalt in vielen Punkten, Herr Kubicki und Herr Geißler, recht gegeben.

(Widerspruch bei CDU und F.D.P. - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Frau Kähler, zwingen Sie uns nicht, in dieser Frage nach oben zu gehen!)

Ich finde es etwas merkwürdig;

(Anhaltende Unruhe)

wir sind auseinandergegangen, nachdem gebeten wurde, die Regierung möge noch einmal überlegen, wie sie mit dieser uns gegebenen Information umgeht, ob sie das so umsetzen wolle.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das ist ja nun nicht gerade eine Zustimmung!)

Sie haben der Regierung nicht einmal Gelegenheit gegeben, Ihnen ihre Überlegungen mitzuteilen.

(Thorsten Geißler [CDU]: Wieso? Der Staatssekretär war doch da! Haben wir gewarnt, oder haben wir nicht gewarnt?)

- Sie hören nicht zu, Herr Geißler! Wir sind auseinandergegangen

(Thorsten Geißler [CDU]: Ich möchte nur, daß Sie den Gesprächsinhalt richtig wiedergeben!)

und haben die Regierung gebeten, noch einmal darüber nachzudenken. Sie haben aber der Regierung nicht die Möglichkeit gegeben,

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Wieso nicht?)

Ihnen mitzuteilen, ob sie darüber nachgedacht hat,

(Widerspruch und anhaltende Unruhe bei CDU und F.D.P. - Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das stimmt ja gar nicht! Das ist un wahr!)

sondern haben dann den Dringlichkeitsantrag gestellt. Das nehme ich Ihnen übel.

(Widerspruch - Dr. Ottfried Hennig
[CDU]: Das stimmt ja gar nicht!)

Das macht auch die Situation so schwer. Hier zu fordern, daß der eine oder andere seinen Stuhl räumen müsse, ist sehr heuchlerisch.

(Beifall des Abgeordneten Helmut
Plüschau [SPD] - Dr. Ottfried Hennig
[CDU]: „Riesenbeifall“ bei der SPD!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Minister Walter.

Gerd Walter, Minister für Justiz, Bundes- und
Europaangelegenheiten:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Im
Grunde genommen habe ich - der scharfen Töne zum
Trotz - den Eindruck, daß Sie mehrheitlich der
Auffassung sind, ich hätte die richtige Entscheidung
getroffen.

(Beifall bei der SPD)

Ich gebe zu, es ist ein gewisses Dilemma für eine
Opposition, die Frage zu beantworten: Wie kritisiere
ich eine an sich richtige Entscheidung so, daß am Ende
doch etwas hängenbleibt?

(Beifall bei der SPD)

Das gehört wohl am Ende zum parlamentarischen
Geschäft, wie es sich - ich füge hinzu: leider - hier
und da in Schleswig-Holstein in den letzten Jahren
gezeigt hat.

Ich will mit aller Zurückhaltung an Ihre Adresse, Herr
Geißler, sagen: Ich bin Ihnen im Grunde - ich hoffe,
daß man in der Politik Ironie versteht - dankbar, daß
Sie nicht angedeutet haben, ich kennte den Namen des
Mörders und wollte die Ermittlungen abbrechen, damit
er nicht ans Tageslicht komme.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: War das
ironisch?)

- Ich gebe zu, mit der Ironie ist das so eine Sache.

(Unruhe bei der CDU)

- Ist es möglich, daß Sie noch ein paar Sekunden
zuhören?

Was Bemerkungen wie „Generalstaatsanwalt
vorschicken“ oder „Minenhund“ betrifft, so will ich
Ihnen ehrlich sagen: Mein Vokabular ist das nicht. Ich
finde - ich will es einmal ganz deutlich sagen -, das
gehört auch nicht in eine solche Debatte.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich hoffe, Herr Geißler, Sie haben noch so viel Respekt
vor der dienstaufsichtlichen Funktion eines
Generalstaatsanwalts, daß Sie sich vorstellen können,
daß ein solcher Mensch auch noch ein Stück eigene
Verantwortung im Leib hat.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das will ich
hoffen!)

Wie immer man zu sachlichen Empfehlungen steht, die
Sie zu bewerten haben und die ich zu bewerten habe,
ich hoffe, Sie haben noch so viel Respekt vor einer
eigenständig ermittelnden Staatsanwaltschaft, daß Sie
ein Gefühl dafür haben, was die Bemerkungen
„Minenhund“ und „Generalstaatsanwalt vorschicken“
bedeuten.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ernst
Dieter Rossmann [SPD])

Ich hoffe nicht, daß wir so weit sind - ich höre das aus
einigen Zwischenrufen heraus -, daß die Bitte, Abläufe
nach Möglichkeit anhand der Daten und
zusammenhängend zu schildern, in der erklärten
Absicht ausgesprochen wird, die erbetenen Auskünfte
hinterher für unwahr zu erklären. Was machte das hier
dann überhaupt noch für einen Sinn? Wenn Sie
aufgrund früherer Erfahrungen Grund haben, an meinen
Aussagen zu zweifeln, dann sollten Sie das hier bitte
sagen, damit wir wissen, woran wir sind. Bis zum
Beweis des Gegenteils erhebe ich jedenfalls in
parlamentarischen Auseinandersetzungen immer noch
den Anspruch darauf, daß man einander glaubt. Sonst
machen solche Debatten - das ist meine feste
Überzeugung - überhaupt keinen Sinn.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN und SSW)

Herr Geißler, Sie haben - offensichtlich aus einer
fachlichen Kenntnis heraus, die mir in diesen Details,
wie ich zugeben muß, abgeht - ein paar Elemente aus

dem Ermittlungsverfahren genannt oder gesagt, was da zu tun sei oder nicht zu tun sein. In dem Zusammenhang haben Sie gesagt, die Landesregierung wolle dieses nicht oder jenes nicht oder wolle solches noch. - Da möchte ich denn doch noch einmal sagen, was eigentlich eine Selbstverständlichkeit ist: Die Landesregierung stört überhaupt nichts an Ermittlungen. Die Landesregierung beschäftigt sich nicht mit Ermittlungen. Die Ermittlungen sind Sache der Staatsanwaltschaft, und dabei bleibt es, jedenfalls solange ich Justizminister bin.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Klaus Schlie [CDU])

Ich bitte Sie, hier auch nicht entsprechende Eindrücke zu verbreiten. Ich denke, daß wir das unter dem Strich - gerade weil Sie, Herr Geißler, angedeutet haben, was selbstverständlich Ihr gutes Recht ist, daß Sie bestimmte Bewertungen über diese Ermittlungen, über den Fortgang oder über notwendige oder unterbliebene Schritte im Kopf haben - gemeinschaftlich dort, wo es hingehört, nämlich in einer vertraulichen Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses, auf der Basis eines solchen Berichts diskutieren sollten. Ich denke, gerade diese Debatte zeigt doch - ich danke Herrn Kubicki für die am Ende doch nicht unfreundliche Bemerkung -, daß die Entscheidung vielleicht nicht so unweise ist.

Vielleicht muß ich mir einen Vorwurf machen. Ich weigere mich eigentlich immer noch so ein bißchen, von solchen Verfahrensweisen Abschied zu nehmen. Aber vielleicht muß ich mir doch den Vorwurf machen, daß man einen Unterrichtsvorgang zuläßt, obwohl die endgültige Entscheidung - dies konnte allen, die zugehört haben, klar sein - des Justizministeriums nicht getroffen ist. Vielleicht ist das naiv. Aber - ich habe es vorhin anzudeuten versucht - wie anders will man eigentlich erreichen, daß man Abgeordnete nicht nur vor vollendete Tatsachen stellt? Ich dachte eigentlich, daß die Hinweise, die mich aus der Sitzung erreicht haben, ernstgemeint waren, nach dem Motto: Bewegen Sie alles das, was hier gesagt worden ist, gut in Ihrem Herzen! - Dies habe ich, ehrlich gesagt, als meine Aufgabe angesehen, und dies natürlich auch mit Rückkopplung zur Ministerpräsidentin, wie das bei wichtigen Entscheidungen die Pflicht eines Kabinettsmitglieds ist. Die politische Bewertung war die, die ich hier vorhin vorzutragen versucht habe, nämlich daß, um jeden Anschein des Zweifels im Zusammenhang mit diesem Verfahren auszuschließen, so verfahren werden sollte, wie ich das gemeinschaftlich mit dem Generalstaatsanwalt vereinbart habe.

Ich glaube, wenn man den Pulverdampf einmal ein wenig beiseite bläst, dann kann man feststellen, daß alle an einer solchen Diskussion auf einer soliden Grundlage interessiert sind. Ich lade Sie herzlich zu dieser Diskussion ein.

Herr Geißler, Sie haben die Sensibilität des Ministers angemahnt. Lassen Sie mich, weil wir gelegentlich ein Gespräch führen, einfach einmal kritisch sagen: Meine Sensibilität wird sicherlich größer sein als das, was ich in Ihrem Beitrag heute dazu gehört habe. Ich habe immer gedacht, daß man, wenn man sich in einem Gespräch der gegenseitigen Motive versichert, sie einander auch abnimmt. Ich werde mir trotz dieser Debatte die Hoffnung bewahren, daß das in Zukunft im Interesse einer Justizpolitik in Schleswig-Holstein, die auf einem breiten Fundament ruht, möglich bleiben wird.

(Beifall bei SPD und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile das Wort Herrn Oppositionsführer Dr. Hennig.

Dr. Ottfried Hennig [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es fällt mir schwer, in allen den Punkten, die hier angesprochen worden sind, wirklich die Ruhe zu bewahren. Das kann man wirklich nur so vortragen, wenn man ein exzellenter Schauspieler ist. Ich bin das nicht. Deswegen sage ich, daß mich ein Teil dieser Debatte erregt.

Ich will das anhand von drei Punkten deutlich machen. Erstens. Wenn Herr Walter sich hier hinstellt und sagt, in diesem Land werde nichts unter den Teppich gekehrt, dann muß man schon wirklich an sich halten, um da nicht an vieles zu erinnern. Ob Sie wirklich Anlaß zu einer solchen Bemerkung haben, Herr Walter, das sollten Sie einmal selbstkritisch sehr genau überprüfen. Ich sage das ganz ruhig. An dieser Stelle könnte man auch ganz anders reden.

Zweitens. Die lange Ermittlungspause verantworten Sie auf dieser Seite des Hauses. Wer denn sonst?

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.])

Hier ist jahrelang überhaupt nicht ermittelt worden. Im Mittelpunkt des gestrigen Entscheidungsvorschlages des Generalstaatsanwaltes hat gestanden, daß da einmal richtig Dampf rein muß - so war eine Formulierung - oder daß die Zielstrebigkeit der Ermittlungen nicht immer gegeben war. Ich muß sagen: Sie war über viele Jahre hinweg überhaupt nicht gegeben. Wer anders als der Justizminister des Landes Schleswig-Holstein hat das zu verantworten? Die CDU ganz sicher nicht.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wir haben darunter gelitten. Ich will das nicht alles in Erinnerung rufen.

Entscheidend wird die Sache allerdings dann, wenn ein Gespräch falsch dargestellt wird. Ist es denn falsch, daß die Kollegen Kubicki und Geißler in dem Gespräch gewarnt haben? - Das ist doch wohl unstrittig richtig. Wenn Sie mich in dieser Sache erreicht hätten, hätte ich Sie mit größter Intensität gewarnt, nun nicht ausgerechnet in dieser Frage so zu entscheiden, wie Sie das zunächst einmal vorhatten.

(Zuruf des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

- Ich will noch eines hinzufügen, Herr Astrup, weil Sie an der Stelle einen Zwischenruf machen. Ist es wirklich vorstellbar - wenn ja, würde ich das für problematisch halten -, daß sich der Generalstaatsanwalt und der Staatssekretär des Justizministerium um eine Sondersitzung - so ist es hier eben gesagt worden -, zumindest um eine vertrauliche Sitzung der Sprecher, des Ausschußvorsitzenden und so weiter, zu diesem sensibelsten aller Themen bemühen, das in Schleswig-Holstein noch existiert, und der Justizminister weiß davon nichts? Soll ich das wirklich glauben? Ich glaube es jedenfalls nur dann, wenn der Justizminister es hier noch einmal ausdrücklich versichert. Es fällt schwer, dies zu glauben.

Hier wird viel über eine **Indiskretion** und wenig über die Sache gesprochen. Frau Spoorendonk, Sie haben es verstanden, ausschließlich über die Form und gar nicht über die Sache zu sprechen. Was bedeutet Indiskretion im Zusammenhang damit, daß der Generalstaatsanwalt selber diese Entscheidung doch wohl ganz unstrittig im Laufe dieses Tages veröffentlichen wollte?

(Ursula Kähler [SPD]: Das wollte er nicht, und das hat er auch nicht gesagt!)

- Es ist doch kaum vorstellbar, daß eine solche Entscheidung kurzfristig getroffen wird und vor der Presse geheim bleibt. Für so naiv sollten Sie uns bitte nicht halten.

(Holger Astrup [SPD]: Das kommt darauf an, mit wem man darüber redet!)

Ich verwahre mich dagegen, daß von dem Kollegen Puls von parteipolitischer Geschwätzigkeit, von parteiopportunistischer Geschwätzigkeit gesprochen wird.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Damit wird die Denunziation in den Landtag getragen.

(Widerspruch bei der SPD)

Ich verwahre mich dagegen, daß die, die diese heutige Sitzung beantragt haben, die dpa-Meldung veranlaßt haben. Denken Sie noch einmal darüber nach, von welcher Uhrzeit diese dpa-Meldung ist und wer sie wirklich veranlaßt hat. Diese Frage ist ganz wichtig.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Konrad Nabel [SPD]: Unglaublich! Er steht da und hechelt!)

- Ich stehe hier nicht und „hechele“, wie Sie, Herr stellvertretender Fraktionsvorsitzender, zu sagen belieben,

(Holger Astrup [SPD]: Er meinte wahrscheinlich „heucheln“!)

sondern ich versuche, meine Erregung über einen letzten Punkt zu unterdrücken, der mir allerdings außerordentlich zu schaffen macht. Das sage ich hier namens unserer gesamten Fraktion und auch als CDU-Vorsitzender dieses Landes. Wenn ausgerechnet Sie, die Sie die Ruhe dieser Familie

(Zuruf von der SPD: Welcher?)

in einer parteipolitisch instrumentalisierten Kampagne über Jahre hinweg massiv zerstört haben, wenn Sie, die Sie die Unversehrtheit, den Frieden und die Würde dieser Familie in einer in der Geschichte dieses Landes noch nicht dagewesenen Form mit Füßen getreten haben,

(Angelika Volquartz [CDU]: So ist es!)

sich hier hinstellen und uns sagen, wir sollten dem ehemaligen Kollegen Barschel endlich seine Ruhe gönnen, dann finde ich das so unerhört, daß mir die Worte fehlen. Dies weise ich mit der größten Entschiedenheit zurück. Das muß von Ihnen vom Tisch genommen werden.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Schlie.

Klaus Schlie [CDU]:

Viele haben zu diesem Thema etwas gesagt, die nicht dabei waren. Vielleicht ist es deshalb ganz sinnvoll, diesen Tag noch einmal zu beleuchten.

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es geht hier heute nicht um die Aufarbeitung irgendeines Strafermittlungsverfahrens und auch nicht um die eines ganz bestimmten.

(Zuruf von der SPD: Ihnen nicht!)

Nach den Verhaltensweisen und nach dem Ablaufschema der gestrigen Sitzung geht es darum, wie diese Landesregierung, wie dieser Justizminister, wie dieser Staatssekretär des Justizministeriums, wie die SPD und wie die Grünen mit unserem Rechtsstaat umgehen

(Holger Astrup [SPD]: Jetzt reicht es aber! Das darf doch wohl nicht wahr sein!)

und welches Verständnis sie von unabhängiger Justiz haben.

Frau Kollegin Kähler, Sie waren es, die sich gestern nicht an den Sitzungsablauf gehalten hat, als Sie angefangen haben, Teile dieses Gesprächs mitzuteilen. Sie waren es, die den Generalstaatsanwalt gestern davor gewarnt hat, öffentlich mitzuteilen, daß er das Verfahren in einer Dreimonatsfrist zum Abschluß bringen will. Sie haben doch gesagt, er solle sich überlegen, ob er das der **Öffentlichkeit** wirklich mitteilen wolle.

Es war doch der Staatssekretär des Justizministeriums, der gesagt hat, so habe er den Generalstaatsanwalt nicht verstanden. Darauf hat der Generalstaatsanwalt die Einhaltung dieser Dreimonatsfrist angezweifelt, hat aber auch gesagt, daß er das Verfahren schneller als in

sechs Monaten abschließen wolle. Das ist die Wahrheit.

Herr Kollege Puls, bei allem Respekt, den ich in der kurzen Zeit, in der wir zusammenarbeiten, vor Ihnen gewonnen habe, ist nicht nachvollziehbar, was Sie heute von sich gegeben haben, was Sie dem Kollegen Geißler unterstellt haben und was Sie letztlich auch dem Kollegen Maurus und mir unterstellen. Gestern haben Sie ausdrücklich mitgeteilt, daß Sie die Ansicht des Generalstaatsanwaltes teilen, dem Herrn Staatsanwalt Wille das Verfahren zu entziehen. Heute teilen Sie die Ansicht des Justizministers, dem Staatsanwalt Wille das Verfahren nicht zu entziehen. Herr Kollege Puls, bitte denken Sie darüber nach, was das auch nach Ihrem justizpolitischen Verständnis bedeutet.

Es war eindeutig, es war klar, und es gab keinen Zweifel daran, daß der Staatssekretär des Justizministeriums - ich habe Sie jedenfalls so verstanden, und ich habe gestern sehr aufmerksam zugehört - ausdrücklich gesagt hat, er mische sich in die Entscheidung des Generalstaatsanwaltes zwar nicht ein, könne diese aber verstehen. Der Staatssekretär war im Vorfeld informiert. Auch der Justizminister war informiert. Tun Sie heute doch nicht so, als hätten Sie davon gar nichts gewußt.

Nun zu Ihrem Rechtsverständnis, Herr Justizminister, zu Ihrem Verständnis vom Rechtsstaat und zu Ihrem Verständnis von der Unabhängigkeit der Justiz. Im „Sozialdemokratischen Informationsbrief“ vom 18. Oktober 1988 findet sich die Überschrift „Gerd Walter: Einstellung der Verfahren gegen Ahrendsen unerträglich.“ Um das vorweg zu sagen: Herr Ahrendsen ist ein Bürger Schleswig-Holsteins, juristisch voll rehabilitiert und unschuldig. In seiner damaligen Funktion als Landesvorsitzender der SPD hat Herr Walter gesagt - ich zitiere wörtlich -:

„Die Einstellung der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren gegen den Ex-Regierungssprecher Ahrendsen und andere Beteiligte an der Kieler Affäre ist eine unerträgliche Verletzung natürlicher Rechtsauffassungen und allgemein verbreiteter Gerechtigkeitsvorstellungen.“

Das erklärte der damalige SPD-Landesvorsitzende Walter. Das war seine damalige Einstellung zu Ermittlungsverfahren.

Sie können das rhetorisch so geschickt verpacken, wie Sie wollen, Sie können mit der größten Leidensmiene ans Redepult treten und die Klagemauer heraufbeschwören: Sie haben davon gewußt, was der Herr Generalstaatsanwalt machen wollte; Sie haben es gebilligt. Erst als das Chaos über Sie hereingebrochen ist, haben Sie versucht, Krisenmanagement zu betreiben, und haben die Entscheidung zurückgenommen. Nichts anderes war gestern.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Gestatten Sie mir noch einen letzten Hinweis. Es geht - da haben Sie angefangen, ganz nervös zu werden - um Ihr Verständnis von diesem Rechtsstaat, um Ihr Verständnis davon, wie unabhängig die Justiz in diesem Lande ist.

(Zuruf des Abgeordneten Holger Astrup
[SPD])

- Herr Astrup, freuen Sie sich nicht zu früh. Herr Walter hat es damals überhaupt nicht begriffen. Er sagte weiter - ich zitiere -:

„Er gehe zwar davon aus, daß die Einstellung der Ermittlungen formal korrekt erfolgt sei. Dann allerdings, so der SPD-Landesvorsitzende, sei es an der Zeit, das Recht entsprechend zu ändern.“

Was ist das für eine Auffassung von Rechtsstaat? Wie können Sie das mit Ihrer heutigen Funktion überhaupt vereinbaren? Wie kann das angehen, daß Sie so in die Ermittlungen der unabhängigen Justiz eingreifen? Ich halte das für einen Skandal. Sie sollten sich überlegen, was Sie hier heute tun.

(Beifall bei der CDU - Holger Astrup
[SPD]: Der Skandal sind Sie!
Unglaublich!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Hentschel.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN]:

Liebe Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich bin echt erstaunt über die Debatte hier.

(Zurufe von der CDU: Oha, oha!)

Das, was hier abläuft, ist wahrscheinlich nur zu verstehen, wenn man weiß, daß diese ganze Sache und auch das Vertrauensthema natürlich in diesem Parlament historisch sehr belastet sind. Deshalb höre ich auch sehr interessiert zu, wie das hier abläuft. Aber für jemanden, der zumindest von außen mitbekommen hat, was gestern gelaufen ist, und versucht hat, das heute in der Presse und in den Pressemitteilungen nachzuvollziehen, ist es einfach nicht nachvollziehbar. Das, was hier abgelaufen ist, ist schlicht nicht nachvollziehbar.

Es wird hier von seiten Herrn Geißlers in mehrfacher Weise von Sensibilität geredet, und wenn ich Ihre Rede gehört habe, oder auch die Rede von Herrn Schlie von eben, dann kann ich nur fragen: Wie kann man das Wort „Sensibilität“ in den Mund nehmen und dann hier solche Reden halten?

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN und SPD)

Wenn hier jemand als Minenhund vorgeschickt worden ist, dann ist Herr Geißler von Herrn Hennig als Minenhund vorgeschickt worden, habe ich den Eindruck.

(Beifall bei der SPD)

Was mich auch wundert - das muß hier doch noch einmal betont werden -, ist folgendes. Ich finde, es ist von Frau Spoorendonk nicht zu Unrecht soviel über Vertraulichkeit geredet worden. Man hat doch in diesem Parlament mittlerweile den Eindruck, daß man dann, wenn man auch einmal über die Landespresse hinaus in die Bundespresse kommen will, etwas in einer vertraulichen Sitzung sagen muß.

Ich habe auch manchmal den Eindruck, daß die Opposition hier deshalb, weil sie keine politische Linie hat, irgendwie hilflos vor sich hin agiert -

(Zuruf von der CDU: Oha!)

die Parteiführung ist ja auch ungeklärt - und daß sie dann irgendwo irgendwelche Haarrisse sucht und nicht nur gleich den Holzhammer hervorholt, sondern ein Betoniergerät und versucht, damit herumzuwühlen.

(Zurufe von der CDU)

- Wissen Sie, Herr Hennig, ich brauche hier keinen SPD-Minister zu verteidigen. Aber ich habe den Eindruck, das, was Herr Geißler gemacht hat, war nicht

als Minenhund, sondern er hat versucht, gestern nach dem, was passiert ist, eine Vogelscheuche aufzustellen, und nun steht er als Terrier vor seinem eigenen Wunderwerk und kläfft.

(Heiterkeit und Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Zuruf des Abgeordneten Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das ist der Jargon der Grünen!)

- Herr Hennig, ich halte es wirklich für den Höhepunkt, wenn jetzt auch noch Herr Schlie ankommt und sagt, das hier sei ein Symbol für grüne Rechtsauffassung. Er fängt dann auch noch an, von einer „natürlichen“ Rechtsauffassung zu reden. Ich frage mich wirklich - da kriege ich wirklich kalte Füße oder es läuft mir kalt den Rücken herunter -, was denn wohl mit einer „natürlichen“ Rechtsauffassung gemeint ist, die hier hervorgeholt wird. Dabei habe ich irgendwie grausige Erinnerungen an vergangene Dinge.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe auch in Erinnerung, daß es nach 1988 in der CDU eine Reihe Leute gab, die sehr kritisch mit dem umgehen wollten, was passiert ist, und eine Aufarbeitung gefordert haben.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich habe festgestellt - wenn man sich das einmal anguckt -, daß alle diese Leute, die in irgendeiner Weise bereit waren, sich zur eigenen Partei auch nur einmal eine Spur kritisch zu äußern, längst von der Bildfläche verschwunden sind, weil diese Partei das nicht ertragen kann.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Dr. Ottfried Hennig [CDU]: In der SPD!)

Ich glaube, daß es wirklich wichtig ist, daß das Vertrauen auch in bestimmte Dinge in diesem Land wiederhergestellt wird, und daß das, was in den Jahren gelaufen ist, natürlich eine Belastung gewesen ist. Ich wünsche mir, daß das, was hier auch mehrfach gesagt worden ist, nämlich diese Themen gerade deswegen, weil sie so belastet sind, in Ruhe zu bereden, versucht wird,

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Wie Sie das gerade machen!)

und daß wir die Unabhängigkeit der Justiz als ein wichtiges Gut in diesem Land wahren.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

Ich fand die Idee von Herrn Walter interessant - damit komme ich zum Schluß -, zu sagen: Ist es nicht auch einmal möglich, Dinge in Ruhe in einem Ausschuß zu besprechen, bevor ein Beschluß gefaßt ist? Das ist ja vielleicht eine ganz interessante Idee. Auf jeden Fall fand ich sie ganz interessant. Ich meine, man sollte darüber nachdenken, ob das nicht eine Möglichkeit wäre, daß man tatsächlich auch einmal mit Parlamentariern über solche Dinge redet, ohne daß das sozusagen von vornherein nur als Taktik betrachtet wird. Wenn man das nur als eine Sache betrachtet, auf die man sofort draufhauen muß, ist das natürlich nicht möglich. Da hat er recht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Kubicki.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe den Debattenbeiträgen sehr aufmerksam gelauscht. Ich sehe ein, daß man mir nicht unterstellt, daß ich sensibel sei. Aber ich will trotzdem versuchen, einmal die Sensibilität bei einigen der hier vorhandenen Kollegen anzusprechen. Wir haben ja immerhin eine ganze Reihe von gemeinsamer Geschichte hinter uns, und zwar nicht nur wir, sondern auch außerhalb dieses Parlaments sind und waren viele betroffen - in den Parteien, außerhalb der Parteien. Ich will nur versuchen, Sensibilitäten zu wecken - auch in Richtung auf die Grünen mit einigen wenigen Fragen.

Herr Hentschel, Frau Fröhlich, halten Sie es für einen normalen Vorgang, daß der Generalstaatsanwalt ein Ermittlungsverfahren an sich zieht und übernimmt? Bisher ist das, soweit ich das in der Geschichte Schleswig-Holsteins überblicken kann, nicht vorgekommen oder selten vorgekommen; in den letzten zehn Jahren jedenfalls nicht. Deshalb muß ein solcher Vorgang, daß eine Generalstaatsanwaltschaft eine Staatsanwaltschaft für unfähig hält, ein Ermittlungsverfahren zu führen, doch auch Gegenstand von Erörterungen sein, auch von parlamentarischen

Erörterungen. Das hat etwas mit dem Innenleben von Justiz zu tun.

Die zweite viel wichtigere Frage - ich habe sie gestern im Ausschuß gestellt - lautet: Würden wir mit der gleichen Vehemenz hin oder her die Debatte führen, wenn es nicht um den MP Barschel, sondern um den MP Engholm in gleicher Frage gehen würde? Das ist eine Frage, die ich stelle.

Die letzte Frage an die Grünen: Wie würden Sie sich eigentlich verhalten, wenn der Generalstaatsanwalt bei einer möglichen Kinderschändung, bei einem Verdacht auf Kinderschändung nach zwei Jahren Ermittlungstätigkeit einfach sagte: Ich übernehme das Verfahren, weil die ermittelnde Staatsanwaltschaft zwar denkt, sie kommt noch zum Schluß, aber ich glaube das nicht, und ich stelle die Veranstaltung ein? - Sie wären die ersten - übrigens zu Recht, glaube ich -, die sich hier hinstellen und sagen würden: Das darf nicht sein. Ich frage Sie, warum das bei dem Mordfall, bei dem möglichen Mordfall, bei dem Verdachtsmordfall Barschel anders sein soll? Auf diese Frage habe ich bisher keine Antwort bekommen, übrigens auch gestern in der einstündigen Sitzung nicht.

(Zuruf der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Ich bin ja gestern immerhin so weit gegangen, daß ich sagen kann: Ich kann viele der Argumentationen von Herrn Ostendorf verstehen. Aber es gibt zwei verschiedene Kategorien, nämlich die eines Juristen und die eines politisch denkenden Menschen. Herr Ostendorf ist nicht nur Jurist; er mußte wissen, was er tut, er mußte wissen, wie er es begründet, er mußte wissen, wie er zu seiner Entscheidung kommt, er mußte wissen, welche Auswirkungen das hat.

Wenn Sie mir heute sagen, das muß er nicht tun, und auch der Staatssekretär der Justiz muß das nicht tun, dann ist es eine Frage an die innere Organisation der Landesregierung, ob sie für künftige Fälle ausreichend darauf vorbereitet ist, daß rechtzeitig der politische Seismograph ausschlägt, damit es zu Eruptionen wie diesen gar nicht kommt - rechtzeitig.

Ich will jetzt keine weitere Vertraulichkeit eines Gespräches brechen, das ich mit Vertretern aus den Reihen der SPD-Fraktion geführt habe. Aber auch innerhalb der SPD-Fraktion müßten Fragen gestellt und geklärt werden, damit künftige Verfahrensweisen dieser Art gar nicht mehr stattfinden. Wir hätten diese Debatte

heute nicht, wenn die politischen Seismographen früher ausgeschlagen hätten.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

(Holger Astrup [SPD]: Doch!)

- Doch. Ich erteile der Frau Abgeordneten Erdsiek-Rave das Wort.

Ute Erdsiek-Rave [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist im Grunde alles gesagt,

(Thomas Stritzl [CDU]: Aber noch nicht von Ihnen! - Weitere Zurufe von der CDU)

eigentlich schon zweimal von Gerd Walter. - Wenn Sie einmal einen Moment Ihre Bereitschaft, ständig dazwischenzureden, etwas zügeln könnten, Herr Kollege Schlie, wäre ich ausgesprochen dankbar.

(Klaus Schlie [CDU]: Ich habe überhaupt nichts gesagt!)

- Entschuldigung, dann habe ich Sie vielleicht falsch getroffen. Dann gilt das prophylaktisch.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ich war es auch nicht! - Weitere Zurufe - Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich bitte um etwas mehr Ruhe und Aufmerksamkeit.

Ute Erdsiek-Rave [SPD]:

Es gilt allerdings noch etwas zu entgegnen. Ich finde, man sollte bei aller Kritik - ich glaube, Gerd Walter hat das vorhin schon gesagt - an bestimmten Vorschlägen - jetzt meine ich den Vorschlag von Herrn Ostendorf - und an bestimmten Entscheidungen - jetzt meine ich die Entscheidung von Gerd Walter - nicht das falsche oder das unehrenhafte Motiv unterstellen. Das ist jedoch mehrfach geschehen. Das weise ich in aller Deutlichkeit zurück.

(Beifall bei der SPD - Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Wer hat das getan?)

Herr Geißler, es ist insbesondere in Ihrem ersten Beitrag unterstellt worden, - -

(Thorsten Geißler [CDU]: Das stimmt doch überhaupt nicht!)

- Wenn Sie mir bitte zuerst einmal zuhören, was ich Ihnen vorwerfe!

Es ist in Ihrem Beitrag unterstellt worden, daß bei der Entscheidung von Ostendorf eine **politische Motivation** und Mitwisserschaft mit einem ganz bestimmten Interesse im Spiel sei.

(Thorsten Geißler [CDU]: Das stimmt doch überhaupt nicht!)

- Herr Geißler, lesen Sie noch einmal nach, was Sie gesagt haben. Wenn Sie dies nun zurücknehmen, ist es gut.

(Thorsten Geißler [CDU]: Da ist nichts zurückzunehmen, weil ich das nicht behauptet habe! - Unruhe bei der CDU)

Was ich eben gesagt habe, gilt für den Generalstaatsanwalt.

Den Kollegen Puls will ich ausdrücklich in Schutz nehmen. Herr Dr. Hennig, wer ihn kennt, weiß, daß er es so, wie Sie es aufgegriffen haben, nicht gemeint haben kann.

(Unruhe bei der CDU)

Ich sage es gern noch einmal, weil Kollege Puls es vielleicht etwas verkürzt und möglicherweise doch nicht sensibel genug formuliert hat: Für eine Frau, die so viel hat ertragen müssen,

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Eine Mutter!)

kann man ein sehr menschliches Motiv haben und sagen: Das muß in diesem Verfahren auch einmal ein Ende haben - finden Sie das nicht auch? -, ohne daß man gleich unterstellt,

(Unruhe bei der CDU)

daß dieser Vorschlag ein eigennütziger sei.

Nun will ich zu dem Thema der **Vertraulichkeit** der Gespräche, die gestern geführt worden sind, ein oder zwei Sätze sagen: Unmittelbar nach dieser Sitzung haben mich die Abgeordnete Kähler und der Abgeordnete Kubicki informiert. Ich bin beiden dafür ausgesprochen dankbar, daß und wie sie mich informiert haben. Ich glaube, es gab keine Meinungsunterschiede in der Bewertung.

Meine Meinung habe ich dem Justizminister mitgeteilt, so wie sie und andere dies auch getan haben. Ich finde es nicht in Ordnung, wenn man im nachhinein, nachdem er seine Meinung auch aufgrund der Haltung der Opposition in diesem Hause gebildet und überdacht hat, versucht, ihm dies vorzuwerfen.

(Beifall bei SPD, F.D.P. und SSW)

Deshalb lassen Sie uns dabei bleiben, uns jeweils nur das Beste zu unterstellen.

(Beifall bei SPD und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Ein Antrag ist nicht gestellt worden. Dann schließe ich damit die Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt.

Die Fraktionen haben sich darauf geeinigt, jetzt mit Tagesordnungspunkt 6 fortzufahren. Dies soll aber wohl nicht mehr vor der Mittagspause geschehen. - Doch! Zur Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abgeordneten Astrup das Wort.

Holger Astrup [SPD]:

Es gibt möglicherweise noch Tagesordnungspunkte ohne Aussprache, die ich empfehle jetzt abzuhandeln.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Wenn sich die Fraktionen seit gestern nicht darauf geeinigt haben, weitere Tagesordnungspunkte ohne Aussprache zu behandeln, haben wir sie alle abgehandelt.

(Holger Astrup [SPD]: 22 fehlt!)

- Tagesordnungspunkt 22?

(Holger Astrup [SPD]: Und 14! - Unruhe)

- Darf ich um etwas mehr Ruhe bitten!

Ich rufe dann Tagesordnungspunkt 22 auf:

Kinderpornographie im Internet

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/480

Haben sich die Fraktionen darauf geeinigt, diesen Punkt ohne Aussprache zu behandeln?

(Meinhard Füllner [CDU]: Überwiesen an den Ausschuß!)

- Es ist Überweisung federführend an den Innen- und Rechtsausschuß und mitberatend an den Sozialausschuß beantragt.

(Holger Astrup [SPD]: Richtig!)

Wer so beschließen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Gibt es weitere Tagesordnungspunkte?

(Holger Astrup [SPD]: Tagesordnungspunkt 14!)

- Gut. Ich rufe Tagesordnungspunkt 14 auf:

Einwilligung in die Veräußerung der landeseigenen Liegenschaft „Blomenburg“ in Selent

Antrag des Ministers für Finanzen und Energie
Drucksache 14/470

Wer der Vorlage so zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Weitere Tagesordnungspunkte sehe ich nicht. Wir werden nach der Mittagspause um 15:00 Uhr mit dem Tagesordnungspunkt 6 beginnen.

Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung: 12:54 bis 15:01 Uhr)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die Nachmittagssitzung.

Nichts ist so alt wie die Geschäftslage von vor zwei Stunden. Wir werden nicht mit Tagesordnungspunkt 6 beginnen, wie ich um 13 Uhr sagte, sondern die Fraktionen haben sich darauf geeinigt, die Tagesordnung wie folgt fortzusetzen: Es folgt Tagesordnungspunkt 13, „Stärkung der Integration des Güterverkehrs“, danach Tagesordnungspunkt 15, „Resolution zur Wiedereröffnung der Marschenbahn“, dann Tagesordnungspunkt 4, „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesblindengeldgesetzes“, und zum Schluß Tagesordnungspunkt 19, „Neuordnung des Jugendvollzugs in Schleswig-Holstein“. Besteht darüber Einigkeit? - Ich sehe, das ist der Fall.

(Unruhe)

Gibt es noch Unstimmigkeiten? - Nein!

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie Ihre Gespräche draußen fortsetzen würden, damit wir zügig vorankommen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 13 auf:

Stärkung der Integration des Güterverkehrs

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 14/454

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall; dann erteile ich Herrn Abgeordneten Döring das Wort.

Uwe Döring [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die SPD-Fraktion will mit ihrem Antrag die Diskussion aufgreifen, die in der **Aktuellen Stunde** der letzten Landtagstagung zum **Güterverkehr** geführt worden ist. Ich denke, daß Aktuelle Stunden nicht folgenlos bleiben müssen. Das gilt insbesondere dann, wenn man beim Nachlesen des Plenarprotokolls feststellen kann - nachdem sich der übliche politische Pulverdampf verflüchtigt hat -, daß es in diesem Hause eigentlich eine breite Übereinstimmung in der Frage der Erhöhung der Anteile des Güterverkehrs mit der Bahn gibt. Um Mißverständnissen vorzubeugen, möchte ich zwei Vorbemerkungen machen.

Erstens: Ich denke, es ist eine Binsenweisheit, daß der Landtag in dieser Frage wenig originäre Zuständigkeiten hat. Trotzdem halte ich es für richtig, daß wir heute darüber noch einmal sprechen, weil wir

auch verpflichtet sind - so meine ich -, öffentlich aufzuzeigen, wenn es irgendwo Fehlentwicklungen gegeben hat.

(Beifall des Abgeordneten Holger Astrup
[SPD])

Außerdem ist es wichtig, dem Verkehrsminister für Gespräche mit dem Bund und der Deutschen Bahn AG den Rücken zu stärken. Fehlentwicklungen in den Verkehrsleistungen mit all ihren Folgen für die Menschen in diesem Land können uns schließlich nicht kalt lassen.

Zweite Vorbemerkung: Ich möchte noch einmal ausdrücklich feststellen, daß wir die Auffassung des Verkehrsministers Peer Steinbrück teilen, die er in der letzten Sitzung hier geäußert hat, daß ein Entweder-Oder zwischen Straße und Schiene beim Güterverkehr für die Zukunft keine Chance hat. Beides ist erforderlich, beides, Straße und Schiene. Wichtig ist, daß sie in einem vernünftigen Verhältnis zueinander stehen.

In diesem Zusammenhang komme ich zu den Fehlentwicklungen. Der Bund und die alte Bundesbahn haben in vielen Bereichen die Weichen falsch gestellt. Das gilt übrigens generell für die Bahnpolitik. Es hat leider zur Zeit nicht den Anschein, daß die DB AG und ihre Tochterunternehmen diese Weichenstellung tatkräftig korrigieren. Die Fakten sind, daß in den letzten 25 Jahren der **Anteil der Bahn beim Güterfernverkehr** von rund 40 % auf 20 % gefallen ist. Nach Angaben des Bundesamtes für den Güterverkehr nahm 1995 zwar der gesamte Güterfernverkehr um 4,4 % zu, der Anteil der Bahn fiel aber erneut. Diese Entwicklung hat sich auch 1996 fortgesetzt. Das ist eine Fehlentwicklung, der gegengesteuert werden muß.

(Beifall bei der SPD)

Eine weitere Fehlentwicklung, die ganz eklatant zutage tritt, zeigt sich darin, daß in Schleswig-Holstein kein einziges **Postzentrum** so geplant und gebaut worden ist, daß auch ein **Bahnanschluß** möglich ist. Ausgerechnet die beiden Bundesunternehmen Post und Bahn stimmen sich in dieser Frage nicht ab. Darauf hat mein Kollege Gerhard Poppendiecker in seiner sehr engagierten Rede beim letzten Mal richtig hingewiesen. Und wie zur Bestätigung konnten wir noch während derselben Plenarsitzung in der Zeitung eine dpa-Meldung lesen, daß die Deutsche Post den Vertrag mit der Bahn zum 1. Juni dieses Jahres gekündigt hat und

künftig keinerlei Briefe mehr über den Schienenweg befördern wird.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das stimmt doch gar nicht!)

- Das war eine dpa-Meldung. Dort stand: zum 1. Juni 1997 gekündigt!

Man fragt sich, wie es zu solchen Fehlentwicklungen kommt. Für die alte Bundesbahn ist das relativ schnell zu erklären. Wer das miterlebt hat, muß sagen, dort wurde offenbar nach dem Motto gehandelt: Kunde droht mit Auftrag.

(Holger Astrup [SPD]: Gute Formulierung!)

Aber auch die neue Güterbahn „DB-Cargo“ ist noch zu wenig kundenorientiert, zu teuer und zur Zeit noch nicht schlagkräftig genug. Ich kann Ihnen als Neumünsteraner - durch die zentrale Lage der Stadt wird man beinahe zwangsläufig bahn- und streckenkundig; Herr Geerds kann das sicherlich bestätigen - einige Beispiele nennen. Neumünster war viele Jahre lang Ausgangspunkt der sogenannten **Rollenden Landstraße**, bei der LKW sozusagen huckepack auf die Bahn verladen wurden. Sie ist seit einiger Zeit als unrentabel eingestellt worden. Begründet war dies in einer falschen Streckenführung und damit, daß man es nicht organisieren konnte, vernünftige „Zeitfenster“ miteinander zu vereinbaren. Die Reaktion war also nicht eine Anpassung an Kundenwünsche, sondern die Reaktion war das Einstellen des Angebotes.

Dies geschieht offenbar auch aus Überzeugung. Dazu möchte ich ein Zitat des Güterbahn-Chefs Eberhard Sinneker (DB-Cargo) in der „Welt“ vom 5. August 1996 nennen:

„Die Bahn hat sich mit der Rollenden Landstraße in ein unrentables Geschäft begeben. Außerdem helfen wir damit direkt unserer Konkurrenz, indem wir die Kapazität der Straße an Engstellen vergrößern.“

Den Gesichtspunkt Unrentabilität kann ich noch verstehen. Daß man aber nicht versucht, die Engpässe auf der Straße als Chance zu nutzen, in einen Wettbewerb einzutreten, ist in meinen Augen ein grandioses Mißverständnis im Zusammenwirken von Verkehrsträgern. Inzwischen gibt es aber neue Entwicklungen, den sogenannten kombinierten Verkehr mit **Wechselbrücken**, das sind spezielle Container, die

man ohne Probleme vom LKW auf die Bahn und zurück setzen kann. Auch dazu kann ich Ihnen wieder ein Beispiel aus Neumünster nennen, weil ich mich dort am besten auskenne. Im Süden der Stadt liegt ein großes Industriegebiet. Dort ist nicht nur das einzige **Paketzentrum der Post** in Schleswig-Holstein untergebracht, sondern dort sind auch viele große Logistikunternehmen wie Unitrans, German Parcel und eine ganze Reihe von Zentrallagern großer Unternehmen angesiedelt. Diese Unternehmen fahren mit den Wechselbrücken-Behältern. Die Unternehmen haben jedoch keine Chance in Schleswig-Holstein, sie auf die Schiene zu bekommen. Es gibt für sie in diesem Raum keine Verlademöglichkeit. In Gesprächen mit Spediteuren und Firmen kann man vor Ort sehr schnell erfahren, daß sie sehr gern auch die Schienenbeförderung nutzen würden, dafür aber keine Angebote erhalten. Interessant zu wissen ist, daß in Neumünster, in diesem Industriegebiet, sogar ein Industriegleis vorhanden ist, das nur reaktiviert werden müßte.

Politische Lippenbekenntnisse gibt es in dem Bereich „Güter auf die Schiene“ zuhauf; Taten fehlen allerdings. Da planen die Experten im Bonner Verkehrsministerium glorreich, in der Republik 40 **Güterverkehrszentren** zu errichten. Nachdem die ersten vier GVZ genehmigt sind, wird schon wieder geprüft, ob die fehlenden 36 noch nötig sind. Insbesondere die Errichtung des einzigen in Schleswig-Holstein geplanten GVZ ist sehr unsicher. Es sind bisher keine konkreten Zusagen von den einzelnen Unternehmen der Bahn zu erhalten. Es besteht die Gefahr, daß auch dies nur ein Kartenhaus war, das man schnell aufbaut, das sehr beeindruckend aussieht, das aber noch schneller wieder in sich zusammenfällt.

Die **Privatisierung** des ehemaligen Monopolbetriebes Bahn und seine Zerlegung in Einzelgesellschaften hat auf dem Sektor des Güterverkehrs bisher wenig bewegt. Solange sich in den Köpfen nichts ändert, sich keine Kundenorientierung entwickelt, kein Wettbewerb entsteht, wird das sicherlich auch nicht besser werden. Ich bin allerdings davon überzeugt, daß die Zukunft in dem **kombinierten Verkehr** liegt: Beförderung über größere Strecken mit der Bahn und Verteilung in der Fläche auf der Straße. Das hat auch die EU-Kommission erkannt und ein entsprechendes Förderprogramm unter den Namen „PACT“ aufgelegt, das den kombinierten Verkehr fördern soll.

Mit unserem Antrag wollen wir auf die richtige Weichenstellung der Entscheidungsträger bei Maßnahmen in Schleswig-Holstein einwirken. Das

sollte übrigens auch unser Ziel sein, wenn wir demnächst über den **Landesweiten Nahverkehrsplan** diskutieren. Auch hier sollte man auf Synergieeffekte achten, ob nicht bei der Aktivierung von Strecken beides genutzt werden kann, sowohl für den Personennahverkehr wie auch für den Güterverkehr. Ich denke hier beispielsweise an die Strecke Neumünster - Bad Segeberg, wo man beides sehr gut miteinander verbinden könnte.

Lassen Sie mich zum Schluß kommen! Nachdem wir schon beim letzten Mal in den Grundzügen eine große Übereinstimmung gefunden haben, möchte ich Sie bitten, unserem Antrag zuzustimmen. Eine solche Zustimmung wäre - um im Bild zu bleiben - ein feiner Zug von Ihnen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Kayenburg.

Martin Kayenburg [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Döring, unsere Zustimmung wäre sicher noch größer, wenn Sie auch bei der Anhörung zum Landesweiten Nahverkehrsplan Synergieeffekte nutzen würden und nicht jeder Kreis und jeder Zweckverband erscheinen müßte.

Gleichwohl, wir haben uns auch früher schon für eine stärkere **Vernetzung** eingesetzt und wollen, daß die **Güterverkehrsträger** auch künftig besser zusammenwirken können. Leider ist bis heute wenig dabei herausgekommen, obwohl verschiedentlich - wie auch Sie gesagt haben - Forderungen aufgestellt wurden. Wir können Ihrem Antrag deshalb im Grundsatz auf jeden Fall zustimmen.

Der Zeitpunkt der Diskussion scheint uns allerdings ein bißchen verfrüht zu sein, weil der Bericht, den der Minister dem Ausschuß zugesagt hat, über sein Gespräch mit der DB AG leider noch nicht gegeben ist. Aus diesem Grunde werden wir Ausschußüberweisung beantragen.

Im übrigen erinnere ich an das Forum in Bonn 1994, zu dem Minister Wissmann eingeladen hatte, der damals deutlich gemacht hat, daß der Aufbau neuer **Güterverkehrszentren** ein Teil des Gesamtkonzeptes

der verkehrspolitischen Herausforderungen der neunziger Jahre sein würde. Auch wir haben diese Überlegungen im Landtag des öfteren vorgetragen. Denn die derzeitige Infrastruktur - da geben wir Ihnen völlig recht - kann den erwarteten künftigen Anforderungen kaum genügen.

Auch heute setzen wir uns natürlich für schnell greifende Maßnahmen zur **Verkehrsverlagerung** ein. Denn wenn es künftig nicht gelingt, umweltfreundlichere Verkehrsträger wie Bahn und Binnenschiffe einzusetzen, werden die deutschen Straßen bald zu einem überdimensionierten Parkplatz werden. Dieses Risiko ist nach meiner Auffassung um so höher, je mehr Verkehre aus Skandinavien vom Schiff auf den LKW verlagert werden.

Nicht zustimmen allerdings können wir den Überlegungen Ihres Antrages, die sich mit der **Deutschen Post AG** und der **DB AG** befassen. Offenbar haben Sie das Problem da nicht hinreichend recherchiert. Deswegen wollen wir die Gesamthematik im Ausschuß behandeln.

Es ist sicherlich übertrieben zu fordern, alle **Postverteilzentren** direkt mit einem **Schienenanschluß** zu versehen. Denn kein Logistikunternehmen wird sich nur von einem Transportunternehmen abhängig machen, auch nicht von der Deutschen Bahn AG. Es würde an Flexibilität verlieren, in seiner Wirtschaftlichkeit durch mögliche Preisdiktate eingeschränkt werden. Schließlich haben Sie doch Monopole in der Energiedebatte heftig kritisiert. Warum wollen Sie die Post in eine derartige Abhängigkeit treiben? Darüber hinaus macht es sicherlich auch keinen Sinn, Postsendungen mit der DB AG zu transportieren, die man ohne Schwierigkeiten in irgendeinem Kofferraum transportieren könnte.

Ohne Einschränkung bewährt hat sich dagegen - da stimmen wir Ihnen zu - das Transportgeschäft mit größeren Gütern, mit **Paketen und Päckchen**. Das ist auch der Grund dafür, daß in Abstimmung zwischen Post und Bahn der Bau von Postverteilzentren häufig in der Nähe von KLV-Terminals - kombinierter Ladungsverkehr - geplant und durchgeführt wurde - und dies, obwohl die DB AG am Wochenende ohnehin nur etwa 70 % der Paketfracht und in der Woche sogar nur 20 % übernimmt. Das Modell der **KLV-Terminals** wird auch für die Zukunft von der DB AG präferiert und ist nicht nur für die Post, sondern nach unserer Auffassung für jeglichen Güterverkehr eine Chance, Verkehre von der Straße zu verlagern.

Wenn Sie kritisieren, daß die Deutsche Post AG alle **Briefpostverträge** zum 1. Juni gekündigt hat und danach die Briefpost angeblich nicht mehr mit der Bahn befördern will, sollten wir uns zunächst einmal mit den Ursachen befassen. Ein Grund für die Entscheidung ist die mangelnde Qualität, das heißt die wenig zeitgerechte Beförderung durch die DB AG. Letztere hat übrigens nach eigenen Angaben Probleme, die sogenannten **E-plus-1-Fenster** zu erreichen. Mit einfachen Worten ausgedrückt heißt das: Sie kann nicht gewährleisten, daß der Brief, der an dem einen Tag bei der Bahn aufgegeben wird, am anderen Tag seinen Adressaten erreicht. Genau das aber hat sich die Deutsche Post AG, wie wir alle wissen, als Qualitätsstandard gesetzt. Die DB AG verstärkt zwar zur Zeit ihre Bemühungen, aber noch sind die Erfolge jedenfalls im Bereich der Post nicht unbedingt zu verzeichnen. Erste Erfolge gibt es aber, denn inzwischen gehen UPS-Paketdienst und German Parcel wieder verstärkt auf die Angebote der DB AG ein.

Eine weitere Verbesserung verspricht sich die DB AG durch den in nächster Zeit geplanten Einsatz von Containern im Bereich der **Frachtpost**. Das wird mit der Deutschen Post AG verhandelt und ihr ermöglichen - so jedenfalls die eigene Aussage -, wieder verstärkt auf die Bahn zurückzugreifen. Im übrigen muß bei der Kündigung der Briefpostverträge berücksichtigt werden, daß es sich dabei - wie Sie sicherlich selbst wissen - nur um relativ kleine Transportvolumina handelt. Der Anteil des **Briefaufkommens** am Gesamtaufkommen beträgt nämlich nur etwa 5 % der gesamten Beförderungsleistung der Post, so daß die zusätzliche Belastung der Straße in diesem Bereich als nicht erheblich anzusehen ist.

Im Wettbewerb und durch den vom Bürger geforderten Qualitätsstandard, einen Brief einen Tag nach Absendung in Händen haben zu wollen, gab es nach unserer Einschätzung für die Deutsche Post AG kaum eine andere Entscheidungsmöglichkeit. Sie ist auf sehr kleine Transportfenster von sieben Stunden angewiesen, in der die Fracht effektiv befördert werden muß. Diese stehen bei der DB AG leider nicht zur Verfügung.

Allerdings bestätigt die Deutsche Post, daß sie mit dem Ausbau des KLV-Systems und dem Einsatz von Containern durchaus bereit ist, wieder größere Mengen an Briefpost durch die DB AG befördern zu lassen. Der Ausbau dieser Terminals - ich habe darauf hingewiesen - ist allerdings nicht nur für die Post von Bedeutung, sondern könnte in der Transportkette von ganz allgemeinen Gütern, insbesondere dann, wenn

verstärkt Container und nicht LKW transportiert werden, eine wesentliche Rolle spielen.

Die Einrichtung macht deutlich, daß die Systemstärke der **Bahn im Massengutverkehr** liegt. Der **Streuverkehr** aber, der von der Deutschen Post AG gefordert wird, ist damit nur in Teilen vereinbar, und zwangsweise muß die Post AG den Streuverkehr erledigen, so daß sie hier zur Zeit auf andere Verkehrsträger angewiesen ist.

Es geht also darum, die unterschiedlichen Anforderungen, die an Post und Bahn gestellt werden, so miteinander zu vernetzen, daß jedes System seiner Stärke entsprechend eingesetzt wird. Diese Kombination wird von beiden Vertragspartnern angestrebt, so daß in absehbarer Zeit wieder größere Anteile der Briefpost durch die DB AG transportiert werden. Gerade im Bereich der KLV-Systeme, wo es die Zusammenarbeit ja schon gibt, wird das auch für die Zukunft weiter verbessert werden.

Wir sollten die Problematik im Ausschuß weiter behandeln, damit das kein Schaufensterantrag wird. Denn wie der Presse zu entnehmen war, haben Sie angekündigt, daß Sie auch in Neumünster ein Bahnfrachtzentrum errichten möchten. Das ist ein legitimer Antrag, ein berechtigter Wunsch.

(Beifall des Abgeordneten Uwe Döring
[SPD])

Das Problem ist allerdings komplexer. Wir sind gespannt auf die gemeinsame Diskussion.

(Beifall bei CDU, F.D.P. und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Hentschel das Wort.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist erfreulich, daß immer sehr viel Einigkeit besteht, wenn wir über die Bahn reden. Über das Thema Straße zu diskutieren, gestaltet sich schwieriger. Dies liegt nicht daran, daß nicht jeder weiß, daß wir sowohl die Straße als auch die Bahn brauchen. Es liegt vielmehr an der unterschiedlichen Gewichtung und an der Frage, ob man bereit ist, Entscheidungen zu treffen, die in eine andere Richtung führen.

Da meine Vorredner die Situation gut analysiert haben, werde ich als dritter Redner in dieser Debatte nur noch eine kurze Analyse geben. Ich werde etwas ausführlicher auf die Konzepte eingehen.

Nur noch 20 % des **Güterverkehrs** erfolgen mit der **Bahn**, obwohl die Bahn weniger Energie verbraucht, weniger Schadstoffe produziert und auch konkurrenzfähig sein könnte, wenn die Weichen entsprechend gestellt würden. Die Konzepte, die man dafür braucht, liegen im Grunde alle vor. Es haben in den letzten Jahren intensive fachliche und wissenschaftliche Untersuchungen und Arbeiten von Technikern auf diesem Gebiet stattgefunden. Es ist eine Menge passiert. Das Umsteuern ist machbar und wäre für die Gesellschaft billiger. In der Zeitschrift „Spektrum der Wissenschaft“ vom September 1996 ist eine Zusammenfassung dieser Entwicklung und eine gute Zusammenstellung von Alternativen gegeben worden. Die Verfasser dieses Artikels kommen zu dem Ergebnis, daß sich der Anteil der **Bahn** bis zum Jahre 2010 verdreifachen könnte, während sich der Anteil der **Straße** halbiert, wenn die Weichen entsprechend gestellt werden würden. Zugleich würde der Anteil der **Binnenschifffahrt** um 50 % wachsen.

Was man braucht, sind qualitative Ziele. Ich nenne hierfür sechs Punkte: Es ist wieder ein flächendeckender räumlicher Zugang zur Bahn notwendig. Es ist eine lückenlose zeitliche Zugänglichkeit erforderlich. Wir brauchen ausreichende Schnelligkeit. Wir brauchen eine hohe Zuverlässigkeit, das heißt: Just-in-time-Betrieb auch auf der Schiene. Wir brauchen ein konkurrenzfähiges Preis/Leistungsverhältnis, und wir brauchen ein übersichtliches System und eine übersichtliche Preisgestaltung.

Um diese Ziele zu realisieren, sind eine Reihe von Komponenten erforderlich. Ich will neun Komponenten vorstellen:

Die erste Komponente betrifft die Umsetzung des europäischen **Weißbuchs über den Güterverkehr**, das jetzt neu herausgekommen ist und in dem zum ersten Mal deutlich beschrieben wird, daß die Bahn für den Fernverkehr im Gegensatz zu dem Güterverkehr ideale Voraussetzungen mit sich bringt. In Amerika boomt der Fernverkehr; bei uns endet der Fernverkehr der Bahn regelmäßig an den Grenzen, weil die technischen und rechtlichen Voraussetzungen nicht ausreichend gegeben sind. Wir müssen dazu kommen, daß die Züge wie die LKW von Kopenhagen nach Neapel ungehindert fahren können.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Zweite Komponente: Um die Erreichbarkeit zu gewährleisten, wurde ein System von 80 **Güterverteiltzentren** vorgeschlagen, ergänzt durch 1200 Regionalgüterbahnhöfe und 20 000 täglich erreichbare Zugangspunkte. Es reicht also nicht aus, Güterverteiltzentren zu bauen, wenn man nicht eine entsprechende Flächenstruktur schafft.

Dritte Komponente: Das **Güterverkehrsnetz** auf den Hauptstrecken ist der entscheidende Engpaß, weil mit der Umstellung auf ein Hochgeschwindigkeitsnetz - zu erwähnen sind hier der Intercity- und der Transeuropaverkehr mit Geschwindigkeiten von 160, 200 und 250 km/h - tagsüber auf den Hauptstrecken keine Güterverkehrszüge mehr fahren können. Sie passen wegen der Geschwindigkeitsunterschiede nicht mehr in die Zeitfenster hinein. Das bedeutet, daß die Güterzüge nur noch nachts fahren können, was eine erhebliche Verschlechterung ist. Wir brauchen daher zwangsläufig auf den Hauptstrecken eigenständige Gleise für den Güterverkehr, um einen dichten und effektiven Zugverkehr auf allen Gleisen zu gewährleisten. Ich erinnere noch einmal an die folgende Tatsache: In Japan ist die Zugdichte pro Gleis fünfmal so hoch wie in der Bundesrepublik, weil dort grundsätzlich auf den Gleisen immer gleiche Geschwindigkeiten gefahren werden.

Vierte Komponente: Wir brauchen einen **regionalen Güterringverkehr**, um die Anbindung der Regionen an die Güterverteiltzentren und die Häfen zu gewährleisten. Dieser regionale Güterringverkehr ist eine Entwicklung, die in letzter Zeit diskutiert wird. Es liegen Studien für Hessen, für Baden-Württemberg und mittlerweile für das Rhein-Main-Gebiet vor; Niedersachsen plant die Durchführung einer entsprechenden Studie. Ich denke, wir sollten auch in Schleswig-Holstein dahin kommen, daß wir ein Konzept für einen regionalen Güterringverkehr aufstellen. Dies müßte beinhalten, daß der Zug praktisch auf einer Ringstrecke im Kreis fährt. Er läuft die Hauptpunkte an und ermöglicht so einen planmäßigen Güterverkehr, ähnlich dem Personenverkehr. Das Aufladen erfolgt an den Bahnhöfen. Ein Rangieren an den Güterbahnhöfen ist dann nicht mehr nötig.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Fünfte Komponente: Dazu brauchen wir eine Trennung des Systems von Güterganzzügen, die von Punkt zu Punkt fahren, und des Liniengüterverkehrs, der regelmäßig nach Fahrplan verkehrt. Das würde zu einer Verbesserung und zu einer Abschaffung des Rangiersystems herkömmlicher Art führen.

Eine sechste Komponente ist das **Automatic Loading System**. Dabei handelt es sich um funktionsfähige Systeme, die das Direktumladen vom LKW auf den Zug ohne Kran ermöglichen. Ich gehe jetzt auf die technischen Aspekte nicht ein.

Die siebte Komponente ist das **Cargo Sprinter System**. Dabei handelt es sich um selbstfahrende Güterwagen - vergleichbar mit Triebwagen -, die einen eigenen Antrieb haben und die die Anbindung der Betriebe ohne Lokomotiven und Rangieren gewährleisten können.

Damit komme ich zur achten Komponente, dem **Train Compiling**. Bei diesem Prozeß werden die Cargosprinter auf dem nächsten Regionalbahnhof an die Punkt-zu-Punkt-Linienzüge automatisch angekuppelt, so daß die Züge dynamisch wachsen und sich in der Zielregion wieder auffächern können. Dies ist eine entscheidende Voraussetzung dafür, daß Güterwagen selbständig zu den Betrieben fahren können, so daß das Rangieren überflüssig wird.

Die letzte und neunte Komponente, die ich erwähnen möchte, ist die **Citylogistik**. Darunter versteht man eine neue städtische Verkehrsorganisation, um die Vielzahl der häufig fast leeren LKW in den Städten durch eine effiziente und billige Vertriebsorganisation zu ersetzen und an die Schiene anzubinden.

Diese neun Komponenten kann man folgendermaßen zusammenfassen: Die technischen Konzepte liegen vor. Es kommt nun darauf an, sie zu realisieren. Dazu ist erforderlich, daß auch **strukturelle Änderungen** in Angriff genommen werden. Die strukturellen Änderungen betreffen die Regionalisierung des Güterschienenverkehrs, ähnlich wie beim Personenverkehr, und die Regionalisierung der Gleise. Dies ist eine Voraussetzung dafür, Wettbewerb auf den Gleisen zu erreichen. Im Moment versucht die Bahn, ihre Verluste aufgrund des verlorengegangenen Monopols beim Personenverkehr durch eine Erhöhung der Preise für die Gleisnutzung auszugleichen.

Wir brauchen eine gerechte **Kostenstruktur**, die die Gleichheit von LKW und Bahn herstellt. Die Bahn zahlt heute im Personenverkehr mehr als die Eigenkosten. Die Rechnung müssen die Spediteure, die

die Schienen nutzen, über die Gebühren für die Gleise zahlen. Übertragen auf den LKW würde das bedeuten, daß die Spediteure für die Benutzung der Straßen noch einmal die Gesamtkosten, einschließlich der Personalkosten zusätzlich zahlen müßten. Das ist ein unsinniges Konzept, das die Bahn nicht konkurrenzfähig macht.

Wir brauchen die erwähnte Umsetzung des Weißbuchs auf europäischer Ebene. Wir brauchen den Wettbewerb zwischen unabhängigen Unternehmen im Bereich des Güterverkehrs.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wenn uns dies in den nächsten Jahren gelingt, dann ist es möglich, die CO₂-Emissionen des Güterverkehrs im Laufe von 15 Jahren um 40 % zu senken. Machen wir aber so weiter wie bisher, steigen sie um 40 %. Es kann auch erreicht werden, daß die Gesamtsystemkosten deutlich sinken. Zu diesem Schluß kommen die schon erwähnten Studien.

Ebenfalls ist zu erwähnen, daß eine Verbesserung des Güterverkehrs in der Region auch die Kostenstruktur in bezug auf die Gleise verbessert und sich damit positiv für den Personenverkehr auszahlt, weil sich ein Gleis, das doppelt genutzt werden kann, besser rentiert. Das ist entscheidend für viele schwach befahrene Strecken bei uns im Lande, wie wir beim SPNV 2010 gelernt haben.

Die Koalition in Schleswig-Holstein hat sich vorgenommen, das Thema regionaler Güterverkehr und **Güterverkehrskonzept** im nächsten Jahr in Angriff zu nehmen. Ich finde das erfreulich und bin auf die Ergebnisse und die bevorstehenden Diskussionen gespannt.

Im Moment sollten wir uns auf diese Sachen vorbereiten.

Bezüglich der Behandlung des Antrages bin ich völlig offen. Ich meine, wir können auch in der Sache abstimmen, weil die Diskussion sowieso erst im Herbst richtig losgeht. Meines Erachtens können wir jetzt abstimmen und im Herbst in die richtige Diskussion um Güterverkehrskonzepte einsteigen.

Die Alternativen sind klar. Die Aufgaben liegen vor uns. Packen wir sie an!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Aschmoneit-Lücke.

Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Von den 1996 insgesamt geleisteten 411,2 Milliarden Tonnenkilometern entfielen etwas mehr als 65 % auf die Straße, knapp 17 % auf die Schiene und rund 15 % auf Wasserstraßen. Die Güterverkehrsleistung der Straße ist damit beinahe viermal so hoch wie die der Schiene. Diese Relation der beiden Verkehrsträger zueinander wird häufig als Mißverhältnis gesehen.

Ich will gleich zu Beginn klarstellen: Auch ich halte die Verlagerung nennenswerter Transportkapazitäten von der Straße auf die Schiene, aber auch auf das Wasser für wünschenswert.

(Beifall bei der F.D.P. und des
Abgeordneten Detlef Matthiessen
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das habe ich in der Vergangenheit von dieser Stelle auch aus mehrfach betont.

Aber allein die Feststellung, daß sich der Landtag hierfür ausspricht, bringt uns keinen Schritt voran. Um es genauer zu sagen: Sie bringt keine einzige Tonne von der Straße auf die Schiene.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

In den beiden letzten Jahren war sogar eine umgekehrte Entwicklung zu beobachten.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Leider!)

Es fand eine Verlagerung der Gütertransporte von der Schiene auf die Straße statt.

Auch in den kommenden Jahren wird der Straßengüterverkehr im Vergleich zum **Schienengüterverkehr** überproportional zunehmen.

(Gerhard Poppendiecker [SPD]: Das wollen wir verhindern!)

Insofern habe ich volles Verständnis für die Intention des SPD-Antrages.

Dennoch, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD: Was wollen Sie mit diesem Antrag erreichen?

Eine Integration des Güterverkehrs auf Straße und Schiene - insbesondere die beabsichtigte Erhöhung des Transportanteils der Bahn - ist zwar wünschenswert - ich glaube, darin sind wir uns einig -, aber es müssen doch überhaupt erst die Voraussetzungen hierfür geschaffen werden.

Ich glaube, nichts ist an dieser Stelle aussagekräftiger als der Standpunkt Ihres eigenen Wirtschaftsministers, der am 5. Dezember des letzten Jahres in seinem Gastvortrag an der CAU folgendes hierzu ausführte - ich zitiere mit Genehmigung der Frau Präsidentin -:

„Die Forderung nach einer massiven Verlagerung der Güterverkehre von der Straße auf die Schiene suggeriert eine Problemlösung, die weder mengenmäßig ausreichend noch schnell noch billig zu haben ist.“

(Martin Kayenburg [CDU]: Recht hat er!)

Herr Minister, Sie bezeichnen diese Forderung sogar als Chimäre in der Auseinandersetzung um den Straßenbau.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Hört, hört!)

Vielleicht wissen manche Damen und Herren der Regierungsfractionen ganz einfach nicht, daß es sich bei einer Chimäre um ein Ungeheuer - Löwe, Ziege und Schlange in einer Gestalt - der griechischen Sagenwelt handelt.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Gentechnologie macht es möglich! - Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Nein, ich habe auch nur eine Frage gestellt.

In der Konsequenz warnen Sie davor, Wirkung und Reichweite von Verlagerungsstrategien zu überschätzen, Herr Minister, und nennen hierfür einen, wenn nicht den entscheidenden Grund für Ihre berechnete Zurückhaltung:

„Wenn 20 % der Fernverkehrsleistung der Straße auf die Schiene verlagert werden sollen,

so müßte die Transportkapazität der Schiene um mehr als 57 % steigen!“

Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Aussage des Verkehrsministers deckt sich mit meinen Ausführungen im Zusammenhang mit der Diskussion um den Ausbau der A 7. Ich habe damals deutlich gemacht:

„Um nur 10 % Transportleistung vom LKW zu übernehmen, bräuchte man etwa ein Drittel mehr Bahnkapazität. Das heißt 10 % weniger LKW setzen 30 % mehr Bahn voraus.“

Diese Aussage, die völlig mit den Ausführungen des Verkehrsministers übereinstimmt, wurde von lautem Protest, Herr Kollege Hentschel, von Ihrer Seite, begleitet. Das Protokoll verzeichnet an dieser Stelle folgenden Zwischenruf:

„Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Lesen Sie doch einmal die Studie!“

Lieber Herr Kollege Hentschel, die Studie des Berliner Instituts für Ökologische Wirtschaftsforschung können Sie doch wohl damals nicht gemeint haben. Diese im Auftrag der Bündnisgrünen erstellte Studie befaßte sich eingehend mit einem der Lieblingsprojekte - Sie haben es heute auch wieder angesprochen, Herr Hentschel - grüner Politiker, „Güter auf die Bahn“, und kommt zu dem für mich wenig überraschenden Ergebnis: Selbst bei einer höheren LKW-Steuer und einer elektronischen Maut auf gefahrene Kilometer und einem Dieselpreis von 4,50 DM/l

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Hört, hört!)

würde kaum ein Spediteur auf die Schiene umsteigen.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.])

Von den nicht vorhandenen Kapazitäten auf der Schiene ganz zu schweigen!

Herr Kollege Hentschel, vielleicht bewahren Sie in Zukunft einen kühleren Kopf bei nüchternen Zahlen, mit denen auch der Verkehrsminister, der zu der von Ihnen mitgetragenen Regierung gehört, operiert.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Ein zweiter Aspekt tritt hinzu, auf den ich in der Vergangenheit ebenfalls mehrfach hingewiesen habe: Über 80 % aller auf der Straße beförderten Güter

werden in einem Umkreis von maximal 75 km um den Standort des Transportunternehmens transportiert.

Ich nehme jetzt erfreut zur Kenntnis, daß Herr Steinbrück komparative Vorteile der Schiene erst oberhalb der 300 km-Distanz ausmacht. Um es ganz klar zu sagen: Diese nüchterne und realistische Einschätzung des Wirtschaftsministers wird sich bei der weiteren Suche nach intelligenten Problemlösungen als außerordentlich hilfreich erweisen.

Daher hoffe ich - wie auch der Kollege Kayenburg -, daß wir im Ausschuß ausreichend Gelegenheit haben werden, sinnvolle Verlagerungsstrategien zu erörtern, die in Schleswig-Holstein auch - davon bin ich überzeugt - realisierbar sind.

Was ich allerdings überhaupt nicht verstehen kann, ist die Klage der SPD-Fraktion über die fehlende Schienenanbindung der **Postverteilzentren** zu diesem Zeitpunkt. Hier kommt Ihr Protest, Herr Kollege Döring, doch ziemlich spät, um nicht zu sagen: viel zu spät.

Ich darf in diesem Zusammenhang an die Sitzung des Wirtschaftsausschusses vom 22. Dezember 1992 erinnern. Damals wies der Kollege von der Union auf die Probleme einer fehlenden Schienenanbindung des Postfrachtzentrums Neumünster hin. Der damalige Staatssekretär Peer Steinbrück nannte die Zulieferung zu diesem Frachtzentrum auf der Straße einen Aberwitz und unterstrich, daß das Land einer Anlieferung über die Straße keinesfalls zustimmen werde. Die Realität ist uns heute allerdings allen bekannt. Dies mag man bedauern.

Politischer Gestaltungswille offenbart sich allerdings nicht in der Klage über die derzeitigen Gegebenheiten. Der vorliegende Antrag zeigt darüber hinaus wieder einmal mehr, welche merkwürdigen Vorstellungen von Wirtschaft nach wie vor in weiten Kreisen hier herrschen. Da wird die Landesregierung aufgefordert, „bei der Ansiedlung von Logistikunternehmen auf eine Kooperation mit der Bahn hinzuwirken“.

Wenn es nach solchen Vorstellungen geht, dann trifft in Zukunft nicht mehr der Unternehmer seine Standortentscheidung, sondern die Landesregierung soll sie ihm de facto vorgeben. Mit solchen Beschränkungen unternehmerischer Entscheidungsfreiheiten tragen Sie nicht zur Attraktivität des Standortes Schleswig-Holstein bei.

(Beifall bei der F.D.P. - Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das sind Unterstellungen! Wenn wir Rahmenbedingungen diskutieren, diktieren wir doch Unternehmern nichts!)

- Sie müssen einmal den Antrag lesen, Herr Matthiessen! Da steht drin, daß die Landesregierung Einfluß auf die unternehmerische Entscheidung nehmen soll. Das ist etwas anderes, als Rahmenbedingungen zu schaffen. Bei Rahmenbedingungen haben wir überhaupt kein Problem miteinander.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Sehr richtig! - Beifall bei F.D.P. und CDU)

Im übrigen hat auch die Post eine solche Unternehmensentscheidung getroffen, als sie die Briefpostverträge mit der Deutschen Bahn AG zum 31. Mai 1997 kündigte, und zwar mit dem Ziel - Herr Kayenburg hat es angesprochen -, die E-plus-1-Quote weiter zu verbessern. Das heißt, die Qualität Ihres Angebotes soll damit weiter verbessert werden. Man mag diese Entscheidung bedauern. Ich tue das nicht.

Das Operieren mit Wettbewerbsparametern - hierzu gehört eben neben dem Preis auch die Qualität von Produkten und Dienstleistungen - ist etwas völlig Alltägliches. Obwohl die Fahrwegkosten der Schiene pro Tonne und Kilometer deutlich über dem Äquivalent der Straße liegen, waren im übrigen für die Entscheidung der Post nicht die Kosten, sondern Schnelligkeit und Logistik ausschlaggebend.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Genau! Das ist das entscheidende!)

- Gut, da sind wir völlig einig. Ich freue mich über den Zuruf, Herr Hentschel.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich frage Sie also ernsthaft, was Sie sich von dieser Initiative zu diesem Zeitpunkt versprechen. Die bloße Feststellung, mit dem Status quo sei man unzufrieden, bringt uns ebensowenig weiter wie das Bedauern längst gefällter Unternehmensentscheidungen. Eingriffe in die unternehmerische Entscheidungsfreiheit lehnen wir mit allem Nachdruck ab.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Die Quintessenz Ihres Antrages läßt sich daher auf die ebenso einfache wie nichtssagende Formel bringen: So hätten wir das gern.

Nur, meine Damen und Herren, das interessiert kaum jemanden, am allerwenigsten den potentiellen Unternehmer.

Für die F.D.P.-Fraktion beantrage ich daher Ausschlußüberweisung. Ich sage Ihnen schon heute zu, daß ich mich an einer konstruktiven Diskussion über Verlagerungsstrategien selbstverständlich sehr gern beteilige.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile Frau Abgeordnete Spoorendonk das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Wir haben uns schon im Rahmen der letzten Tagung des Landtages mit den Problemen des Schienengüterverkehrs beschäftigt. Auch heute liegen uns zwei Anträge zu diesem Thema vor. Der SSW findet dies gut und begrüßt es ausdrücklich, denn im Augenblick haben wir eine Entwicklung, in der der Güterfernverkehr insgesamt zwar steigt, der **Eisenbahngüterverkehr** jedoch stark zurückgeht. Es gibt sehr viele Anzeichen dafür, daß sich dies in Zukunft fortsetzen wird.

Für alle Parteien, die seit Jahren fordern, daß der stark zunehmende Verkehr unbedingt von der Straße auf die Schiene umgeleitet werden muß, ist diese Entwicklung nicht hinnehmbar. Dieses Szenario ist für den SSW sowohl aus wirtschaftlichen als auch aus verkehrs- und umweltpolitischen Gründen überhaupt nicht akzeptabel. Deshalb ist es so wichtig, von politischer Seite her immer wieder auf diese Problematik aufmerksam zu machen, auch wenn wir in diesem Bereich - wie Herr Döring vorhin sagte - kaum über originäre Zuständigkeit verfügen. Wir müssen aber Druck auf alle Beteiligten ausüben; nur so können wir die gewünschte Trendwende herbeiführen. Wenn wir dieses Ziel durch die Bildung einer fraktionsübergreifenden Arbeitsgruppe - wie von Herrn Poppendiecker vorgeschlagen - besser erreichen können, dann sollten wir meiner Meinung nach auch das versuchen.

Der SSW bedauert und kritisiert die Entscheidung des Bundesunternehmens Deutsche Post AG, alle Briefpostverträge mit der Bahn zu kündigen. Weiter wollen wir nicht akzeptieren, daß die **Postverteilzentren** im Lande keinen Schienenanschluß haben. Sicherlich wird die Post betriebswirtschaftliche Gründe anführen, doch das macht die Sache nicht besser. Denn die volkswirtschaftlichen Folgen, beispielsweise für die Umwelt, sind nicht unerheblich und führen uns wieder einmal die Konsequenzen der Privatisierung von Staatsunternehmen vor Augen. Auf keinen Fall sind die Entscheidungen der Deutschen Post AG zukunftsweisend.

Wir unterstützen daher eine verstärkte Integration von Schiene und Straße im Güterverkehr. Dies gilt ebenso aber für den Personenverkehr. Auch hier gibt es ein ungenutztes Potential für eine verstärkte Integration. Durch die Landesnahverkehrsgesellschaft hat die Landesregierung in diesem Bereich eine gewisse Einflußmöglichkeit, und wir sind sicher, daß sie sie auch nutzen wird.

Aber was den Güterverkehr anbelangt, können wir hier im Lande leider nur darauf hinwirken, daß es bei Neuansiedlungen von Logistikunternehmen eine Kooperation mit der Bahn geben wird. Wir unterstützen die Aufforderung an die Landesregierung, sich dafür einzusetzen. Aber wenn die betriebswirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Unternehmen nicht gegeben sind, dann nützt das leider wenig. Diese Rahmenbedingungen muß die Bundesregierung gemeinsam mit den anderen europäischen Ländern schaffen. Die umweltfreundlichen Transportträger müssen endlich europaweit steuerlich besser gefördert werden, damit sie konkurrenzfähiger sind.

Wir unterstützen den Antrag. Das ging, glaube ich, auch schon aus meinem Redebeitrag hervor.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag erhält zunächst Herr Abgeordneter Matthiessen.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Debatte ist nicht neu; sie hat eine Parallele in der Debatte um das Energiewirtschaftsrecht. Dort ging es ja um einen 250 Milliarden DM schweren Strommarkt, und in diesem Falle geht es - wie Frau

Aschmoneit-Lücke schon sehr richtig sagte - um 6,2 Milliarden Tonnenkilometer im Jahr, also um gewaltige volkswirtschaftliche Dimensionen, die unser schleswig-holsteinisches Wirtschaftsleben erheblich tangieren. Wenn der Kollege Hentschel hier ausführlich sechs Grundsätze und neun Postulate vorträgt und das Ergebnis sinkende Systemkosten sein sollen, dann müßte einem Marktwirtschaftler doch eigentlich das Herz lachen. Die ganze Geschichte soll also billiger werden, wie wir es auch von den Strompreisen verlangen.

Warum sind wir dann eigentlich plötzlich so große Marktwirtschaftler geworden? Weil wir sagen: Was wir uns hier volkswirtschaftlich an Fehlallokation leisten, bedeutet eine enorme Verschwendung von Ressourcen, die sich letztlich auch darin ausdrückt, daß wir in unserer Gesellschaft eine wahnwitzige Energieverschleuderung betreiben. Es geht hier also auch um gleichsam über die Volkswirtschaft transportierte ökologische Grundsätze, indem wir wirtschaftlich wirtschaften und dem Verbrauch einen Riegel vorschieben wollen.

Ich habe einmal etwas mitgebracht. Dies ist ein DIN A4-Blatt; das kennt ja jeder. Dazu gibt es auch ein DIN A5-Format und ein DIN A0-Format, alles immer zueinander kompatibel. Das Problem, das wir heute diskutieren, hat in gewisser Weise etwas damit zu tun; es ist von europäischer Dimension. Im Augenblick sind wir noch in einer Art provinziellerem Denken befangen, indem wir meinen, wir brauchen in dem europäischen Markt, der ja wächst, zusätzlich noch eine A 20, weil das alles doch ein bißchen größer wird. In Wirklichkeit liegt der Kern des Problems genau in dem, was Herr Hentschel ausführte. Wir können in solchen riesigen Märkten mit den alten Verteilssystemen am Ende nicht mehr erfolgreich agieren.

Jeder weiß: Energie und mobile Energieträger sind begrenzt, und die Belastung der Ökosphäre durch unsere Energiekonsumtion ist nicht mehr tragbar. Das heißt, hier gibt es volkswirtschaftliche Endlichkeitsgrenzen - oder, anders ausgedrückt, eine große Mauer, auf die wir mit zunehmender Geschwindigkeit zurasen, wenn man sozusagen immer weiter das macht, was man immer schon getan hat, vielleicht in veränderten Dimensionen und mit veränderten Geschwindigkeiten. Wir müssen eben zu einer Änderung der Systementwicklungslogik kommen.

Ich finde es ja ganz schön, daß Sie auch Schwierigkeiten aufgezeigt haben. Aber ich kenne die Debatte bereits. Sie haben ja zum Schluß noch die

Kurve gekriegt, Frau Aschmoneit-Lücke, und angeboten, sich an einem solchen Diskurs zu beteiligen, aber ich akzeptiere es nicht, daß hier ständig - theoretisch manchmal vielleicht nachvollziehbare - Schwierigkeiten angeführt werden, um zu begründen, daß die ganze Debatte nichts taugt.

Ich sehe, daß meine Redezeit abgelaufen ist, und bedanke mich.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag erhält Herr Abgeordneter Hentschel.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein, ich verzichte!)

- Dann hat Herr Minister Steinbrück das Wort.

Peer Steinbrück, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Angesichts des Überhangs an Tagesordnungspunkten, die der Landtag heute nachmittag noch zu bewältigen hat, möchte ich jetzt nicht in eine umfassende Debatte einsteigen, zumal sich für mich schon am nächsten Mittwoch im Wirtschaftsausschuß die Gelegenheit dazu ergeben wird, über ein Gespräch Bericht zu erstatten, das ich mit Herrn Sinneker, dem zuständigen Vorstandsmitglied der DB AG für den Bereich Güterverkehr, vor ziemlich genau einer Woche in Frankfurt geführt habe.

Erfreulich ist es ja, festzustellen, daß eigentlich über alle Fraktionen hinweg Einigkeit darin besteht, daß Strukturveränderungen im **Gütertransportwesen** der Bundesrepublik notwendig sind. Das ist unbestritten so. Viele sagen: Wir brauchen nicht nur einen Trend-Stopp, sondern - ehrgeiziger als das - eine Trend-Umkehr dessen, was sich in den letzten 40 Jahren hier ergeben hat. Das heißt, wir konkurrieren politisch nicht um das Ob, sondern wir konkurrieren allenfalls um das Wie, die Schrittabfolge, allerdings dann auch um die Frage, was finanziell erreichbar ist.

Daß eine solche Trend-Umkehr notwendig ist, haben viele auch anhand von Zahlen deutlich gemacht. Ich möchte noch einmal daran erinnern, daß sich das

Verhältnis des Gütertransports auf der Straße zum Gütertransport auf der Schiene in der Zeit zwischen dem Anfang der fünfziger Jahre und dem Anfang der neunziger Jahre buchstäblich ausgewechselt hat. Anfang der fünfziger Jahre entfielen rund 56 % der Tonnenkilometer auf die Schienenstrecken, ungefähr 20,3 % auf die Straßen; Anfang der neunziger Jahre ist das Verhältnis fast spiegelbildlich anders: Nur noch 20,6 % entfallen auf die Schiene, und 56,7 % werden auf der Straße abgewickelt.

Insofern stehe ich zu den Zahlen, zu den Relationen, die ich auch anlässlich eines Vortrags in der Christian-Albrechts-Universität genannt habe, ein Vortrag, aus dem Frau Aschmoneit-Lücke indirekt zitiert hat. Ich möchte noch einmal an folgendes erinnern: Wenn wir im Jahre 1996 insgesamt ein Güteraufkommen von etwa 270 Milliarden Tonnenkilometern hatten und davon 70 Milliarden Tonnenkilometer auf der Schiene, dann muß jeder wissen, daß allein ein Drittel Güterverkehr weniger auf der Straße eine Verdoppelung der Leistungsfähigkeit der Schiene bedeutet. Das sind die Relationen. Diese bitte ich, was die politische Aufgabenstellung angeht, nicht zu unterschätzen; das ist eine gewaltige Aufgabe.

Die kritische Betrachtung der verkehrs- und umweltpolitischen Folgen, was die Trendumkehr betrifft, einigt uns ebenfalls. Die Schaffung der Voraussetzungen für eine solche Trendumkehr ist sehr mühsam und kann nur mit Beharrlichkeit erreicht werden. Da gibt es keinen Urknall. Die Schaffung dieser Voraussetzungen übersteigt leider Gottes auch die Gestaltungs- und Einflußmöglichkeiten des Landes, und zwar sowohl die der Regierung als auch des Landtages. Wir sind abhängig von Entscheidungsträgern, von Einrichtungen oder politischen Institutionen, die weit über dieses Land hinaus tätig sind und längst auch auf der Ebene der Europäischen Union Verantwortung tragen.

Ich will drei Beispiele in den Vordergrund stellen. Erstens. Es ist unbestreitbar, daß sich die DB AG mehr denn je von einer Behördenbahn zu einem marktnahen Transportunternehmen einschließlich entsprechender Marketingstrategien entwickeln muß. Ich glaube, wir tun den Versuchen der **DB AG**, nach der **Bahnreform** die Weichen auf die Zukunft zu stellen, keinen Torte an, wenn wir an manchen Stellen massive Kritik an dem Tempo üben, in dem dieser Umstrukturierungsprozeß, diese Neuorientierung stattfindet.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens. Wir reden darüber, daß für eine solche Trendumkehr riesige Investitionsvorhaben realisiert werden müssen. Wir reden über Investitionen in Milliardenhöhe. Wenn wir uns in diesem Hause darüber einig sind, daß die Finanzausstattung aller Gebietskörperschaften schlechter denn je ist, dann wissen wir auch, daß sich vieles nicht so schnell realisieren lassen wird, wie es die Wunschzettel vorgeben. Diese Situation läßt an der einen oder anderen Stelle doch dazu ein, realistisch zu sein.

Drittens. Wir brauchen ohne Zweifel eine Neugestaltung der ordnungspolitischen Rahmenbedingungen - das Stichwort „Wegekostenanlastung“ ist bekannt - oder, ökonomisch gesprochen, eine Veränderung der relativen Kosten bei den einzelnen Verkehrsträgern. Dabei reden wir über teilweise sehr schwierige und verteilungspolitisch strittige Maßnahmen, wie zum Beispiel streckenbezogene Straßennutzungsgebühren für Gütertransporte mit all den damit verbundenen Konflikten. Ich gehöre zu den Verkehrsministern - ich befinde mich da in der großen Mehrheit meiner Kollegen, einschließlich Herrn Wissmann -, die einen Einstieg in eine streckenbezogene **Straßennutzungsgebühr für Gütertransporte** für notwendig halten, um die relativen Kosten zugunsten der Schiene zu ändern.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dabei ist ohne Zweifel das Problem vorhanden, daß dies im Alleingang auf der Ebene der Europäischen Union nicht durchsetzbar ist; vielmehr haben wir dort eine weitere Abstimmungsebene.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wer die diesbezüglichen durchaus ehrgeizigen Bemühungen von Herrn Wissmann im zuständigen Verkehrsministerrat in den letzten Jahren verfolgt hat, weiß, welche Schwierigkeiten dies bereitet. Die Bundesrepublik Deutschland ist da nicht der Bremsers gewesen, übrigens auch mit Blick auf aus anderen Gründen bestehende Vorteile niederländischer oder dänischer Transportunternehmen.

Was den Güterverkehr in Schleswig-Holstein betrifft, so haben wir uns vor wenigen Wochen im Landtag schon einmal darüber unterhalten, welche Bedeutung es hat, wenn der Große Belt gequert werden kann, welche zusätzlichen Potentiale und Chancen dann auf uns zu kommen. Es geht in diesem Zusammenhang auch um die Beseitigung von Engpässen, etwa bei Pinneberg -

Elmshorn; dort ist Gott sei Dank im laufenden Fünfjahresplan angefangen worden. Ich weise darauf hin, daß auch der Engpaß Rendsburger Hochbrücke in den jüngsten Gesprächen mit Herrn Sinneker eine Rolle gespielt hat, beispielsweise unter dem Gesichtspunkt, daß unter den gegenwärtigen Bedingungen nur sechs Zugpaare pro Stunde dort durchgeleitet werden können. Wir reden auch immer noch über das große Problem der Umfahrung des Knotenpunktes Hamburg, soweit es sich nicht um Ziel- oder Quellverkehre handelt. Ich bringe in diesem Zusammenhang auch noch einmal das Thema der kombinierten Straßen-Schienen-Querung über die Elbe ins Spiel.

Ich will der Darstellung des Gespräches mit Herrn Sinneker nicht vorgreifen. Das Thema der **Briefpost** hat in diesem Gespräch eine große Rolle gespielt. Die Post AG steht im Obligo, in der Sitzung des Regulierungsrates am Montag Auskunft über die Hintergründe zu geben, die zu der Entscheidung geführt haben, die Transportvereinigung mit der DB AG aufzukündigen.

Die Hinweise - ich glaube, sie kamen von Herrn Kayenburg - entsprechen den mir vorliegenden Daten. Die Post AG ist zu dem Ergebnis gekommen, daß ihr neues Briefkonzept, nämlich Abgang der Post 21.15 Uhr und Zustellung in den Zielgebieten um 4.15 Uhr, also innerhalb von sieben Stunden, so von der Bahn nicht mehr erfüllt werden kann und daß darüber hinaus das Abrechnungsverfahren der Bahn, nämlich trassenbezogen, mit den postalischen Sendungsströmen so wenig übereinstimmt, daß es für die Post AG schlicht und einfach nicht wirtschaftlich ist. Das heißt, bei der Betrachtung dieses Problems wird man an gewissen Wirtschaftlichkeitsüberlegungen der Post AG nicht ohne weiteres vorbeikommen, wobei ich dieser Entwicklung nicht das Wort reden will. Ich bedaure diese Entwicklung nicht minder als Sie. Aber gegen gewisse Wirtschaftlichkeitsentscheidungen dieser Unternehmen wird man politisch kaum anresolutionieren können, wenn man diese Unternehmen nicht in die Unwirtschaftlichkeit hineintreiben will.

(Beifall bei der F.D.P.)

Ich habe mich im Rahmen des Gesprächs mit Herrn Sinneker noch einmal deutlich für die Planungen bezüglich der **Güterverkehrszentren** in Neumünster und in Lübeck eingesetzt. Ohne der Ausschußsitzung vorgreifen zu wollen, will ich jetzt schon deutlich machen, daß die Realisierung des Güterverkehrszentrums in Neumünster nach dem

heutigen Stand mindestens gefährdet ist. Viele der hier anwesenden Fachkundigen wissen das. Der Hintergrund ist ganz einfach: Wir haben es mit der Gründung der Bahntrans GmbH zu tun, das heißt, einem Unternehmen, bei dem neben der DB AG ein Mitgesellschafter 50 % übernommen hat, nämlich die Thyssen Haniel Logistic. Diese Firma hat eigene Frachtzentren, und vor dem Hintergrund der eigenen Frachtzentren steigt sie in eine völlige Neubewertung der verschiedenen Vorhaben ein, die die DB AG bisher geplant hat. Mit Entscheidungen ist im Herbst zu rechnen. Ich glaube, daß leider Gottes auch hier Realismus angesagt ist. Ich will hier gern die Frage in den Raum stellen, ob es denn - auch unter konstruktiver Mitwirkung des Landes - zu alternativen Lösungen kommen kann, zumal wir in Neumünster für die Herstellung des Güterverkehrszentrums einen hohen Zuschuß in Form von Mitteln nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz in Aussicht gestellt haben.

Ich möchte abschließend darauf hinweisen, daß die Landesregierung dem Landtag und den Fraktionen im nächsten Jahr ein integriertes Güterverkehrskonzept vorlegen möchte. Dieses soll einen Orientierungsrahmen für die Planungsträger in diesem Lande bilden; das ist auch Gegenstand der Regierungserklärung.

Darüber hinaus wird im Frühjahr dieses Jahres ein Konzept zur Informations- und Kommunikationstechnologie von uns vorgestellt werden. Darin sind auch Vorschläge zur Steigerung der Leistungsfähigkeit von Logistiksystemen für den Gütertransportbereich enthalten. Selbstverständlich geht es auch im Rahmen unserer Hafenentwicklungskonzeption immer darum, die bestehenden Hafenkapazitäten über moderne Logistik und Umschlagsysteme in ihrer Leistungsfähigkeit zu steigern, statt in einem ersten Schritt umfangreiche Erweiterungsinvestitionen zu tätigen. Auch darüber werde ich dem Ausschuß gern Auskunft geben. Ich freue mich schon auf die nächste Sitzung - ich glaube, sie findet am nächsten Mittwoch statt -, in der ich dieses Thema vertiefen kann.

(Beifall im ganzen Haus)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Es ist sowohl Ausschußüberweisung als auch Abstimmung in der Sache beantragt worden.

Ich lasse zunächst über den Antrag auf Ausschußüberweisung abstimmen. Wer dafür ist, den Antrag in den Wirtschaftsausschuß zu überweisen, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig in den Wirtschaftsausschuß überwiesen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 15 auf:

Resolution zur Wiedereröffnung der Marschenbahn

Antrag der Abgeordneten des SSW

Drucksache 14/471

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann erteile ich in der Aussprache der Frau Abgeordneten Spoorendonk das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Lassen Sie mich eine Vorbemerkung machen. Ich habe dazugelernt: Es heißt nicht Marschenbahn, sondern Marschbahn. Ich bitte Sie, unseren Antrag entsprechend zu korrigieren.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das ist richtig!)

Nun zu unserem Antrag. Wir haben ihn zum einen deshalb eingebracht, weil die Privatinitiativen, die eine Reaktivierung der Strecke für den Schienengüterverkehr anstreben, politische Unterstützung verdienen. Zum anderen wollen wir darauf hinweisen, daß die Marschbahn eine gute Ergänzung zu der von einem Schienenengpaß bedrohten Ostbahn ist. Im Landesnahverkehrsplan ist die Option einer Wiedereröffnung der Strecke Niebüll - Tønder für den Personennahverkehr erst für das Jahr 2010 vorgesehen. Wir sind der Meinung, daß angesichts der aktuellen verkehrspolitischen Entwicklung schon jetzt alle Bestrebungen unterstützt werden müssen, die Alternative der Marschbahn mit ihrer Anbindung Esbjerg - Hamburg für den Güterverkehr zu reaktivieren.

Wir fordern die Landesregierung daher auf, die diesbezüglichen privaten Initiativen in Schleswig-Holstein und Dänemark zu unterstützen.

Der Hintergrund der im Grenzland erneut aufgekommenen Diskussion um den Sinn einer Wiedereröffnung ist der Beschluß einer Gesellschaft

der dänischen Staatsbahnen, „DSB-Gods“. Sie will sich aus dem Geschäft mit dem Güterschienenverkehr für Unternehmen aus der Umgebung Tønder und Bramming herausziehen oder zumindest ihre Dienste zu erheblich verschlechterten Konditionen anbieten.

Daraufhin hat die Nordfriesische Verkehrs-Aktiengesellschaft mit Unterstützung des Fördervereins Marschbahn/Westbahn und anderen privaten Initiativen angeboten, selbst die Güter der betroffenen dänischen Unternehmen über die Strecke Niebüll - Tønder zu transportieren. Das ist der Sachverhalt. Diese Initiative ist sowohl in Dänemark als auch in der Bundesrepublik auf breite Unterstützung gestoßen. Ihr gebührt unsere Anerkennung, besonders auch deshalb, weil sie zeigt, wie man positiv über die Grenzen hinweg gemeinsame Projekte umsetzen kann.

Die rechtlichen und technischen Details der Nutzung der Strecke, vielleicht sogar bis nach Bramming, sind meines Wissens weitgehend geklärt. Die Strecke ist in einem guten Zustand, da sie bereits im letzten Jahr vereinzelt für Personen- und Güterverkehr genutzt worden ist. Was noch aussteht ist die Klärung von Versicherungs- und Zollfragen sowie die wichtige Frage der Kosten.

Die NVAG ist gerade dabei, dies mit den Besitzern der Trasse - das sind die beiden nationalen Staatsbahnen: Deutsche Bahn AG und Danske Statsbaner, DSB - zu verhandeln. Es muß unbedingt gesichert werden, daß die Nutzung der Strecke zu einem fairen Preis erfolgen kann. Wenn die beiden großen Staatsbahnen nicht in der Lage sind, die Nachfrage der Wirtschaft nach Schienengüterverkehr zu befriedigen, sollten wir von politischer Seite alles dafür tun, andere Anbieter zum Zuge kommen zu lassen.

(Präsident Heinz-Werner Arens
übernimmt den Vorsitz)

Sollte es der **privaten Initiative** gelingen, die **Strecke Niebüll - Tønder** zu reaktivieren, bietet sich für die Bahnlinie an der Westküste eine völlig neue Perspektive. Die Deutsche Bahn wird nach der Eröffnung der Große-Belt-Querung vermutlich Kapazitätsengpässe auf der Strecke Padborg - Hamburg bekommen. Auch das haben wir schon auf der letzten Sitzung erörtert. Eine Wiedereröffnung der Marschbahn unter Einbeziehung neuer Güterverkehrsanbieter könnte daher eine realistische Ergänzung der Ostbahn werden und so dazu beitragen, den Engpaß abzubauen. Diese Forderungen werden jetzt auch von dänischer Seite gestellt, unter anderem

von dem liberalen Politiker Erik Jakobsen, Mitglied des Verkehrsausschusses im dänischen Folketing.

Inwieweit diese Alternative umsetzbar ist, vermögen wir heute noch nicht zu sagen. Es muß geklärt werden, ob die technischen Voraussetzungen für eine Anbindung bis Hamburg gegeben sind. Ich denke beispielsweise daran, ob eine Elektrifizierung notwendig ist oder ob nicht auch unter den vorhandenen Bedingungen Güter über diese Strecke transportiert werden können. All das muß untersucht werden.

Auf jeden Fall sollte man solche Überlegungen unbedingt weiterverfolgen. Wir können es nicht hinnehmen, offenen Auges auf ein verkehrs- und umweltpolitisches Desaster zuzusteuern, ohne alle Möglichkeiten ausgeschöpft zu haben. Nur bei Nutzung aller vorhandenen Schienenkapazitäten im Land kann das Ziel erreicht werden, den in den nächsten Jahren stark ansteigenden **Güterverkehr** zwischen **Skandinavien und Deutschland** so weit wie möglich umweltverträglich auf die Schiene umzuleiten.

Daß es bei der Marschbahn mit dem Schienenpersonenverkehr, SPNV, nicht so schnell vorwärtsgehen kann, ist verständlich. Im Grenzgebiet ist das Auto immer noch schneller und billiger. Es ist aber langfristig unser Ziel, auch den SPNV auf dieser Strecke zu reaktivieren - am besten noch vor dem Jahr 2010. Mit einer Öffnung der Strecke für den Güterverkehr rückt auch die Option für den SPNV ein Stück näher.

Ich beantrage die Überweisung unseres Antrages in den Wirtschaftsausschuß, um ihn dort abschließend beraten zu können

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. von Hielmcrone.

Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Natürlich kann man die mögliche Nutzung des Gleises von Niebüll nach Tondern durch Güterwagen dänischer Betriebe im Raum Tondern nur begrüßen und unterstützen - und das aus zwei Gründen. Jede Tonne, die nicht über die Straße rollt, sondern mit Güterwagen der Bahn transportiert wird, ist zu begrüßen und ist eine gute Tonne. Wichtig ist sicherlich auch, daß die Strecke

nach Norden nicht in Vergessenheit gerät und wir eine Option für eine neuerliche Nutzung bestehender Infrastruktur aufrechterhalten. Denn wir wissen nicht, ob wir diese Trasse nicht eines Tages wieder benötigen, nämlich dann, wenn der Schienenverkehr durch die Belte-Sund-Querung so zunehmen wird, daß wir an der Westküste eine Entlastungsmöglichkeit brauchen.

So ist es derzeit aber nicht; und ob es so weit kommen wird, wissen wir nicht. Bis dahin gilt bis auf weiteres, was der dänische Verkehrsminister bei dem Besuch der SPD-Landtagsfraktion im Folketing im September auf meine Nachfrage mitgeteilt hat, nämlich daß von dänischer Seite an einer Wiedereröffnung kein Interesse bestehe. Er fügte hinzu: „Und wenn Sie das wollen, dann sollen Sie das auch gern selbst bezahlen.“

Wenn sich jetzt die Möglichkeit zeigt, daß das vorhandene Gleis von der NVAG genutzt wird, um Güterwagen in Tondern abzuholen und sie dort hinzubringen, dann sollten wir das begrüßen und, so möglich, auch unterstützen. Aber mehr als eine Art Industriegleis kann diese Strecke derzeit nicht sein. Das ist aber immerhin etwas und sollte nicht verachtet werden, gerade weil dadurch die Option auf Wiedernutzung aufrechterhalten bleibt.

Eines muß in diesem Zusammenhang aber deutlich und sehr nachdrücklich gesagt werden: Die **Strecke Niebüll - Tondern** ist nicht die Marschbahn; sie war es auch früher nicht. Sie ist nur ein Teilstück der alten Trasse. Damals entstand die Marschbahn übrigens durch einen Zusammenschluß der Marschkommunen als Aktiengesellschaft, um eine Bahn von Altona nach Norden zu bauen.

Es darf auch auf keinen Fall der Eindruck erweckt werden - es stand leider so deutlich wie unrichtig im Antrag -, als solle die Marschbahn jetzt wiedereröffnet werden, als sei sie derzeit geschlossen und tot. Die Marschbahn lebt, und zwar auch in Zukunft.

Die heutige Marschbahn - Anke, du hast meinen Hinweis aufgegriffen: sie heißt nicht Marschenbahn, sondern Marschbahn - ist die Strecke von Altona nach Westerland. Als solche wird sie sogar im Fahrplan ausgewiesen. Die **Marschbahn** ist eine der drei wichtigen Bahnstrecken im Lande, neben der nach Lübeck - Puttgarden und der nach Flensburg. Sie ist Rückgrat der Infrastruktur an der Westküste. Wir müssen sie auf alle Fälle erhalten und fördern. Genau das hat Priorität. Hier muß sich die Westküste über alle Parteien hinweg einig sein - auch in Itzehoe.

In diesem Zusammenhang warne ich ganz eindringlich davor, Gedankenspielerereien nachzuhängen, die von einer ganz anderen Bahnstruktur im Lande ausgehen. Ich meine zum Beispiel die Einstellung des Personenverkehrs auf der Marschbahn und die Anbindung an die Ostmagistrale über Stichbahnen: Westerland und Niebüll nach Flensburg und Husum nach Jübek. Wer so denkt - es gibt diese Gedanken -, der setzt die Region aufs Spiel und kann solche Ereignisse herbeireden. Die Westküste würde dann in ihrer Einheit, die sich aus den Verkehrswegen ergibt, aufgebrochen und wahrlich abgehängt werden. Die Struktur des Landes würde sich verändern.

Die Marschbahn muß bleiben; sie muß weiterhin eine moderne Bahn sein.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Muß es erstmal werden!)

Sie sollte elektrifiziert werden; sie sollte stark gemacht werden. Das will auch die Regierung des Landes.

In diesem Zusammenhang weise ich darauf hin, daß wir uns sicherlich auch in diesem Hause bald über den im wahrsten Sinne des Wortes schwachen Punkt der Marschbahn werden unterhalten müssen: die Hochbrücke von Hochdonn, die derzeit im übrigen - auch das sollte zu dem Antrag noch gesagt werden - für schwere Güterzüge gar nicht geeignet ist. Eine zweite Kanalbrückendiskussion werden wir uns sicherlich nicht ersparen können.

Deswegen noch einmal: Oberste Priorität für uns alle an der Westküste muß die Stärkung und Erhaltung der Marschbahn haben,

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

dann die Beschleunigung der Strecke Husum - St. Peter-Ording. Sicherlich ist auch die Strecke Niebüll - Flensburg wichtig, aber auf gar keinen Fall als mögliche Ersatztrasse für eine schnelle Zugverbindung Hamburg - Westerland. Auch diese Gedanken gibt es. Erst danach kommt die Strecke nach Tondern.

Ich bitte Sie alle, vor allen Dingen die Abgeordneten an der gesamten Westküste zwischen Elmshorn und Sylt: Lassen Sie uns alle für die heutige Marschbahn eintreten. Ohne sie wären Meldorf und Heide, Husum und Bredstedt abgehängt und auf das schwerste getroffen. Aber auch Itzehoe, Niebüll und Westerland würden massiv leiden.

Wenigstens in diesem Punkt sollten wir uns einig sein und keine Mißverständnisse aufkommen lassen. Kümmern wir uns um diese Strecke; sie darf nicht ins Gerede kommen, auch nicht durch falsche Bezeichnungen. Aber wir dürfen auch nicht vergessen, daß wir die Option nach Norden offenlassen sollten.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ob nun Marschenbahn oder Marschbahn; wir wissen jedenfalls durch diesen Beitrag, um welche Strecke es sich handelt.

(Heiterkeit - Gerhard Poppendiecker [SPD]: Aber wir wollen doch korrekt sein!)

Das können wir ja in einer Volksabstimmung klären.

Das Wort hat Herr Abgeordneter Kayenburg.

Martin Kayenburg [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir drei Vorbemerkungen. Wenn hier keiner der Kollegen aus Nordfriesland redet, mögen Sie dem beimessen, daß wir eine überregionale Bedeutung dieses Antrages und der Eröffnung der Strecke Tondern - Niebüll sehen.

(Beifall der Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Heinz Maurus [CDU] - Holger Astrup [SPD]: Sehr geschickt!)

Zweite Vorbemerkung! Ich kann sicherlich nicht so schön „Tønder“ sagen wie Sie, werde mich auch bemühen, Herr Präsident, nicht „Marschenbahn“, sondern „Marschbahn“ zu sagen. Aber, Frau Spoorendonk, wir werden Ihrem Antrag zustimmen.

Dritte Vorbemerkung! Wenn hier von Itzehoe die Rede war, möchte ich sagen, daß wir es gern gesehen hätten, wenn die von der DB AG jetzt abgebaute Strecke Itzehoe - Wrist erhalten geblieben wäre; denn das wäre auch ein Ring im Nahverkehr gewesen. Leider haben wir uns da nicht durchsetzen können.

Nun komme ich aber zu Ihrem Antrag. Es handelt sich zwar nur um ein kleines Teilstück der Strecke, die wir auch in unserem Landtagswahlprogramm von 1996 als aufrechterhaltungswert gesehen haben, und wir haben auch darin die Elektrifizierung der Strecke Hamburg -

Heide - Niebüll bis Esbjerg gefordert. Vielleicht ist ja Ihr Antrag ein richtiger Einstieg dafür, Frau Spoorendonk.

Die Forderung entspricht auch dem Verkehrskonzept Westküste, das wir hier im Haus behandelt haben. Herr Dr. von Hielmcrone hat damals in einem Debattenbeitrag kritisch hinterfragt, ob die Bahnstrecke Tondern - Esbjerg tatsächlich gebraucht würde, weil aus Ihrer Sicht dann möglicherweise Risiken für die Elektrifizierung entstehen könnten. Ich habe nun Ihrem Beitrag entnommen, daß Sie - ich hatte das vermutet - den Antrag des SSW unterstützen werden, so daß wir hier also einen parteiübergreifenden Konsens zustande bekommen werden.

(Beifall der Abgeordneten Helmut Plüschau [SPD] und Gerhard Poppendiecker [SPD])

Im übrigen hat Minister Steinbrück auch presseöffentlich gesagt, daß er die **Marschbahn** hegen und pflegen wolle.

(Beifall der Abgeordneten Silke Hars [CDU])

Insofern wird das allgemeine Anerkennung finden.

Allerdings ist die Forderung auch vor dem Hintergrund der Haushaltslage zu prüfen. Ich meine hier die Haushaltslage des Landes. Das heißt, daß eine Unterstützung im Genehmigungsverfahren und als Vermittler in Gesprächen mit der DB AG, mit der DSB und mit den anderen Partnern sicherlich berechtigt und erfüllbar sein wird. Die Möglichkeiten einer öffentlichen Finanzierung erkennen wir jedoch zur Zeit nicht.

Bevor die Unterstützung beginnen kann, muß allerdings überprüft werden, welcher Bedarf denn auf der **dänischen Seite** besteht und ob die Rentabilitätsberechnung auch eine **Wirtschaftlichkeit** sicherstellt. Noch ist auch die Prüfung nicht abgeschlossen, ob auf deutscher Seite alle erforderlichen Genehmigungen erteilt werden. Hier ist ebenfalls die Unterstützung des Landes gefordert.

Bevor also weder Daten über das künftige Frachtverkehrsaufkommen vorliegen - es müssen keine genauen Daten sein, aber mindestens geschätzte Daten - und der Bedarf nicht nachprüfbar bewiesen ist, dürfte es zu früh sein, die Idee schon jetzt als durchführbar anzusehen, auf der gesamten Strecke eine

Frachtverkehrsverbindung aufzubauen; denn Grundlage dieser Idee war ja wohl lediglich die Erfahrung mit der Blockade durch die dänischen LKW im vergangenen November. Damals sind spontan Güter auf die Schiene umgeleitet worden. Innerhalb weniger Stunden ist es damals gelungen, Genehmigungen für eine Zugverbindung für Fracht zu erhalten. Diese Flexibilität hat offenbar die dänischen Versender beeindruckt, und aufgrund dieser Erfahrung ist auch die Überlegung geboren worden, die Strecke generell wieder für eine Frachtverbindung auszubauen, nachdem sich die DSB in diesem Bereich ja vom Frachtverkehr verabschiedet hatte.

Die privaten Initiativen haben bei der Blockade eine hohe Flexibilität bewiesen, und diese große Flexibilität messen wir auch heute einem privaten Unternehmen wie zum Beispiel der Nordfriesischen Verkehrsbetriebe AG in Niebüll zu. Insofern vermuten wir auch Vorteile gegenüber den Staatsbahnen.

Außerdem liegen auch bei den Interessenten, also bei der NVAG, Erfahrungen im Personenverkehr auf dieser Strecke vor, so daß auch von daher die Erfolgsaussichten als gut zu bezeichnen sind.

Schwierig wird es nach unseren Erkenntnissen sein, die 20 verschiedenen Beteiligten zusammenzubinden und Einvernehmen unter den Partnern zu erzielen. Einige sind hier schon genannt worden; ich muß das nicht wiederholen.

Darüber hinaus muß vor allem das sehr umfangreiche Genehmigungsverfahren auf deutscher Seite positiv beschieden werden. Die Ergebnisse sind, soweit wir wissen, Mitte Februar zu erwarten, so daß wir Erfolgsaussichten heute natürlich noch nicht abschließend beurteilen können.

Wir teilen aber die Beurteilung, daß die Strecke Niebüll - Tondern eine realistische Ergänzung zur Ostbahn und eine Alternative bei Verkehrsengpässen sein wird. Sie kann zusätzlich dazu beitragen, das steigende Güteraufkommen zwischen Skandinavien und Mitteleuropa auf die Schiene zu bringen und würde einen positiven Beitrag für die Umwelt bedeuten.

Weitere Chancen erhält die Strecke bei einer Durchbindung bis Esbjerg, das als Verbindungshafen zu Großbritannien eine wesentliche Rolle spielt. Die Initiative ist also durchaus erfolgversprechend. Wir werden Sie unterstützen.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Jürgen Weber [SPD])

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Hentschel.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe mich jetzt gezwungenermaßen auch ein bißchen um die Strecke gekümmert und versucht, mir einen Eindruck zu verschaffen. Ich bin ja grundsätzlich als Eisenbahnfan bekannt, weil ich glaube, daß das sowohl wirtschaftlich als auch verkehrspolitisch ein sinnvolles Verkehrsmittel ist.

Die **Prognosen im Personenverkehr** - so muß man allerdings sagen - sind ernüchternd. Die Bahnstrecke, die Herr Kayenburg genannt hatte, also Wrist - Itzehoe, hat beispielsweise im Vergleich zur Strecke Niebüll - Tondern die zehnfache Prognose. Das muß man einfach sagen. Die Prognosen auf dieser Strecke sind im Personenverkehr so schlecht, daß dann, wenn es nicht insgesamt auf der gesamten Fläche zu einer dramatischen Belebung kommt, die dann natürlich auf die Nebenstrecken wesentlich mehr Lasten bringt, nicht mit einem rentablen Personenverkehr auf der Strecke zu rechnen ist. Das muß man einfach so feststellen.

Das hängt auch damit zusammen, daß im Vergleich zur dänischen Westküste zwischen Esbjerg und der Grenze Nordfriesland beinahe dicht bevölkert ist.

(Heiterkeit und Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es ist so, und von daher ist es natürlich auch schwer, Personenpotential zusammenzubekommen.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dann muß man die Querverbindung nach Flensburg wiederherstellen!)

- Ja.

Als Ausweichstrecke zu der Hauptstrecke, wenn wir zu einer Verdichtung des Verkehrs kommen, ist das etwas anderes. Darüber kann das eine Bedeutung haben.

Ich bin in jedem Fall dafür, daß die Option aufrechterhalten wird. Die Option steht ja auch nicht im

SPNV 2010, weil man glaubt, daß man 2010 Personenverkehr betreibt, sondern die Option steht schlicht darin, weil man unter politischen Gesichtspunkten sagt, eine solche Strecke über die Grenze hinweg muß man einfach erhalten und sehen, was die Zukunft bringen wird. Es ist nämlich sehr schwer, hinterher wieder eine Strecke zu bekommen.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Martin Kayenburg [CDU])

Aber ich sehe das relativ realistisch.

Die aktuelle Diskussion ist natürlich nicht dadurch ausgelöst worden, daß jetzt das große Interesse besteht, den Betrieb wieder fortzuführen, sondern ist schlicht dadurch ausgelöst worden, daß die Dänischen Staatsbahnen leider - so sage ich einmal - den Betrieb an der Ostküste ganz einstellen wollen, was den Güterverkehr betrifft, und daß da die Unternehmen, die gern noch **Güter** befördern wollen, natürlich auf die Idee gekommen sind, sich zusammenzuschließen. Sie haben mit der Nordfriesischen Verkehrs AG geredet, und wenn sie schon mit der Nordfriesischen Verkehrs AG Niebüll reden, dann ist es natürlich auch sinnvoll, weil sie eh über die Grenze fahren muß, auf der Strecke auch Güterwagen zieht. Das ist die Idee, die dahinter steht.

Das wird im Moment durchgerechnet, und wenn dabei etwas herauskommt, ist das natürlich sinnvoll und in jedem Fall positiv. Es ist allerdings relativ schwer zu glauben, daß man dort große Erwartungen hegen könnte. Ich sehe also auch das sehr pragmatisch.

Aber ich kann mir vorstellen, wenn sich entsprechende Betriebe zusammenfinden und sagen, wir lassen dort ein paar Züge fahren - die Nordfriesische Verkehrs AG ist ja ein relativ kleines Unternehmen, das relativ flexibel ist -, mag das in Zeiten, in denen Kapazitäten frei sind, sinnvoll sein. Die Strecke ist in keinem guten Zustand, wurde mir von der Nordfriesischen Verkehrs AG gesagt; sie ist nur langsam befahrbar, aber sie ist befahrbar. Die Gesellschaft fährt dort jedes Jahr drei-, viermal und betreibt zum Teil auch touristischen Personenverkehr.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Sie sagen uns doch nichts Neues!)

Insofern eignet sich also die Strecke, darauf gelegentlich Güter zu transportieren. Ein wesentlicher Ausbau würde etwa 10 Millionen DM kosten, wurde

mir gesagt. Das dürfte sich im Moment nicht realisieren lassen.

Das sind die Ergebnisse meiner Recherchen zu diesem Thema.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Aschmoneit-Lücke.

Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Kollegin Spoorendonk, Ihr Antrag stößt auf allgemeine Begeisterung und Zustimmung. Deshalb will ich gar nicht lange dazu sprechen. Auch unsere Zustimmung haben Sie zu diesem Antrag. Herr Astrup, ich weiß, daß Sie das sehr bedauern.

Ich möchte allerdings auf zwei Aspekte hinweisen, die bei Herrn Kayenburg sehr deutlich geworden sind, aber auch bei allen anderen Vorrednern zumindest angeklungen sind: Bei aller Begeisterung für die **Schiene**, die wir - wie gesagt - teilen, und bei aller Notwendigkeit, jede Alternative, die vorhanden ist, in die Überlegungen mit einzubeziehen, dürfen wir uns auch in diesem Fall nicht davon verabschieden, daran zu denken, ob die Dinge wirtschaftlich sind und wie sie zu finanzieren sind.

Wenn sich tatsächlich private Betreiber zusammentun und dann anhand der von ihnen vorgenommenen Berechnungen sagen, daß das wirtschaftlich ist und daß sie es machen, kann man das selbstverständlich nur begrüßen. Wenn sie aber sagen, das Land soll fördernd zur Seite stehen, möchte ich ganz deutlich folgendes sagen: Sicherlich sollten wir solche Initiativen wohlwollend begleiten und jede ideelle Unterstützung gewähren, aber die Tatsache, daß die **notwendigen Investitionen**, die schon angesprochen worden sind, in der derzeitigen Situation vom Land nicht geleistet werden können, muß auch denjenigen klar sein, die diese Initiative in Gang gesetzt haben.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Herr Minister Steinbrück.

Peer Steinbrück, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst einmal bin ich sehr dankbar für die Klarstellung, daß es sich um die Marschbahn und nicht um die Marschenbahn handelt. Ich bin allerdings strikt gegen jede weitere Verkürzung um einen einzigen Buchstaben.

(Heiterkeit und vereinzelter Beifall)

Frau Spoorendonk, es folgt eine zweite Klarstellung: Wir reden gar nicht über die Marschbahn, sondern wir reden über die konkrete **Strecke Niebüll - Tondern**. Das, was Vorredner teilweise vor mir ausgeführt haben, möchte ich aus der Position der Landesregierung auch noch einmal bekräftigen: Wir haben ein deutliches und massives Interesse nicht nur am Erhalt, sondern auch am Ausbau der Marschbahn. Das ist übrigens eine Strecke, mit der die DB AG gutes Geld verdient. Das ist das, was man als eine „Cash-Cow“ bezeichnet.

(Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Deshalb sehe ich auch das Interesse der DB AG selbst an dem Erhalt und dem Ausbau dieser Strecke, was übrigens sehr konkret stattfindet. Wir sind dabei, sie weiter bis Itzehoe zu elektrifizieren. Das stagniert im Augenblick etwas, weil es eine Reihe von Landwirten gibt, die wegen Bahnübergängen und Rechtspositionen, die sie verteidigen, Einspruch eingelegt haben. Diese Einsprüche werden wahrscheinlich doch noch dazu führen, daß ein Planfeststellungsverfahren erforderlich ist, obwohl sich alle über die Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit der Elektrifizierung einig sind.

Das Geld ist da. Häufig hat man es mit dem umgekehrten Fall zu tun, daß der Planfeststellungsbeschuß vorliegt, aber kein Geld vorhanden ist. In diesem Fall ist das Geld da, aber kein Planfeststellungsbeschuß.

Nun zu der eigentlichen Strecke Niebüll - Tondern! Frau Spoorendonk, ich bin hoffentlich kurz, aber nicht verletzend. Die Landesregierung ist natürlich an einer **Reaktivierung der Strecke** interessiert. Das reicht aber noch nicht dafür aus, daß sich dort auch etwas tut, sondern die entscheidende Voraussetzung ist, daß es ein **verkehrliches und wirtschaftlich tragfähiges Konzept** gibt. Wenn es denn in Bestätigung und Fortsetzung zu dem, was Frau Aschmoneit-Lücke sagt, Private gibt, ist die Landesregierung zu allen Taten und

Aktivitäten bereit, um diese Privaten dabei zu unterstützen.

Sie und ich wissen, daß es längst eine Markterkundung gegeben hat - Herr Hentschel hat schon ganz richtig die Ergebnisse in den Vordergrund gestellt -, in der sich sowohl das Personenaufkommen als auch das Güteraufkommen und insbesondere auch die notwendigen Kosten - Bauinvestitionen wie auch die Wiederherrichtung von einschlägigen Sicherungsanlagen - in einer Dimension von über 10 Millionen DM bewegen. Bei einem **Personenverkehrspotential** von nur 340 grenzüberschreitenden Pendlern sage ich Ihnen voraus, daß dies keiner wirtschaftlich wird betreiben können.

Das war auch das Ergebnis meiner Gespräche mit dem damals noch amtierenden dänischen Verkehrsminister Jan Trøjborg. Er ist inzwischen nach der Kabinettsumbildung in Kopenhagen Industrieminister geworden. Es gibt auch ein deutlich bekundetes Desinteresse des dänischen Verkehrsministers und der DSB.

Insofern lautet das Fazit: Wenn es jemanden gibt, der so etwas in Angriff nehmen will und der dies mit der konkreten Hoffnung und Perspektive verbindet, er könnte dabei eine gute schwarze Zahl verdienen, was ihm von Herzen gegönnt sei, ist die Landesregierung zu allen notwendigen, unterstützenden Maßnahmen bereit, aber nicht mit Geld. Wir haben das Geld nicht, oder das Geld, was wir haben, werden wir auch nach Abschluß der Prüfung der Landesweiten Verkehrsservicegesellschaft in Anlehnung an das, was Herr Hentschel schon ausgeführt hat, wahrscheinlich für andere Prioritäten nutzen müssen, die eher in die Kategorie der Wirtschaftlichkeit oder in ganz andere Zahlengerüste hineinkommen.

Insofern halte ich den Ansatz der LVS für richtig, daß diese Strecke als Option vorgeschlagen worden ist, wobei Option bedeutet, daß sich damit nicht automatisch eine kurzfristige Realisierbarkeit verbindet, aber Option heißt, daß alle gegenläufigen Aktivitäten unterbleiben sollen, die es eines Tages buchstäblich verbauen oder verschlagen könnten, eine solche Revitalisierung oder Reaktivierung der Strecke wieder in Angriff zu nehmen. Ich glaube, das ist der richtige Ansatz.

(Beifall)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk für einen Kurzbeitrag.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es handelt sich wirklich nur um einen ganz kurzen Beitrag. Wir alle wissen, daß es schwierig ist, so etwas umzusetzen, aber der Anlaß ist das, was Herr Kollege Kayenburg schon sagte: Es hat großes Interesse bei privaten Anbietern gegeben. Das ist der aktuelle Stand. Wie Sie wissen, gibt es an der Westküste bei Tønder auch große Firmen. Ich nenne als Beispiel die große Firma Hartmann, die Eierkartons und sonstige Sachen herstellt. Das ist wirklich eine internationale Firma. Diese Firma erstellt Ökorechnungen. In diese Ökorechnungen wird mit eingerechnet, daß sie für ihre Transporte nicht LKW, sondern die Schiene nutzt. Deshalb ist das Interesse vorhanden.

Ich bin auf jeden Fall dafür, daß wir in erster Linie das ausloten, was für den Güterverkehr möglich ist. Wir können natürlich nicht alles erreichen - heute schon gar nicht -, aber man kann vielleicht in kleinen Schritten weiterkommen. Das ist mein Anliegen.

(Vereinzelter Beifall)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit schließe ich die Beratung. Es ist abschließende Beratung im zuständigen Fachausschuß beantragt, Frau Kollegin Spoorendonk.

(Holger Astrup [SPD]: Das geht nicht!)

- Herr Hentschel, würden Sie bitte den Blick auf Frau Spoorendonk freigeben?

Abschließend können wir nicht beraten.

(Anke Spoorendonk [SSW]: Das ist mir klar!)

Also soll eine Beratung im Wirtschaftsausschuß stattfinden. Wer der Überweisung zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 4 auf:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Landesblindengeldgesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/455

Ich erteile das Wort zur Begründung der Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales.

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Seit über 25 Jahren erhalten auch die sogenannten Zivilblinden ein einkommens- und vermögensunabhängiges Landesblindengeld. Das Blindengeld soll blindheitsbedingte Mehraufwendungen ausgleichen.

Die Zahl der Blinden, die einen Anspruch auf diese Leistung haben, hat sich von 2500 in den Jahren 1971/72 auf heute 5335 erhöht. Die Leistungen des Landes belaufen sich auf rund 60 Millionen DM jährlich.

Auslöser für die geplante Gesetzesänderung war die Einführung der Pflegeversicherung. Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen des SGB XI haben auch Blinde Ansprüche auf Leistungen der Pflegeversicherung.

Die Leistungen der häuslichen Pflege führen dazu, daß in gewissem Maß der blindheitsbedingte Mehraufwand gemindert wird. Damit erfüllen die häuslichen Pflegeleistungen zumindest teilweise den gleichen Zweck wie das Landesblindengeld. Deshalb ist das wesentliche Ziel der Gesetzesänderung die **Anrechnung der häuslichen Pflegeleistungen** nach dem SGB XI **auf das Blindengeld**.

In vielen anderen Bundesländern sind die entsprechenden Gesetze bereits früher geändert worden, aber wir haben ebenso wie Hamburg und Nordrhein-Westfalen mit dieser Gesetzesänderung gewartet, weil auch eine entsprechende **Änderung des Bundessozialhilfegesetzes** - es geht um den § 67 - anstand, die erst zum 1. August 1996 in Kraft getreten ist. Wir haben uns mit der jetzt vorzunehmenden Änderungsregelung danach gerichtet.

Wenn wir das nicht getan hätten, hätte eine isolierte Änderung des Landesblindengeldgesetzes dazu geführt, daß Blinde die im Rahmen des

Blindengeldgesetzes anzurechnenden Beträge möglicherweise aus Sozialhilfe erhalten hätten, also die Blindenhilfe nach BSHG. Das wäre auf Kosten der Kommunen gegangen, und das wollten wir verhindern.

Der Gesetzentwurf der Landesregierung sieht eine **einheitliche 50prozentige Anrechnung** des Pflegegeldes für häusliche Pflege nach dem Pflegeversicherungsgesetz vor, unabhängig von der Pflegestufe. Das gilt im übrigen auch bei dem Bezug von Sachleistungen. Da wird das Pflegegeld, die reine Geldleistung, zur Grundlage der Anrechnung gemacht und nicht etwa die geldlich höhere Sachleistung. Mit der Möglichkeit einer 70prozentigen Anrechnung wird der durch das Bundesgesetz eröffnete Höchstsatz deutlich unterschritten.

Die Mehrheit der Bundesländer hat sich, im Unterschied zu unserem Entwurf, für eine gestufte Anrechnung entschieden. Nach der sogenannten Münchener Regelung erfolgt eine 60prozentige Anrechnung in Pflegestufe I, und bei Vorliegen der Pflegestufen II und III werden 40 % der Leistungen der Pflegestufe II angerechnet. Wir haben uns für eine andere **Regelung** entschieden, die **unabhängig von der Pflegestufe** ist. In den meisten Fällen sind die blindheitsbedingten Mehraufwendungen nicht von den Faktoren abhängig, die bei der Einstufung nach der Pflegeversicherung eine Rolle spielen. Aus unserer Sicht ist deshalb eine Ungleichbehandlung nicht gerechtfertigt, im Gegenteil, sie kann dazu führen, daß Menschen den durch die Blindheit bedingten Mehraufwand gar nicht mehr in Anspruch nehmen können, weil sie körperlich dazu nicht in der Lage sind. Sie hätten dann gegenüber denen, die das noch könnten, einen Vorzug, von dem sie letztlich selber gar nichts haben, wenn man einmal von den Kindern und Anverwandten absieht, die vielleicht etwas davon hätten.

Von der neuen Anrechnungsregelung werden schätzungsweise 1500 Blinde, also 25 % der Blinden in Schleswig-Holstein, betroffen sein. Diese Neuregelung bedeutet für die Betroffenen in der Regel keine Schlechterstellung gegenüber dem vor dem Inkrafttreten der Pflegeversicherung geltenden Recht. Vor der Pflegeversicherung erhielten Blinde neben dem Blindengeld keine Leistungen der häuslichen Pflege wegen Blindheit. Lagen andere Ursachen für eine Pflegebedürftigkeit vor, dann wurde das Blindengeld zu 70 % auf das Pflegegeld angerechnet.

Zu dem Gesetzentwurf sind der Blindenverein, die Bürgerbeauftragte und der Landesbeauftragte für

Menschen mit Behinderung sowie die kommunalen Landesverbände gehört worden. Die Bürgerbeauftragte und auch der Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderung vertraten die Auffassung, daß eine Zweckidentität der häuslichen Pflegeleistungen und des Landesblindengeldes nur in Höhe von 20 bis 30 % vorliegt. Dieser Argumentation konnten wir nicht folgen. Dem steht auch die in § 67 BSHG getroffene Regelung entgegen. Der Blindenverein hat die 50prozentige Anrechnung nicht gerade freudig begrüßt, aber - ich denke, so kann man sagen - akzeptiert. Er hat darüber hinaus noch einige wertvolle Anregungen gegeben, die dazu beitragen können, das **Verhältnis von Landesblindengeld und Blindenhilfe** nach dem BSHG besser auszugestalten. Dem dienen auch einzelne Veränderungen, die wir in diesem Gesetzentwurf vorschlagen.

Ich denke, wir werden in der Ausschußberatung Gelegenheit haben, diese unterschiedlichen Einschätzungen und Interessenlagen angemessen zu erörtern. Dazu gehört auch ein Vorschlag der kommunalen Landesverbände, die die seinerzeit vorgenommene zehnprozentige Kürzung des Landesblindengeldes, soweit sie zu Lasten der Kommunen gegangen ist - das sehen die Kommunen ganz anders als wir -, ausgleichen möchten, indem sie bei dieser Gesetzesänderung sagen, daß 10 % des Grundbetrages der Blindenhilfe von dem anzurechnenden Betrag abzuziehen seien. Ich will hier nicht weiter ins Detail gehen, um Sie nicht zu verwirren. Das können wir besser im Ausschuß erörtern.

Zum Abschluß lassen Sie mich erwähnen, daß nach dem Gesetzentwurf zukünftig zum **Nachweis der Blindheit** die **Versorgungsverwaltung** eingeschaltet werden soll. Ich denke, das ist ein wichtiger Schritt, der auch in den Gesprächen mit dem Blindenverband erörtert worden ist. Mit dieser Regelung waren alle Beteiligten einverstanden. Wir und die Betroffenen versprechen uns davon ein höheres Maß an Gerechtigkeit und Vergleichbarkeit. Das bedeutet auch ein Stück Verwaltungsvereinfachung für die eingeschalteten Behörden in diesen Verfahren.

In diesem Sinne wünsche ich mir eine rasche und effektive Ausschußberatung, damit wir das Gesetz möglichst bald hier im Landtag verabschieden können. Es ist natürlich auch vor dem Hintergrund der Haushaltsberatungen, die wir zu führen haben, nicht ohne Bedeutung, sparen wir doch mit dieser neuen Anrechnungsregelung, ohne daß sie auf Kosten der Menschen geht, für den Landeshaushalt einige Millionen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich eröffne die Grundsatzberatung. Das Wort hat Herr Abgeordneter Baasch.

Wolfgang Baasch [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wer Landesblindengeld und Leistungen der Pflegeversicherung erhält, muß wissen, daß das Landesblindengeld und die Mittel der Pflegeversicherung zum Teil für einen identischen Mehraufwand durch die bestehende Behinderung gezahlt werden. Deshalb ist es notwendig, nicht additiv finanzielle Leistungen draufzulegen, sondern eine **Anrechnung der häuslichen Pflegeleistung auf das Pflegegeld** vorzunehmen.

Der Gesetzentwurf sieht eine einheitliche 50prozentige Anrechnung der häuslichen Pflegeleistung, unabhängig von der Pflegestufe, vor. Von dieser Anrechnung sind etwa 25 % der zirka 6000 blinden Menschen in Schleswig-Holstein betroffen. Diese Betroffenen werden aber nicht schlechtergestellt als vor Inkrafttreten der Pflegeversicherung.

Die Akzeptanz des Blindenvereins ist bemerkenswert. Wir wollen die Anregungen und Überlegungen des Blindenvereins, der Bürgerbeauftragten und des Beauftragten für Menschen mit Behinderung intensiv in unseren weiteren Beratungsprozeß einbeziehen. Gerade die Auswirkungen der vorgeschlagenen Regelungen auf die Situation mehrfach behinderter blinder Menschen sollten wir eingehend prüfen. Durch die **50prozentige Anrechnung** wird der Grundsatz, daß Sozialleistungen für behinderte Menschen auch ein Stück Nachteilsausgleich sind, nicht aufgehoben.

In der weiteren Diskussion wird unser Augenmerk darauf liegen, das zukünftige Landesblindengeldgesetz so zu gestalten, daß es erstens einfach handhabbare Regelungen gibt, daß zweitens keine ungünstigeren Situationen geschaffen werden als vor Einführung der Pflegeversicherung und daß drittens keine neuen Ungerechtigkeiten entstehen können. Wir werden uns bemühen, in den Ausschußdebatten darauf zu achten. Mit diesem Vorsatz können wir das Landesblindengeldgesetz zügig bearbeiten.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Hunecke.

Gudrun Hunecke [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muß zugeben, daß es nicht leicht fällt, die Tatsache anzuerkennen, daß es offensichtlich vor dem Hintergrund der schwierigen finanziellen Lage des Landes notwendig zu sein scheint, dieses **gegenseitige Abrechnungsverfahren** von gesetzlichen Leistungen für behinderte Menschen vornehmen zu müssen. Frau Ministerin, Sie haben zwar eben noch einmal betont, daß die Betroffenen nicht schlechtergestellt seien, als sie es waren, bevor die Pflegeversicherung in Kraft trat. Trotzdem muß ich sagen, daß die Pflegeversicherung, die jetzt für diese Menschen greift, nicht umsonst oder doppelt gezahlt wird. Sie hat auch ihren Sinn. Man kann es zwar so auszudrücken, wie Sie es getan haben, aber wenn man es hinterfragt, haben diejenigen, die etwas aus der Pflegeversicherung bekommen haben, das auch nötig, und es steht ihnen auch zu.

Es bleibt offensichtlich nichts anderes übrig, als auf die gesetzliche Möglichkeit im BSHG zurückzugreifen und für die behinderten Menschen das einzuführen, was eben vorgeschlagen wurde. Es sieht so aus, daß auch die CDU-Fraktion Ihrem Gesetzentwurf zustimmen wird. Da spielen viele Gründe, auch Vernunftgründe eine Rolle.

Mir ist es jedoch wichtig, im Ausschuß einmal zu hören, wie Sie die 50 % berechnet haben. Geht es dabei um den Ansatz, daß das so kompatibel ist, oder haben Sie gesagt, Sie bräuchten 6,8 Millionen DM - so der Ansatz -, und haben Sie es dann so hingerechnet?

Ich möchte die **Berechnungsunterlagen** exakt erläutert bekommen. In Ihrer Begründung schreiben Sie, daß Sie Hochrechnungen in zwei Kreisen angestellt haben. Da stellt sich die Frage, ob das wirklich repräsentativ ist. Ein weiterer Punkt, den Sie in Ihrer Rede schon haben anklingen lassen - ich zitiere aus Ihrer Begründung -: „Nach den Erfahrungen der Praxis wird angenommen, daß eine Anrechnung von 50 % der Pflegeleistungen den Anteil der Blindheit an den Ursachen der Pflegebedürftigkeit und den blindheitsbedingten Pflegeaufwand angemessen berücksichtigt.“ - Dazu möchte ich die Betroffenen einmal selber hören.

Außerdem bitten wir um Erläuterung der lapidaren Feststellung in der Begründung des Gesetzentwurfs,

daß eine **gestaffelte Anrechnung**, die eine höhere Pflegebedürftigkeit begünstige, sachlich nicht zu begründen sei. Ich gebe zu, daß mir zunächst eigentlich der umgekehrte Fall sachlich begründeter zu sein scheint. An dieser Stelle müssen wir noch einmal nachdenken.

Wenn uns diese und andere Fragen im Ausschuß erläutert werden und wir vielleicht einige Betroffene zum Gesetzentwurf anhören, werden wir dem Gesetzentwurf wohl zustimmen, vorbehaltlich der Beantwortung der von mir aufgeworfenen Fragen.

(Beifall)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Böttcher.

Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach den ganzen Vorrednerinnen und Vorrednern bleibt einem in der Sache nicht mehr viel zu sagen. Im Kern werden alle Fraktionen diesem Gesetzentwurf zustimmen müssen, weil er richtig ist. Die Diskussionsrunde wird im Ausschuß stattfinden müssen.

Wir werden sicherlich einige Fragen stellen und uns mit dem Grundproblem auseinandersetzen müssen, daß es nicht mehr darum geht, immer mehr gerecht zu verteilen, sondern darum, daß wir immer weniger gerecht zu verteilen haben. Die Mittel sozial und gerecht zu verteilen, das wird das Problem sein. Wir werden uns im Ausschuß alle Mühe geben, dieses Ziel zu erreichen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Aschmoneit-Lücke.

Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der vorliegende Gesetzentwurf zur Änderung des Landesblindengeldgesetzes ist eine folgerichtige und notwendige **Konsequenz** aus der **Reform des Sozialhilferechtes** vom 23. Juli 1996. § 67 BSHG wurde um eine Anrechnungsregelung für Leistungen

nach dem SGB XI erweitert, also um Leistungen aus der Pflegeversicherung. Nach § 67 Abs. 1 Satz 2 sind die Blindenhilfeleistungen bei häuslicher Pflege nach dem SGB XI mit 70 % anzurechnen. Hintergrund dieser Regelung ist die teilweise Zweckidentität der Leistungen in der häuslichen Pflege nach dem Pflegeversicherungsgesetz und der Blindenhilfe.

Der Gesetzentwurf der Landesregierung sieht eine Anrechnung von 50 % vor und bleibt damit deutlich unter den Möglichkeiten des BSHG. Ich sage an dieser Stelle ganz deutlich: Ich begrüße, daß damit eine sozialpolitisch ausgewogene und vertretbare Lösung gefunden wurde. Natürlich könnten wir heute in einen Wettstreit über die **Anrechnungssätze** treten. Allerdings bin ich davon überzeugt, daß das weder der Sache dienlich noch angesichts dessen, was uns hier als Entwurf vorliegt, angemessen wäre.

Frau Ministerin, Sie haben das Thema der Ungleichbehandlung beziehungsweise der **Staffelung nach Pflegestufen** angesprochen. Selbstverständlich tut sich hier zunächst eine Frage auf, Frau Kollegin Hunecke. Die heutige Argumentation der Frau Ministerin zu diesem Punkt hat mich sehr überzeugt. Natürlich werden wir diese Frage im Ausschuß weiterbehandeln. Ich fand die Erklärung von Frau Moser hierzu jedoch ausgesprochen überzeugend und logisch.

Ich glaube, daß sich keiner von uns in die Lage eines Menschen versetzen kann, neben dem Schicksalsschlag der Pflegebedürftigkeit auch noch blind und immer, in seinem ganzen Leben, auf die Hilfe Dritter angewiesen zu sein. Ich jedenfalls - das will ich ganz deutlich sagen - vermag mir das nicht vorzustellen. Bei der Sensibilität dieses Bereiches ist es natürlich ganz besonders schwer - das dürfte uns allen so gehen -, mit nüchternen Zahlen zu operieren und einfach nur Rechenbeispiele anzustellen, vor allen Dingen dann, wenn viele Betroffene fürchten, durch die Neuregelung schlechtergestellt zu werden.

Schon im Sommer letzten Jahres, als die Reform des Sozialhilferechtes verabschiedet wurde, erreichten mich hierzu zahlreiche Anfragen sehr besorgter Bürgerinnen und Bürger. Eine Schlechterstellung gegenüber dem vor Inkrafttreten der Pflegeversicherung geltenden Recht muß auf jeden Fall vermieden werden. Auch da sind wir einer Meinung.

Frau Ministerin, ich stimme Ihnen zu, daß eine solche Schlechterstellung mit der geplanten **Anpassung des Landesblindengeldgesetzes** an die **neue Rechtslage** voraussichtlich vermieden wird. Daß die Anrechnung

auch bei der Inanspruchnahme von Kombinationsleistungen nach § 38 SGB XI erfolgt, ist nur konsequent. Auch hierfür sind die in der Gesetzesvorlage genannten Gründe zutreffend. Erstens soll der Leistungsberechtigte in seiner Entscheidung zwischen den Leistungsarten nicht beeinflußt werden, und zweitens dienen sowohl Sach- als auch Geldleistungen demselben Zweck, der Sicherung der bedarfsgerechten Versorgung des Pflegebedürftigen.

Bei so viel Übereinstimmung in der Sache gestatten Sie mir zum Schluß allerdings folgenden Hinweis! Frau Ministerin, Sie haben das Thema Einsparen angesprochen, auch Frau Hunecke ist darauf zurückgekommen. Sie haben das mit unterschiedlicher Intention angesprochen. Ich möchte darauf hinweisen - wie erfreulich es bei der finanziellen Lage des Landes auch sein mag -, daß hier zwischen 6 Millionen und 7 Millionen DM eingespart werden und daß diese Einsparung nicht auf eine Sparbemühung der Landesregierung zurückzuführen ist, sondern eine Folge der Anrechnungsregelung ist, die sich durch bundesgesetzliche Änderung ergeben hat. Das nur zur Klarstellung!

(Beifall bei F.D.P., CDU und des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Ich habe große Probleme damit, daß die Unzulänglichkeiten der Pflegeversicherung jetzt auch hier im Lande vermehrt werden sollen. Wir wissen mittlerweile alle, daß Behinderten durch das Sozialgesetzbuch XI Unrecht geschieht. Die Hauptkritik an der **Einbeziehung Behinderter** in die Pflegeversicherung, die wir vom SSW teilen, betrifft die **Aushebelung der Eingliederungshilfe** für manche Behinderte, zu der das neue Sozialgesetzbuch geführt hat.

Jetzt hat uns die Landesregierung einen Gesetzentwurf vorgelegt, der genau den gleichen Effekt hat. Das Landesblindengeld, das die Zielsetzungen des Nachteilsausgleichs und der Eingliederung hat, soll teilweise durch das Pflegegeld beziehungsweise die Pflegesachleistung überflüssig geworden sein. Es wird angeblich durch Leistungen der Pflegeversicherung kompensiert, die bekanntermaßen ihre entsprechende

Zielsetzung der Rehabilitation nicht in erforderlichem Umfang erfüllt und die spezifischen Pflegebedürfnisse Blinder nicht berücksichtigt.

Man könnte natürlich sagen, daß Blinde nicht bessergestellt werden sollen als andere Behinderte. Das wäre aber zu kurz gegriffen. Deshalb möchte ich einmal ganz polemisch sagen: Von einer Landesregierung, die sich auch den Sozialstaat auf die Fahnen geschrieben hat, erwarte ich, daß sie sich nicht auf Bonner Niveau herabläßt. Das Land hat die Möglichkeit, Rahmenvorgaben der Bundesgesetzgebung zu überbieten. Angesichts der Sozialpolitik der noch regierenden CDU/F.D.P.-Koalition kann die minimalistische Politik der Bundesregierung kein Maßstab sein. Ich erwarte daher, daß die Landesregierung im Rahmen ihrer Kompetenzen eine Sozialpolitik führt, wie sie sie propagiert hat.

Das klingt zwar hart, aber es dreht sich hier um den **Abbau** eines Stückes **sozialer Sicherheit**, das wir Menschen in unserer Gesellschaft gewährt haben. Es ist einleuchtend, daß wir bei der momentanen Haushaltslage keine großen Sprünge machen können. Das wissen wir alle. Andererseits finde ich es etwas übereilt, wenn auch wir anfangen, Sozialabbau zu betreiben. Wir sollten uns das gut überlegen.

Im Ausschuß sollten wir uns noch einmal mit den Stellungnahmen der Bürgerbeauftragten und des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung auseinandersetzen; denn auch sie - so haben wir gehört - haben sich mit dieser Problematik und mit dieser Vorlage beschäftigt.

Ich hoffe, daß wir noch im Ausschuß einiges nachbessern können. Trotz der Probleme hoffe ich, daß wir diesbezüglich noch etwas erreichen können.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile das Wort noch einmal Frau Ministerin Moser.

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Für die weitere Beratung im Ausschuß scheint mir auch wichtig, noch einmal darauf hinzuweisen, Frau Kollegin Spoorendonk, daß es sich hier mitnichten um

einen Sozialabbau handelt. Es handelt sich vielmehr um die **Umsetzung** einer **allgemein gültigen Rechtsvorschrift**, geregelt im BSHG. Diese beinhaltet, daß öffentliche Sozialleistungen, die demselben Zweck dienen, gegeneinander zu verrechnen sind. Dieses Prinzip finden wir im gesamten Rechtsbereich, und wir berücksichtigen dies an der Stelle. Insofern finde ich die Kritik an der Landesregierung, in der man sich auf Regierungsverfahren bezieht, sehr ungerecht. Das muß ich schon sagen.

Das Gegenteil ist der Fall. Wir schöpfen den uns gesetzlich gegebenen Rahmen zur Anrechnung und damit zur Einsparung nicht aus, weil wir das nicht für vertretbar halten. Wir schlagen aber die 50prozentige Anrechnung vor, die wir für vertretbar halten. Selbstverständlich muß man über Einzelheiten im Ausschuß reden. Das werden wir auch tun; wir werden dort auch sehr gern all Ihre Fragen beantworten, unsere Hochrechnungen, Schätzungen und Einschätzungen noch einmal vortragen.

Mir ist es wichtig, noch einmal folgendes zu sagen: Der Vorwurf des Sozialabbaus wäre eine falsche Ausgangsposition, um diese Debatte zu führen. Ich bitte Sie, Frau Spoorendonk, nicht mit dieser Haltung in die Ausschußberatungen zu gehen, weil uns das nicht zum Ziel führen wird, wenn wir überhaupt noch etwas verändern und damit verbessern wollen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit schließe ich die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Gesetzentwurf dem Sozialausschuß zu überweisen. Wer diesem Antrag auf Überweisung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Ich stelle fest, daß die Überweisung einstimmig beschlossen worden ist.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 19 auf:

Neuordnung des Jugendvollzugs in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/477

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Dann eröffne ich die Aussprache und erteile das Wort Frau Schwarz.

Caroline Schwarz [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich müßte ich mich bei Ihnen, Herr Minister Walter, sehr herzlich für die Steilvorlage bedanken, die Sie mir mit Ihrer Pressemitteilung vom 17. Januar zum Thema Jugendvollzug in Schleswig-Holstein geliefert haben. Der Inhalt dieser Presseinformation stimmt einfach nicht und ist damit außerordentlich unseriös. Ich nehme zu Ihren Gunsten an, daß Sie die Presseinformation vor der Veröffentlichung nicht gelesen und kontrolliert haben.

Ihre Äußerung zur Trennung von Erwachsenen- und Jugendvollzug zeugt von einer ziemlichen Unkenntnis in bezug auf die **Gegebenheiten** vor Ort bei der **JVA in Neumünster**.

(Holger Astrup [SPD]: Dafür haben wir Sie ja!)

- Herr Astrup, ich möchte Ihnen in dieser Sache ein wenig Nachhilfeunterricht geben.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das ist dringend nötig!)

In Neumünster befindet sich eine Jugendvollzugsanstalt mit 385 Plätzen. Daneben besteht die Jugendstrafanstalt mit 243 Plätzen. Von diesen 243 Plätzen sollen 73 Plätze nach Schleswig verlegt werden. Die Jugendstrafanstalt Neumünster bleibt also bestehen, und zwar mit 170 Plätzen. 243 weniger 73 Plätze macht 170 Plätze.

(Zuruf von der SPD: Ja!)

Das vorgegebene Ziel, den **Jugendvollzug** völlig an einen **anderen Ort** zu verlegen, wird also nach Ihren Plänen nicht verwirklicht. Was Sie durch die Verlegung von 73 Jugendlichen nach Schleswig erreichen, ist, daß es möglich wird, jugendliche und erwachsene Straftäter in Neumünster in verschiedenen Gebäuden und nicht mehr zu zweit in Einzelzellen unterbringen zu müssen. Dieses Ziel wird von uns ohne Wenn und Aber mitgetragen, vor allem nachdem wir bei unserem Besuch in der JVA im Dezember letzten Jahres gesehen haben, in welcher drangvollen Enge - man muß wirklich sagen: menschenunwürdig - die Gefangenen zum Teil untergebracht worden sind.

Dieses gemeinsame Ziel erreichen Sie aber sehr viel schneller, sehr viel unbürokratischer und - ganz wichtig - im Einvernehmen mit der Bevölkerung und inklusive einer räumlichen Trennung - nämlich in einem Extragebäude -, wenn Sie sich unseren Vorschlag zu eigen machen. Dieser Vorschlag lautet: Stellen Sie einen Neubau für 73 Jugendliche an die Stelle, an die der Neubau einer Sporthalle geplant war, aber aus Kostengründen nicht realisiert wurde. Wenn Sie für einen schnellen und humanen Strafvollzug für die jugendlichen Straftäter sind - wie Sie es immer für sich reklamieren, wie es Frau Spoorendonk in unserer Zeitung getan hat und wie das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern -, dann müssen Sie sehr schnell an die konkrete Planung herangehen, an der von uns vorgeschlagenen Stelle einen Neubau zu errichten.

(Beifall bei der CDU)

Auch die anderen vermeintlichen Gegenargumente aus Ihrer Presseinformation, Herr Minister, lösen sich bei näherer Überprüfung in Luft auf. Zuerst zur angeblichen Notwendigkeit, **viergeschossig** bauen zu müssen! Ein **Neubau** an der Stelle, wie wir es uns vorstellen, müßte höchstens **zweigeschossig** sein. Zusätzlich gäbe es die Möglichkeit, eine Sporthalle für die körperliche Ertüchtigung der Gefangenen im unteren Teil zu planen.

(Holger Astrup [SPD]: Unterirdisch!)

Ich habe den Lageplan hier vorliegen und zeige es Ihnen gern hier oder vor Ort; das ist keine Frage. Damit ist Ihr Argument widerlegt.

Ich komme nun zum vorletzten vermeintlichen Gegenargument, was die **Kapazitäten der Ausbildungs- und Werkstattplätze** in Neumünster betrifft. Bei unserem Besuch in der Anstalt konnten wir die wirklich hervorragend ausgestatteten, modernst eingerichteten Werkstätten besichtigen. Wir haben festgestellt, daß die Gefangenen mit einem großen Interesse, mit einem großen Spaß an der Arbeit und im Bewußtsein ihrer einmaligen Chance, einen handwerklichen Beruf zu erlernen, bei der Sache waren. Besonders hat uns das riesige Engagement der Ausbilder beeindruckt, die mit viel Verständnis und mit großer Ruhe ihren Schützlingen eine hervorragende Ausbildung vermitteln. Wir haben aber auch festgestellt - dies wurde uns ebenfalls berichtet -, daß die Kapazitäten ausreichend sind.

Das letzte Argument des Ministers, weswegen die Jugendvollzugsanstalt nur in Schleswig möglich sei,

schlägt dem Faß fast den Boden aus, Herr Minister. Es handelt sich um das **Kostenargument**. Für die Anstalt in Schleswig sind 16 Millionen DM veranschlagt, wobei dieser Betrag nicht nur längst überholt ist - denken Sie an die Inflationsrate -, es fehlen auch viele notwendige Maßnahmen in der Planung, die sehr kostenträchtig sind: Wirtschaftsgebäude, Turnhalle und die Unterhaltung von 44 nur zum Teil genutzten Gebäuden, Erschließungen und vieles andere mehr.

Die Kosten für einen Neubau betragen ausweislich der Antwort des Justizministers auf eine Kleine Anfrage von Thorsten Geißler und mir pro Haftplatz inklusive Infrastruktur zirka 300 000 DM. Eine umfassende Infrastruktur ist in Neumünster schon vorhanden. Insofern würde man außerordentlich großzügig rechnen, wenn man von 150 000 DM pro Haftplatz ausgeht. Dieser Ansatz ergibt dann eine Gesamtsumme von 10 950 000 DM; diese Summe ist wesentlich geringer als die Summe, die für den Bau in Schleswig zu veranschlagen wäre. Herr Minister, wie Sie auf eine Summe von 20 Millionen DM kommen, ist mir völlig schleierhaft.

(Beifall bei der CDU)

Gewaltig zu Buche schlagen würde auf der Einnahmenseite des Landeshaushalts die Veräußerung des zirka 20 ha großen Geländes. Fachleute haben einmal vorsichtig geschätzt, daß bei einem Verkauf dieses Geländes mindestens 13,7 Millionen DM zu erzielen seien. Herr Minister, ist das nicht ein Betrag, der Sie angesichts der riesigen Haushaltslöcher nachdenklich stimmen sollte? Andere Finanzierungsmodelle wie Leasing oder Mieten haben Sie von vornherein abgelehnt, obwohl Ihnen konkrete Angebote vorliegen.

Unser Fazit ist: Der Justizminister hat es versäumt, ergebnisoffen nach Alternativen zu Schleswig zu suchen.

(Beifall bei der CDU)

In einem Interview im „Schleswig-Holstein-Magazin“ am 20. Januar haben Sie gesagt, daß Sie der letzte seien, der nicht zugriffe, wenn ein justizvollzugspolitisch vertretbares Konzept auf dem Tisch läge, das ohne gesellschaftliche Konflikte realisierbar wäre. Herr Minister, dieses Konzept liegt auf dem Tisch. Greifen Sie zu, auch wenn Sie ein Stück liebgeordneter Vorstellungen beiseite legen müssen!

(Beifall bei CDU)

Schließen Sie, Herr Minister, und Sie, sehr verehrte Kollegen von der SPD, vom SSW und vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sich unserem Vorschlag an! Tun Sie das im Interesse der jugendlichen Straftäter, und ermöglichen Sie damit den jungen Gefangenen die umgehende Umsetzung eines humanen Strafvollzuges, räumlich getrennt von den Erwachsenen mit allen Möglichkeiten einer beruflichen Qualifikation und damit eines sinnvollen Vollzugs.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Astrup.

Holger Astrup [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Kollegin Schwarz, ich will mich mit den Inhalten der Pressemitteilung des Ministers nicht beschäftigen.

(Caroline Schwarz [CDU]: Das habe ich gemacht! Das brauchen Sie nicht!)

Ich denke, daß er das selbst tun wird und daß er die Sache mit den Grundrechenarten geraderückt.

Ich will mich auch nicht mit den Einzelheiten Ihrer Rechnung beschäftigen. Sie wissen, daß ich viele Jahre als Vorsitzender des Finanzausschusses mit für den Haushalt dieses Landes verantwortlich war. Das wäre ein bißchen unfair. Deshalb lasse ich es.

Ich möchte auf die Ausgangssituation dessen hinweisen dürfen, worüber wir hier überhaupt reden. In § 91 des **Jugendgerichtsgesetzes** ist sehr deutlich festgehalten, daß die verurteilten Jugendlichen künftig - so heißt es sinngemäß - einen rechtschaffenen und verantwortungsbewußten Lebenswandel zu führen in der Lage sein sollen. Das geht eben nur - wie in § 92 fortgeführt wird -, wenn dieser Jugendvollzug organisatorisch verselbständigt stattfindet, also eine exakte Trennung von Jugendlichen und Erwachsenen erfolgt.

(Caroline Schwarz [CDU]: Das ist in Neumünster möglich!)

- Wenn Sie 1996 in Neumünster waren, ist das richtig und gut; das sollten Sie vielleicht ein bißchen häufiger machen, vielleicht auch ein bißchen eher. Genau das

aber, was Sie hier fordern, ist in Neumünster nicht möglich.

Wir wollen deshalb in **Schleswig** eine **Jugendanstalt** bauen, weil Schleswig-Holstein das einzige Bundesland ist, das derlei noch nicht hat. Ich stehe nicht an zuzugeben, daß wir gemeinsam - damit meine ich die SPD-Fraktionen vor Ort und auch hier - sehr stolz darauf sind, daß wir - 1991/92, nachdem es durch die Neuregelung des KJHG möglich war, daß die örtlichen Träger, wenn sie es denn gewollt hätten, die Landesjugendheime hätten erwerben dürfen, dies aber nicht wollten, nicht getan haben -, die Landes-SPD, die Landesregierung und all diejenigen, die sich ein bißchen über die Zukunft des Geländes und vor allem der handelnden Personen vor Ort - um die hundert herum - Gedanken machen, die Gelegenheit haben beim Schopf greifen können, eine Lösung zu finden, die in den Jugendvollzug pädagogisch ausgebildetes Personal hineinbringen kann. Im Gegensatz offensichtlich zu anderen, die damals genau das gleiche gefordert haben, nämlich die CDU, sind wir noch heute stolz auf diese gefundene Lösung.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Was noch vor der Wahl, im Wahlkampf, 1992 für die CDU gegolten haben mag, gilt für uns heute noch. Sie haben inzwischen - wie jeder weiß - die Pferde gewechselt. Wir sind bei den unsrigen geblieben und bleiben auch dabei.

Wenn in diesem Zusammenhang - ich habe jetzt mehrfach von 1991/92 geredet - beispielsweise durch Ihren Kollegen Fraktionsvorsitzenden in Schleswig der Eindruck erweckt werden soll, hier werde ein Projekt durchgepeitscht -

(Caroline Schwarz [CDU]: So ist es doch!)

so hieß es wohl letzte Woche in der Stadt -, kann ich dazu nur sagen: Bei einem Zeitraum von 1991 bis 1997 von „Durchpeitschen“ zu reden, scheint mir ein wenig an den Haaren herbeigezogen zu sein.

Ich will mich gern etwas näher mit den Argumenten dieses für die CDU-Fraktion offensichtlich sehr wichtigen Wahlkreisproblems beschäftigen

(Caroline Schwarz [CDU]: Herr Kollege, das ist ein Landesproblem!)

und einige Argumente abarbeiten. - Eben drum, Frau Kollegin! Deshalb wundere ich mich, daß Sie das hier so dargestellt haben, wie Sie das getan haben.

(Caroline Schwarz [CDU]: Das Landesparlament ist für Landesprobleme da!)

Wir haben den Vorwurf zu hören bekommen, wir, die Landesregierung und die Fraktionen, hätten nicht nach **Alternativen** gesucht.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Pfui!)

Dies ist falsch und leicht zu widerlegen. Es ist gesucht worden und überlegt worden, ob man beispielsweise Kasernenanlagen - Stichwort Travekaserne in Lübeck -,

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das ist eine Alternative!)

ob man andere Einrichtungen, die zur Verfügung stünden oder gestanden hätten, Einrichtungen der Handwerkskammer, ebenfalls in Lübeck, hätte benutzen können. Fazit: Ein moderner Jugendvollzug ist weder in der einen noch in der anderen sowie auch nicht in zwei weiteren Einrichtungen hier in Schleswig-Holstein möglich.

Ab und an, je nachdem, wie es gerade paßt, kriegen wir das Stichwort „Moltsfelde“ um die Ohren gehauen. Auch bei dem Stichwort „Moltsfelde“ muß man wissen - das sage ich allen, die noch nicht so lange dabei sind -: 1987/88 war von der damaligen CDU-Landesregierung hier in Schleswig-Holstein geplant, in der Nähe von Neumünster ein Gelände auszuweisen, um dort für damals 150 Jugendliche eine Jugendanstalt zu bauen. Damalige Kosten: 50 Millionen DM! Wenn man den Index der letzten zehn Jahre draufrechnet, kann man sich vorstellen, was so etwas kosten würde. Ich bitte also, das Argument Moltsfelde aus dem Blickwinkel zu verlieren.

Ich gehe davon aus - weil Sie den Minister angesprochen haben, will ich mir das ersparen -, daß er auf Einzelheiten zum Stichwort Neumünster eingeht.

Die Kostenvergleichsrechnungen sind das eine. Alle diejenigen **Kostenvergleichsrechnungen**, die uns vorliegen und möglicherweise etwas sorgfältiger gerechnet sind, Frau Kollegin Schwarz, sagen das Gegenteil, nämlich daß eine Einrichtung - wenn man denn eine einrichten könnte - in Neumünster deutlich

teurer würde als das, was in weiten Teilen in Schleswig baulich vorhanden ist.

Ich will einen zweiten Punkt aufgreifen.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter Astrup, erlauben Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Schwarz?

Holger Astrup [SPD]:

Selbstverständlich!

Caroline Schwarz [CDU]: Herr Kollege Astrup, kennen Sie die Drucksache 14/404? - Sicherlich nicht! Das ist eine Kleine Anfrage des Kollegen Thorsten Geißler und von mir, in der gerade die Rede davon ist, daß es keine Vergleichsrechnungen und keine Wirtschaftlichkeitsberechnungen gibt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Pfui!)

Wissen Sie, daß es diese Kleine Anfrage gibt?

- Frau Kollegin Schwarz, selbstverständlich kenne ich die Anfrage von Ihnen beiden aus dem Dezember letzten Jahres - von da stammte sie, glaube ich. Das Problem ist: Wenn ich einen Kostenvergleich anstelle, muß ich zunächst einmal sinnvollerweise Gleiches mit Gleichem vergleichen. Das wäre die erste Maßregel, die man an dieser Stelle anwenden müßte.

In Ihrem Vorschlag, den Sie auf den Tisch gelegt haben - und von dem ich mir nicht vorstellen kann, wie er in Neumünster durchgesetzt werden sollte; ich komme gleich darauf zurück -, vergleichen Sie eben nicht Gleiches mit Gleichem, sondern Sie setzen grundsätzlich ein erheblich verdichteteres Gelände mit einer erheblich verdichteteren Bebauung in Neumünster voraus. Insofern ist es ziemlich unsinnig, dieses miteinander vergleichen zu wollen.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Ich will noch etwas anderes anführen und allen gemeinsam, auch diejenigen, die nicht so dicht an dem Wahlkreis von Frau Schwarz und meinem sind, erläutern, was auch noch dahintersteckt.

Die CDU in Schleswig beispielsweise sagt - Frau Kollegin Schwarz, als Stadträtin sind Sie auch an deren Entscheidungen beteiligt; deshalb will ich es Ihnen nicht ersparen, das hier einfach einmal aufzulisten -, man solle in Schleswig deshalb nicht bauen, weil die **Deliquentennähe** - man beachte das Wort! - nicht gegeben sei. Im August 1996 hieß es, nur acht von 450 Jugendlichen kämen aus dem Kreis. Welch eine Denkweise! „Welch eine Denkweise“, kann ich dazu nur sagen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das stimmt!)

In der Pressemitteilung heißt es weiter, die Fläche sei,

(Zuruf des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU])

weil Sie, Herr Kollege Jensen-Nissen, mit dazu haben beitragen können, daß die Gemeinde Schuby ausgeklinkt ist,

(Peter Jensen-Nissen [CDU]: Darauf bin ich stolz!)

- jeder ist auf das stolz, von dem er glaubt, es verantworten zu können; Sie auf das, ich auf anderes -, die **Fläche** in Schleswig sei durch das Ausklinken von Schuby von 8,8 auf 3,3 ha verkleinert und eine moderne Jugendanstalt mit dörflichem Charakter sei deshalb dort nicht mehr möglich. Aber in Neumünster soll das gehen? Vielleicht denken Sie auch darüber einmal nach.

Es heißt dann weiter, anderenorts - natürlich nicht in Schleswig; St. Florian pur - könne durchaus errichtet werden, dort seien Gottorf, der Erholungswert und die Hotels nicht betroffen - so heißt es wörtlich in der Pressemitteilung; St. Florian pur!

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD], Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD] und Sabine Schröder [SPD])

Ich lege Wert auf die Feststellung, daß auf Nachfrage zumindest das größte in der Nähe liegende Hotel ausdrücklich Wert darauf legt, an dieser Formulierung nicht beteiligt gewesen zu sein.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Es ist trotzdem dagegen!)

Ein dritter Punkt! Es heißt dann - so wird gern angeführt -, die **Natur** - die CDU entdeckt die Natur immer dann, wenn sie ihr in den Kram paßt -

(Widerspruch bei der CDU)

sei gefährdet. Es heißt dann bei der CDU, die Mauer, die dort zu errichten sei, wirke wie ein Sperriegel und das System der großen Grünflächen und Freiflächen werde zerstört, Feuchtbiotope, neu aufgeforstete Feuchtflächen ebenfalls. Das hört sich wunderbar an, nur: Wir haben Gott sei Dank in Schleswig-Holstein seit längerer Zeit Verfahrensweisen, wie dann umzugehen ist, wenn etwas Neues geplant wird.

Es liegt ein faunistisches Gutachten der Forschungsstelle für Ökosystemforschung der CAU vor. Es gibt eine Untersuchung der örtlichen Fauna durch die Fachleute des Landesbauamtes in Flensburg. Das Ganze, das wir dort vorhaben, geschieht in Abstimmung und mit Zustimmung mit der unteren Naturschutzbehörde des Kreises. Es gibt einen lesenswerten Grünordnungsplan, lesenswert schon deshalb, weil Sie etwas längere Zeit brauchen, um ihn zu studieren; er ist nämlich relativ dick. Es gibt Ausgleichsflächen durch Schutzanpflanzung, Bildung von Brachland, Sukzessionsflächen, Kleingewässer. Es gibt Streuobstwiesen, Extensivweiden - es gibt alles. Es gibt all das, was heute bei modernen Bauten Voraussetzung ist. Maximal dürfen auf diesem Gelände 11 ha beeinträchtigt werden. Dafür werden 18 ha Ausgleichsflächen geschaffen.

Bei der Gelegenheit kommt beispielsweise auch durch den Kollegen Jensen-Nissen ab und an das Problem auf: Was ist mit der Mauer, der Beleuchtung und den Insekten, die gegen die Lampen fliegen?

(Zuruf des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU])

- Bleiben Sie doch ruhig, Herr Kollege. Peter, du bist doch sonst auch nicht so aufgeregt - hoffe ich jedenfalls.

Es ist sichergestellt, daß an der Stelle, wo zwangsläufig eine Mauer sein muß, die dort installierten Lampen 10 % der normalen Weißlichtanlockung für nachtaktive Insekten haben. Mit der gleichen Argumentation, wie sie hier von seiten der CDU kommt, müßte man jede Straßenlampe ausknipsen - ein alberner Vorgang.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Nun komme ich zu dem, was die CDU möglicherweise - Frau Kollegin Schwarz wird das vielleicht noch einmal begründen können - zu Ihrem Sinneswandel im Vergleich zu 1992 gebracht hat. Es geht um die öffentliche Auseinandersetzung - durch eine Initiative veranlaßt - gegen das Gefängnis in Schleswig. Ich bin der Allerletzte, der etwas gegen **Bürgerbewegungen** jedweder Art hätte. Schließlich gehöre ich zu denen - das habe ich öffentlich schon gesagt -, die das gegen eine eigene Meinung in Landesverfassung und entsprechende Rechtsetzungsverfahren eingebaut haben. Aber vielleicht muß man etwas genauer hingucken, bevor man sich beispielsweise hinter die Ziele einer Initiative stellt.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Der konkrete Fall!)

- Ich will gern einen konkreten Fall nennen.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter, ich darf Sie darauf hinweisen, daß Ihre Redezeit abgelaufen ist. Auf die Uhr können Sie sich nicht verlassen - die ist vor Schreck stehengeblieben.

Holger Astrup [SPD]:

Herr Präsident, ich habe mich aber auf die Uhr verlassen und gehe davon aus, daß ich die hier angezeigten letzten drei Minuten Redezeit noch ausnutzen darf.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Vertrauensschutz!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will trotzdem in aller Kürze versuchen - gegebenenfalls melde ich mich gleich noch einmal zu einem Kurzbeitrag -, zu einem wichtigen Punkt Stellung zu nehmen, der fehlt. Frau Kollegin Schwarz, weil Sie es angesprochen haben, bitte ich, genau hinzuhören. In Leserbriefen wird beispielsweise formuliert, daß seit 1991 48 Millionen DM in Bauvorhaben der Anstalten fließen. 22 Millionen DM werden derzeit verbaut. Für die kommenden Jahre sollen trotz der Haushaltsprobleme noch einmal 54 Millionen DM investiert werden. Das macht zusammen über 120 Millionen DM. Der letzte Satz lautet - ich zitiere -:

„Ziemlich viel Geld, was da ausgegeben wird für die, die aus irgendeinem Grund vom rechten Wege abgekommen sind.“

Sie befinden sich in guter Gesellschaft. Das meine ich durchaus ironisch. Das Problem hatten wir im Laufe des heutigen Tages schon einmal.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das ist heute schon einmal schiefgegangen!)

In anderen Leserbriefen steht, dort solle ein Vorzeigeobjekt für Kriminelle geschaffen werden. Es ist die Rede von kalter Ignoranz, süffisanter Arroganz, erschreckender Unkenntnis aller, zum Beispiel des Bauausschusses, der sich vor einer Woche in Schleswig über siebeneinhalb Stunden mit den Inhalten von Einwendungen beschäftigt hat.

Letzte Bemerkung, Herr Präsident! In leichter Abwandlung des Antrags der CDU formuliere ich hier in vollem Ernst folgendes: Das derzeit von SPD und SSW befürwortete Projekt in Schleswig läßt sich in der Tat schnell und kostengünstig realisieren.

Es wäre schön, wenn es der CDU als hoffentlich einziger Kraft in diesem Hohen Hause gelänge, die Wahlkreisinteressen einzelner Fraktionsmitglieder in den Hintergrund zu drängen, sich aus den Fängen einer Initiative zu lösen und sich dem selbstformulierten, aber diesem von Ihnen gewählten Zusammenhang für mich zumindest zynisch klingenden Anspruch zu beugen, dem Interesse eines humanen Vollzuges für Jugendliche zu dienen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will gern zugeben: Die Hoffnung auf diese Einsichtsfähigkeit ist mir im Verlaufe der Diskussion, die wir vor Ort geführt haben, verlorengegangen. Die SPD-Fraktion wird Ihren Antrag ablehnen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Böttcher.

Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Schwarz hat offensichtlich den Stein der Weisen gefunden: SPD, Grüne, SSW dieses Landtags sind mit dem Klammerbeutel gepudert und wollen diese

Anstalt in Schleswig durchsetzen, obwohl es in Neumünster so viele einfachere Lösungen gibt.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

So stellen Sie es zumindest dar.

Der Vorschlag, die Situation des Jugendstrafvollzuges in Neumünster durch einen Neubau zu verbessern, ist weder originell noch besonders neu und zeugt eher von dem Glauben: Hauptsache, die unliebsamen Menschen werden weggesperrt.

Die Argumente gegen den Bau einer **Jugendanstalt in Schleswig** sind in der letzten Woche durch die Bürgerinitiative noch erweitert worden, unter anderem durch so gewichtige Gründe wie den Einfluß der Jugendanstalt auf den anliegenden Park.

Aber: Quantität ersetzt auch in diesem Fall nicht die Qualität. Sowohl der offene als auch der geschlossene Jugendvollzug sind in besonderem Maße gesetzlich verankert. Er ist dem Ziel der Erziehung verpflichtet. Auf Erziehung und Ausbildung, auf die Schaffung von persönlichen Perspektiven muß besonders Wert gelegt werden. Dem wird die Situation in Schleswig-Holstein nicht gerecht. Ich glaube, diese Auffassung teilt auch die CDU-Fraktion.

Ich möchte hier aber ausdrücklich auch noch einmal auf die Ausführungen des OLG Schleswig in seinem Urteil vom 10. Dezember 1984 hinweisen. Zur Erinnerung: Der Beschluß beschäftigt sich mit der Verfassungsmäßigkeit des Jugendvollzuges anlässlich der damaligen Situation in der Vollzugsanstalt in Neumünster. Die Situation dort hat sich verbessert, aber nicht in dem Maße, daß es vertretbar wäre, dort neue Unterknftsgebäude zu errichten.

Man soll es nicht verschweigen: Der Grundstein für die katastrophale Situation des Jugendvollzuges in Schleswig-Holstein ist durch die Versäumnisse der CDU-Regierung geschaffen worden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und F.D.P.)

Er findet zentral an einem Ort statt. Im Haus C der Strafanstalt Neumünster befinden sich sowohl die Zellen des Jugendvollzuges als auch die des Erwachsenenvollzuges. Ausbildungsmöglichkeiten existieren nicht in ausreichender Zahl. Beschäftigungsmöglichkeiten für Erwachsene und Jugendliche sind nicht getrennt. Im Winter findet der

Sport im Andachtsraum statt, der gleichzeitig der Besuchsraum ist.

Wenn Sie, meine Damen und Herren von der CDU, einmal wieder vom Strafvollzug als Kuraufenthalt reden wollen, gehen Sie nach Neumünster, und zwar nicht, um schöne Planungen und Zeichnungen zu erstellen, sondern um sich die Situation vor Ort anzusehen.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Herr Böttcher, Sie haben überhaupt nicht zugehört! Da waren wir doch!)

- Vielleicht sollten Sie noch einmal hingehen, sich alles ansehen - nicht nur auf dem Papier.

In Ihrem Antrag verweisen Sie auf die Kosten und fordern zugleich die Trennung des **Jugendvollzugs** vom **Erwachsenenvollzug**. Darf ich die Forderungen so verstehen, daß Sie auch neue Werkstätten für den Jugendvollzug bauen wollen? Dann können Sie eifrig bauen. Aus Platzgründen würde ich Ihnen raten, ein Hochhaus zu bauen; vielleicht könnte man es „Neumünster-Tower“ nennen, in Anlehnung an das ehemalige Gefängnis in London, das mittlerweile die Kronjuwelen beherbergt und nicht mehr als Gefängnis dient.

Aus Kostengründen würde ich Ihnen als Probe zu einem Pappmodell raten. Das wäre kostengünstiger.

(Beifall des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Sie könnten sich daran erfreuen. Zumindest würde es Ihnen die Folgen Ihrer Vorschläge vor Augen führen.

Ich verschweige nicht, daß die grüne Landtagsfraktion lange über die Jugendanstalt diskutiert hat. Auch gibt es Konflikte mit der örtlichen Partei. Ich glaube aber, daß man, wenn man wirklich diskutiert und sich die Situation in Schleswig-Holstein vor Augen führt, feststellen muß: Vorrangig ist es, die Situation für die Jugendlichen, für die Betroffenen zu verbessern. Das muß Maßstab aller Überlegungen sein.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und F.D.P.)

Die konkreten **Verbesserungen der Haftbedingungen** sind zwingende Voraussetzung für die Entscheidung zum Bau von Ersatzplätzen in Schleswig. Ich verweise damit noch einmal auf die Ausführungen des Oberlandesgerichts Schleswig. Integration setzt

humane Haftbedingungen und eine berufliche Ausbildung voraus. Diese Haftbedingungen müssen angesichts der finanziellen Nöte natürlich auch finanzierbar sein und gewissen wirtschaftlichen Kriterien entsprechen.

Dafür bietet **Schleswig** die Voraussetzungen. Erstens beendet Schleswig für den geschlossenen Vollzug die Zentralisierung auf einen Standort in Schleswig-Holstein. Daran werden auch Ihre Planungen nichts ändern, alles in Neumünster zu konzentrieren. Zweitens verfügt Schleswig über nutzbare bauliche Substanzen, die noch erweitert werden können. Dadurch ist eine relativ kostengünstige Realisierung der zweiten Jugendanstalt möglich. Damit wird eine direkte Verbesserung in Neumünster erreicht, weil zumindest die Zellen im Jugend- und Erwachsenenvollzug getrennt werden können.

Schleswig wird keine große Einrichtung sein. Schleswig wird immer noch die kleinste Jugendanstalt im Bundesgebiet sein, die wirtschaftlich und pädagogisch sinnvoll zu betreiben ist. Diese Realisierung bindet nicht langfristig Mittel, die für die Reform des Jugendstrafvollzuges, insbesondere für den Ausbau des offenen Vollzuges, benötigt würden, wenn man die wünschenswerte Lösung einer weiteren Dezentralisierung vorantreiben und mehrere Jugendanstalten im Lande schaffen würde. Man muß den Schwerpunkt darauf legen, den offenen Vollzug auszubauen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Ich möchte zu der ganzen Diskussion betreffend Schleswig folgendes sagen: Es wird von Initiativen in der Öffentlichkeit Angst geschürt. Es wird behauptet, die entlassenen oder beurlaubten Gefangenen würden sich in Schleswig niederlassen und dort ein kriminelles Zentrum schaffen.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Bringen Sie doch einmal die Argumente Ihrer Parteifreunde vor Ort! Das wäre sehr interessant!)

- Wenn ich meine Parteifreunde vor Ort richtig verstanden habe, dann haben sie sich den Forderungen dieser **Bürgerinitiative** nie angeschlossen.

(Holger Astrup [SPD]: Stimmt!)

Bei dem Streit, den wir geführt haben, ging es um die Größe der Anstalt. Sollten sich meine schleswiger Parteifreunde solcher Argumente bedienen, dann kann ich dazu nur sagen - -

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter Böttcher, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Jensen-Nissen?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Aber erst nach dem Satzende!)

Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Nein.

(Zuruf des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU])

- Ich bin für eine ehrliche Diskussion. Man muß auch sagen, daß man lernfähig ist. Manchmal sagt man ja auch, daß einen die besseren Argumente überzeugen können.

(Peter Jensen-Nissen [CDU]: Unglaublich, die Eierei! - Caroline Schwarz [CDU]: Eingeknickt!)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter Jensen-Nissen, ich bitte um etwas mehr Ruhe!

Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Wenn Sie Einsichtsfähigkeit als Eierei bezeichnen, dann muß ich feststellen, daß Ihnen das völlig fehlt; dann kann man Ihnen auch niemals Eierei vorwerfen.

(Beifall bei SPD und SSW)

Ich habe kein Verständnis dafür, daß in Schleswig Ängste geschürt werden. Das ist billigster Populismus. Dem liegt die Ansicht zugrunde: einmal ein Verbrecher, immer ein Verbrecher. - Ich glaube, dieser Landtag sollte dieser Parole deutlich entgentreten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Wir sollten deutlich sagen, daß wir die jungen Menschen in unserer Gesellschaft integrieren wollen und daß wir sie nicht von vornherein verloren geben.

(Zuruf der Abgeordneten Caroline Schwarz [CDU])

Wir haben in der Fraktion auch mit unseren Parteifreunden vor Ort lange darüber diskutiert. Ich sage noch einmal deutlich: Auch wenn es bessere denkbare Lösungen gibt - zu denen der CDU-Vorschlag allerdings nicht gehört - ,

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Warum eigentlich nicht?)

im Sinne der betroffenen Jugendlichen muß man sich für die beste zu realisierende Lösung entscheiden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Deswegen unterstützen wir die Planung der Landesregierung.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Eingeknickt!)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Kubicki.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es verwundert mich bei Debatten immer sehr, wie konsequent in gute und böse **Bürgerinitiativen**, in gute und böse Ängste, die man hat, unterschieden wird. Ich meine, daß wir, auch wenn es möglicherweise manche Formulierung gibt, die wir nicht teilen, gut daran täten, die dahinterstehenden Ängste und Sorgen ernst zu nehmen und sie nicht sofort zurückzuweisen und zu diskreditieren, als handelte es sich dabei immer um eine Feindlichkeit gegenüber Jugendlichen, eine Feindlichkeit gegenüber Strafgefangenen, eine Feindlichkeit gegenüber Ausländern oder eine Feindlichkeit gegenüber Umweltschützern.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Zuruf des Abgeordneten Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Das mit dem Schüren ist eine unglaubliche Sache. Das erleichtert man auch dadurch, Herr Kollege Böttcher, daß man auf die Argumente nicht eingeht.

Die F.D.P. bedauert es sehr, heute eine Debatte über ein Projekt führen zu müssen, über dessen grundsätzliche Notwendigkeit zwischen allen Parteien Konsens besteht. Alle Parteien in diesem Haus sind sich darin einig, daß es - ich sage ausdrücklich: endlich - zu einer räumlichen Trennung des **Jugendvollzugs** vom **Erwachsenenvollzug** kommen muß. Die bisherige gemeinsame Unterbringung in Neumünster muß ein Ende haben. Sie ist rechtswidrig.

(Beifall bei F.D.P., SPD und CDU)

Die Landesregierung hat die parteiübergreifende Unterstützung, die wir im Parlament schon mehrfach ausgesprochen haben, nicht zu nutzen vermocht. Wie schon bei der unglücklichen Vorbereitung des Haschischmodellversuchs in Schleswig-Holstein hat sie auch in der Frage des Neubaus der Jugendvollzugsanstalt in der Vorbereitungsphase geschlampt. Auch der Ausstieg der Gemeinde Schuby aus dem Projekt und der daraus resultierende Zwang zur Verkleinerung der Häftlingszahlen haben nicht zur Beruhigung der Lage vor Ort beigetragen.

Ein Gefängnisneubau ist nun einmal nicht mit der Errichtung eines neuen Wartehäuschens für eine Bushaltestelle zu vergleichen. Es wurde versäumt, die Bevölkerung frühzeitig und umfassend über das **Bauvorhaben** und seine **Auswirkungen** zu informieren. Wie sonst ließe sich erklären, daß von der Bevölkerung in Schleswig Gefahren beschworen wurden und nach wie vor beschworen werden, die so mit Sicherheit nicht existieren? Ich habe vernommen, daß Drogenmärkte entstehen sollen. Wie irrsinnig ist es zu glauben, daß ausgerechnet in der Nähe einer JVA ein Drogenmarkt entsteht! Wir haben gehört, Ausbrecher würden Leib und Leben der Bürgerinnen und Bürger in Schleswig gefährden, und der Gefängnisbau soll sogar Touristen von einem Besuch der Stadt abhalten. Wie naiv ist diese Vorstellung; denn auch der Bau und die Unterhaltung der JVA Fuhlsbüttel haben nie jemanden davon abgehalten, Hamburg zu besuchen, geschweige denn, ein solches Argument überhaupt je nur zu denken.

Wir halten den Neubau für eine Jugendvollzugsanstalt nach wie vor für dringend notwendig, aber wir nehmen auch die Nöte der Bevölkerung ernst. Natürlich führt der Bau der JVA zu einer **Mehrbelastung der Wohnbevölkerung**, beispielsweise durch die An- und Abfahrt der Bediensteten oder die Verlegung von

Gefangenen. Es sind dies aber weder Belastungen, die unerträglich oder auch nur unzumutbar wären; denn auch die frühere Nutzung als Jugendheim war mit einer Belastung durch Lärm und Verkehr verbunden.

Gravierender sind für die F.D.P.-Fraktion die massiven Vorwürfe, die die Initiative gegen das Gefängnis gegenüber dem Justizminister geäußert hat. Wir wollen den Neubau der JVA in Schleswig, aber wir wollen ihn nicht um jeden Preis. Sollte sich aufgrund von Nachfragen, die wir in den Ausschußberatungen noch stellen werden, herausstellen, daß der Justizminister nicht alle Standortalternativen vorbehaltlos geprüft hat, dann müssen auch wir Liberalen unsere Position neu bestimmen. Ich habe gestern und heute vernommen, daß dem Justizministerium ein Angebot über eine 3,8 ha große Fläche in Schacht-Audorf vorliegen soll. Auch dieses werden wir prüfen; dem werden wir nachgehen.

Es geht jetzt aber nicht darum, Verhinderungspolitik zu betreiben; denn wir müssen uns darüber im klaren sein, daß wir mit der kompletten Verhinderung des Neubaus in Schleswig den jugendlichen Strafgefangenen keinen Gefallen tun. Ich sage ausdrücklich: Jeder im Vollzug vernünftig resozialisierte Strafgefangene - ob Jugendlicher oder Erwachsener - ist ein Gewinn für die Gesellschaft insgesamt; denn dadurch wird eine weitere Kriminalitätsentwicklung vermieden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Eine nochmalige Neuorientierung im Jugendstrafvollzug führt dazu, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Union, daß erneut mit der Standortsuche für einen Neubau begonnen werden muß, da der von der CDU favorisierte **Standort Neumünster** nach dem bisherigen Kenntnisstand wirklich ungeeignet ist.

(Caroline Schwarz [CDU]: Nein!)

- Frau Kollegin Schwarz, Sie wissen, wie sehr ich Sie und Ihr persönliches Engagement in dieser Frage schätze. Aber ich denke, daß Sie auch der Umstand, daß Sie sich sehr stark in die Materie eingearbeitet haben, nicht davon abhalten sollte, den Blick über den Tellerrand von Schleswig hinauszurichten und ihn nicht ausschließlich auf Neumünster zu kaprizieren.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Haben Sie einmal mit dem Leiter in Neumünster gesprochen? Der hält das sehr wohl für möglich!)

Die Zeit, die eine neue Standortsuche in Anspruch nehmen würde, um die längst überfällige Trennung des Erwachsenen- vom Jugendstrafvollzuges vorzunehmen, haben wir nicht mehr; denn die notwendige Trennung ist - ich erinnere an die Debatte zu Moltsfelde und vielen anderen Dingen mehr - seit Jahren längst überfällig.

Daher sollten wir schnellstmöglich im Innen- und Rechtsausschuß über das Neubauprojekt in Schleswig beraten und Klarheit für die weitere Planung schaffen. Ich frage die Kollegin Schwarz von der Union, ob sie mit der Überweisung ihres Antrages in den Innen- und Rechtsausschuß einverstanden wäre.

(Unruhe)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Meine Damen und Herren, ich bitte um etwas mehr Aufmerksamkeit und darum, den Lärmpegel etwas zu senken.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Herr Präsident, ich danke Ihnen dafür, daß Sie mir bei diesem wichtigen Thema die notwendige Aufmerksamkeit verschaffen.

Ich frage die Union, ob sie mit der Überweisung an den Innen- und Rechtsausschuß einverstanden wäre; denn wäre sie es nicht, müßten wir ihren Antrag ablehnen.

(Beifall bei der F.D.P. und des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU])

Präsident Heinz-Werner Arens:

Frau Abgeordnete Spoorendonk, Sie haben das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Lieber Kollege Kubicki, grundsätzlich teile ich die Auffassung, die Sie in Ihrer Eingangsbemerkung äußerten. Aber ich muß sagen: In dieser Diskussion um die **Jugendanstalt in Schleswig** geht es mir anders. Ich habe sie seit Jahren - seit mehr als zehn Jahren - aus nächster Nähe mitverfolgen können; zeitweise habe ich eine so große Wut im Bauch gehabt, daß ich aufpassen muß, was ich hier und heute sage.

Darum möchte ich vorweg eines bemerken: Meine Anerkennung gilt ausdrücklich denjenigen Kommunalpolitikern in Schleswig, die trotz massiven öffentlichen Drucks und trotz persönlicher Angriffe dem Bau einer Jugendanstalt in Schleswig zugestimmt haben.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage es noch einmal: Es ist gut zu erleben, daß es noch Politikerinnen und Politiker gibt, die sich nicht nur von dumpfem Populismus und der nächsten Kommunalwahl leiten lassen.

(Anhaltender Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Frau Abgeordnete Spoorendonk, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Jensen-Nissen?

Anke Spoorendonk [SSW]:

Ja, das tue ich.

Peter Jensen-Nissen [CDU]: Frau Kollegin Spoorendonk, war die Entscheidung Ihrer Parteifreunde in Schuby - der drei Vertreter des SSW - dumpfer Populismus?

(Caroline Schwarz [CDU]: Richtig!)

- Ich komme gleich darauf zu sprechen, Herr Jensen-Nissen, denn ich habe auch das zweifelhafte Vergnügen gehabt, mich mit der Bürgerinitiative in Schleswig zu unterhalten. Ich komme gleich darauf zurück.

Vorweg aber möchte ich noch einmal sagen: Diese kommunalen Politikerinnen und Politiker haben den Mut gehabt, eine unpopuläre Entscheidung zu treffen, eine Entscheidung, von der sie persönlich oder ihre Partei vor Ort keinerlei Vorteile haben, im Gegenteil!

Auch begrüße ich - das möchte ich ebenfalls sagen -, daß die Bündnisgrünen hier im Landtag dieses Projekt mit unterstützen. Ich weiß, daß ihnen dies auch nicht leichtgefallen ist.

(Beifall bei der SPD)

Und weiter: Die Rolle, die die örtliche CDU hingegen in dieser Sache gespielt hat - das muß ich auch einmal sagen, Frau Schwarz -, ist nach meiner Meinung wenig rühmlich.

(Beifall des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Ich weiß, daß sie im Grunde genommen das Projekt mit unterstützt hat; ich weiß das aus Gesprächen. Sie, Frau Schwarz, wissen genau, daß es dazu eine ganz andere, viel differenziertere Meinung gegeben hat.

Jetzt komme ich auf die **Bürgerinitiative** zurück. Herr Jensen-Nissen, ich weiß genau, daß die SSW-Vertreter in Schuby dagegen gestimmt haben; ich weiß genau, wie das gelaufen ist. Ich habe das kritisiert, ich habe es bedauert. Ich weiß aber auch, wie es dazu gekommen ist. Gerade diese Bürgerinitiative hat die Kommunalpolitiker dermaßen fertiggemacht,

(Widerspruch bei der CDU)

so daß meine Vorurteile gegen Juristen dadurch wirklich verstärkt worden sind. Ich wünsche niemandem von Ihnen hier weitere Gespräche mit dieser Bürgerinitiative.

(Anhaltender Widerspruch bei der CDU - Peter Jensen-Nissen [CDU]: Das ist schon ein merkwürdiges Verständnis von Bürgerbeteiligung! - Weitere Zurufe - Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Einen Augenblick bitte, Frau Abgeordnete Spoorendonk. Zunächst bitte ich darum, daß im Saal etwas mehr Ruhe einkehrt. Zum zweiten: Beifalls- oder Mißfallenskundgebungen von der Tribüne aus sind nicht zulässig.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Mit ihrem heutigen Antrag beweist die CDU-Landtagsfraktion, daß sie sich ebenfalls vor diesen Karren hat spannen lassen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bürgernähe und Demokratie heißt nicht, daß man als Partei kritiklos jede Argumentation einer

Bürgerinitiative übernehmen muß. Ich weiß, daß Bürgerinitiativen ein wichtiger Bestandteil unserer Demokratie sind.

(Caroline Schwarz [CDU]: Aber nur, wenn es paßt!)

- Überhaupt nicht! Aber Bürgerinitiativen müssen es sich gefallen lassen, daß ich ihre Auffassung nicht teile, weil ich von einem anderen Ausgangspunkt ausgehe.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Caroline Schwarz [CDU]: Wir werden Sie beim Wort nehmen!)

Jetzt zu der Sache selbst! Für uns als SSW

(Anhaltende Zurufe)

- ja, immer mit der Ruhe - gibt es keinen Zweifel, daß die geplante Jugendanstalt dringend notwendig ist. Der Zustand in der Justizvollzugsanstalt Neumünster, in der Erwachsene und Jugendliche gemeinsam untergebracht sind, entspricht nicht unserem Anspruch an einen humanen Jugendvollzug.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein solcher **Jugendvollzug** läßt sich aus unserer Sicht in der gegenwärtigen Lage nur durch den Bau einer **Jugendanstalt** in Schleswig verwirklichen.

Und noch etwas zur Diskussion um die Wirtschaftlichkeit des Projekts: Hier vertraut der SSW auf die Aussagen des Justizministers, daß der Bau in Schleswig billiger ist als ein Ausbau der Anstalt in Neumünster. Aber selbst wenn es nicht so wäre, würden wir die Entscheidung für Schleswig trotzdem vorziehen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Den Teufel an die Wand zu malen, wie es die örtliche Bürgerinitiative getan hat, und eine steigende Kriminalität sowie einen Rückgang des Tourismus herbeizureden, ist nicht nur töricht, es ist auch eine völlig unsensible Reaktion auf einen so empfindlichen Vorgang.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir müssen den Jugendlichen und der Jugendanstalt eine Chance geben.

Eine letzte Bemerkung: Es geht uns als regionaler Partei - das ist für uns ein ganz wichtiger Aspekt - auch um die **Arbeitsplätze**. Wir können nicht beklagen, daß seit Jahren öffentliche Arbeitsplätze aus dem Landesteil Schleswig abgezogen werden,

(Beifall bei der SPD)

dann aber, wenn die Möglichkeit sicherer Arbeitsplätze besteht, diese nicht wollen. Wir wollen diese Arbeitsplätze, wir wollen den humanen Strafvollzug, und wir sind der Meinung, daß dies für unsere Region insgesamt von Vorteil und etwas Gutes sein wird.

(Anhaltender Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Hennig.

Dr. Ottfried Hennig [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Haus kommt gegen Abend noch einmal auf Touren; das ist ja auch nicht verkehrt.

(Holger Astrup [SPD]: Ja, in dieser Frage!)

- Nun, Ihre Rede habe ich nicht gemeint, Herr Astrup.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Ich kann nur sagen: Neun Jahre SPD-Landesregierung - und der Jugendvollzug im Lande ist, wie er war. Das ist doch nun wohl klar.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Oh, das gibt es ja nicht! Seit 1975 ist nichts geschehen! Das ist doch unglaublich! - Klaus-Dieter Müller [SPD]: In 38 Jahren haben Sie ihn heruntergewirtschaftet!)

- Zu Ihnen komme ich gleich noch. Bleiben Sie nur im Saal; ich brauche Sie dafür.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Meine Damen und Herren, etwas mehr Ruhe! Ich wäre ansonsten gern bereit, die Sitzung zu unterbrechen, wenn wir eine Abkühlung brauchen.

Dr. Ottfried Hennig [CDU]:

Das empfinde ich nicht als unbedingt notwendig; wir wollen es einmal versuchen.

Ich will nur sagen, Herr Astrup: Worte wie „arrogant“ und „zynisch“ fallen in diesem Fall ganz gewiß auf denjenigen zurück, der sie verwendet.

(Beifall bei der CDU)

Wer in seiner Argumentation mit einzelnen Sätzen aus einzelnen Leserbriefen argumentiert, der hat keine anderen Argumente. Das ist wirklich erbärmlich. Was haben wir, was hat die Bürgerinitiative insgesamt mit den kritisierten Auswüchsen zu tun? Gar nichts, meine Damen und Herren!

Ich habe mich gemeldet, weil mich dieser Fall wirklich aufzuregen beginnt. Ich habe zig Bürgerinitiativen kennengelernt, habe mit sehr vielen **Bürgerinitiativen** in meinem politischen Leben Kontakt gehabt, aber ich habe selten eine erlebt, die so sachkompetent, so engagiert, aber ohne großes öffentliches Buhei

(Widerspruch bei der SPD - Dr. Gabriele Kötschau [SPD]: Was? Genau das Gegenteil!)

so hartnäckig und engagiert ihre Argumente besonnen und unspektakulär vorgetragen hat wie diese,

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

die mit guten Argumenten gegen diese Planung vorgegangen ist.

Was spricht eigentlich dagegen, diese Anregung für die Vollzugsanstalt Neumünster noch einmal sorgfältig zu überprüfen, Herr Minister? Was spricht eigentlich aus der Sicht des Finanzministers dafür oder dagegen, wenn ein solcher Plan wirklich billiger durchgeführt werden kann?

6000 Unterschriften gibt es. Ich habe mir schon Anfang des Jahres in Schleswig in einer großen Versammlung dieser Bürgerinitiative einen sicheren Eindruck von der Qualität dieser Initiative verschaffen können.

(Konrad Nabel [SPD]: Was machen wir dann mit der A 20? Wieviel Unterschriften gibt es da?)

Und was tun Sie? Ich habe bei Ihrem Antrittsbesuch, Herr Walter - er braucht noch ein paar Argumente aus der Staatskanzlei, aber es geht vielleicht auch so -, bei mir - Herr Jöhnk war dabei - die Argumente und die Unterschriftensammlungen genannt beziehungsweise übergeben und habe Sie gebeten, sie sorgfältig zu prüfen. Wenige Tage darauf hat Herr Jöhnk dies in Schleswig vom Tisch gefegt und gesagt: Das machen wir unter gar keinen Umständen! - Das ist doch wohl keine sorgfältige Prüfung!

(Beifall bei der CDU)

Frau Simonis war noch nicht einmal zur Entgegennahme der Unterschriftenliste bereit - bei derselben Gelegenheit, wie ich sie hatte. Ich finde, das ist Arroganz der Macht. So kann man mit Bürgerinitiativen nicht umgehen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

In ihrer Begründung unseres Antrags weist die Kollegin Caroline Schwarz eindeutig nach, daß die anderweitige Verwertung der Flächen in Schleswig einerseits und ein Erweiterungsbau in Neumünster andererseits die erheblich kostengünstigere und auch noch problemlosere Lösung wäre.

(Konrad Nabel [SPD]: Billiger Populismus!)

Das allein scheint die Landesregierung überhaupt nicht zu interessieren.

Nun ein Wort zu den Grünen! Die Grünen warfen Justizminister Walter vor, mit der großen Lösung in Schleswig den **Koalitionsvertrag** zu verletzen. Habe ich das in der Zeitung falsch gelesen?

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Das lassen Sie mal unser Problem sein!)

Das war doch wohl richtig. Der GAL-Vorsitzende Arnhold in Schleswig sprach sogar von Vertragsbruch. Eine Anstalt in der geplanten Größe verhindere den weiteren Bau einer Jugendanstalt im Süden Schleswig-Holsteins. Das jedoch sei eindeutig im Koalitionspapier festgelegt, erklärte die Grüne Fraktionsvorsitzende Fröhlich gegenüber der Zeitung.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Aha!)

Nun denn! Frau Fröhlich hat in dem Interview angekündigt, daß sie die Vorstellungen der Grünen hartnäckig vertreten werde.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das haben wir heute gehört!)

Falls sich der Justizminister nicht bewege, werde die Angelegenheit zu einer ernsten Belastung der Koalition.

(Lachen bei CDU und F.D.P.)

Wo sind Sie eigentlich mit dieser Position geblieben, Sie temperamentvolle Fraktionsvorsitzende? Umgefallen sind Sie, eingeknickt sind Sie.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Das ist nun keine Vokabel von mir, sondern der GAL-Vorsitzende Arnhold in Schleswig hat erklärt, daß der grüne Landesvorstand inzwischen eingeknickt sei.

(Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Glocke des Präsidenten)

Das scheint ja wohl richtig zu sein. Keine Spur von hartnäckiger Vertretung der eigenen Vorstellungen.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter, ich bitte, zum Schluß zu kommen.

(Zuruf des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dr. Ottfried Hennig [CDU]:

Ich dachte, das rote Licht hätte für mich die gleiche Bedeutung wie vorhin für Herrn Astrup.

(Beifall bei der CDU)

Aber ich will mich dann bemühen, Ihren Worten zu entsprechen.

Nun wächst endlich einmal etwas von unten bei den Grünen, und dann wird es abgeknipst - ausgerechnet in dieser Situation.

(Lachen bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Thomas Stritzl [CDU]: Unerhört!)

Ich empfehle dringend, daß der Justizminister auch nach der regionalen Schleswiger Entscheidung die Argumente, die ganz sachlich für eine solche Lösung in **Neumünster** sprechen, noch einmal überprüft. Ich empfehle dringend, daß Sie auf die Argumente der Bürger eingehen, denn die Art und Weise, wie hier diese Bürgerinitiative heute billig abgebürstet worden ist, wird nur dazu führen, daß die Akzeptanz in **Schleswig** noch einmal wesentlich geringer wird. In dieser Art und Weise sollten Sie von der ersten Regierungserklärung Engholms nicht abweichen, in der er gesagt hat, wir machen das jetzt mit den Bürgern. - Sie machen das in einer Art und Weise gegen die Bürger, die jeder Beschreibung spottet.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Fröhlich.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Jetzt erklärt sie ihren Sinneswandel!)

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es stimmt: Ich habe mich an einer bestimmten Stelle nicht durchsetzen können - weder während der Verhandlungen noch im Vollzug dieses **Koalitionsvertrages**.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Dann kann doch der Kollege nicht rufen „billiger Populismus“!)

- Über billigen Populismus, Herr Hennig, werde ich mit Ihnen nicht reden, und das schon gar nicht nach dieser Debatte.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Wenn Grüne anfangen, sich mit Justizpolitik in diesem Land fest zu beschäftigen,

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

und feststellen müssen, daß seit den Jahren der CDU-Regierung schwerste Versäumnisse in diesem Land zu beklagen sind,

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Zurufe von der CDU: Oho, oho!)

die mit den Finanzmitteln, die uns derzeit zur Verfügung stehen, überhaupt nicht mehr zu bewältigen sind, dann stehen sie schon vor einem besonderen Problem. Wir haben ehrlich versucht, mit dieser Geschichte einigermaßen fertig zu werden. Wir haben als Grüne versucht, unsere Vorstellungen von modernem Jugendstrafvollzug durchzusetzen, mit dem Justizministerium darüber zu diskutieren. Was die **Bürgerinitiative** vor Ort dazu beigetragen hat, war nicht besonders erleichternd.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben uns zuallererst damit auseinandersetzen müssen, daß es eine Mauer geben wird, was für Grüne schon einmal eine große Schwierigkeit ist. Wir stellen uns Jugendstrafvollzug als eine offene Veranstaltung vor, dezentral organisiert, genauso wie es das Ostendorf-Gutachten auch vorgesehen hat.

(Zurufe von CDU und F.D.P.)

Wir haben aufgrund dieses Gutachtens geglaubt, gute Karten zu haben, wenn wir an dieser Stelle mit der SPD zusammengehen. Wir haben uns eines Besseren belehren lassen müssen. Wir haben es nicht geschafft, uns so durchzusetzen, wie wir das gedacht haben. So etwas kommt in jeder Koalition vor.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das sind zwei Paar Schuhe!)

Wir erleben das in Bonn ja gelegentlich auch einmal. Ich muß mich dafür überhaupt nicht schämen.

(Beifall bei der SPD)

Was ich aber sagen muß: Schämen sollte sich eine Partei, die hier seit den siebziger Jahren mit Neumünster und Moltsfelde herumlaboriert, die es seit 1984 gerichtsfest hat, daß die Zusammenlegung von **Erwachsenen- und Jugendvollzug** überhaupt nicht zulässig ist.

(Zurufe von der CDU)

Eine solche Partei sollte sich schämen, hier solchen Zirkus zu veranstalten, wie Sie das tun.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Dafür ist das Thema viel zu gefährlich.

Dann noch ein letzter Satz! Ich bin dann - ich habe mir über Neumünster immer nur Berichte erzählen lassen - in Neumünster gewesen. Das, was ich dort gesehen habe, habe ich nicht geglaubt. Ich habe nicht geglaubt, daß es 1996 so etwas noch gibt. Daß Sie jetzt vorschlagen, dort solle erweitert werden, ist dermaßen verrückt und menschenverachtend,

(Zurufe von der CDU)

wenn Sie wirklich wissen, was junge Leute brauchen, wenn sie denn schon hinter Mauern müssen, daß sich dazu gar keine Worte mehr finden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Zurufe von der CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Herr Minister Walter.

Gerd Walter, Minister für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten:

Meine Damen und Herren! Wenn ich Sie zunächst ansprechen darf, Herr Hennig: Jahrelang vor Ort mithelfen, daß nichts zustande kommt im Jugendvollzug, und hinterher die Regierung dafür anklagen, daß sie nichts zustande bringt, ist nicht in Ordnung, Herr Hennig.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Widerspruch bei der CDU)

Das ist nicht in Ordnung.

Wir wollen hier ja offensichtlich ein deutliches Wort sprechen. 6000 Unterschriften, sagen Sie. - Übrigens, wenn man sie überreicht bekommt und hinterher, am nächsten Tag, das Foto in der Zeitung sieht oder die Pressemitteilung dazu liest, dann merkt man auch die Absicht und ist verstimmt.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Es ist gar kein Foto gemacht worden bei der Gelegenheit! Das stimmt nicht!)

Aber lassen wir das einmal beiseite. Lassen wir das mit dem Artikel einmal beiseite. Nehmen wir einmal das mit den 6000 Unterschriften, weil das jetzt plötzlich von Ihnen der Maßstab für die richtigen Entscheidungen geworden ist. Dann sollten Sie vielleicht auch beantworten, was mit den 13 000 Unterschriften zum Transrapid ist.

(Beifall bei der SPD)

So ist das mit Unterschriften, Herr Hennig. Man muß sich seine Argumente freundlicher Weise so aussuchen, daß sie auch für alle Fälle durchstehen.

(Zurufe von der CDU)

Frau Schwarz, Sie haben sich für die Vorlage bedankt. Ich gebe das Dankeschön gern zurück.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ottfried Hennig [CDU])

Sie reden von 243 Haftplätzen im Bereich des **Jugendvollzuges** in der Anstalt in Neumünster. - Es sind 173. Sie sprechen in Ihrer Pressemitteilung davon, daß daneben, neben der Erwachsenenanstalt, eine Jugendanstalt existiere. - Die Jugendlichen sind heute in einem Haus zusammen mit dem **Erwachsenenvollzug** untergebracht,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Was nicht sein darf!)

und die „Operation Schleswig“ ist die Voraussetzung dafür, daß diejenigen Jugendlichen, die in der Anstalt Neumünster verbleiben, so verlegt werden können, daß sie dann wenigstens in diesem Haus allein untergebracht sind.

(Beifall bei der SPD)

Sie reden von 16 Millionen DM als einer nach oben offenen Richterskala für das **Projekt in Schleswig** und sagen dazu nicht, daß dieser Betrag gedeckelt ist. Sie unterstellen, es gebe die Infrastruktur für diese von Ihnen erwähnte Zahl von Häftlingen in der Anstalt in Neumünster, und haben leider vergessen, daß wir wegen des Rückzugs des Arbeitsamtes für externe Ausbildungs- und Arbeitsmaßnahmen in Neumünster einen hohen Betrag aus dem Landeshaushalt zuschießen müssen, weil wir in einer externen

Berufsbildungsmaßnahme Menschen, Jugendliche ausbilden müssen, die in der Anstalt in Neumünster heute eben keinen Platz haben. Das heißt, wir haben eben nicht die Infrastrukturmaßnahmen in der Anstalt in Neumünster für die Gesamtzahl der von Ihnen erwähnten Häftlinge.

(Caroline Schwarz [CDU]:
Selbstverständlich!)

Nicht umsonst haben wir bei diesen Haushaltsberatungen - vielleicht machen Sie sich bei den Kolleginnen und Kollegen einmal sachkundig - auch so mit dem Arbeitsamt darum gerungen, um sicherstellen zu können, daß für die Übergangszeit bis zu einer Realisierung in Schleswig mindestens diese externe Maßnahme für rund 40 Menschen in Neumünster durch die Landesregierung, durch den Landeshaushalt, durch das Parlament finanziert werden kann, wo sich doch das Arbeitsamt sukzessive zurückzieht. Wir müssen die Situation vermeiden, daß eine größere Zahl von jungen Menschen ohne **Beschäftigungs- und Ausbildungsmöglichkeiten** in der Anstalt einsitzen - mit allen den Folgen, die das für einen Strafvollzug hat.

Sie sagen dann auch noch, in Neumünster könne man das alles im Einvernehmen mit der Bevölkerung machen. Vielleicht orientieren Sie sich im Anschluß daran bei den Mitarbeitern im Justizministerium, welche Probleme allein in Neumünster die Einrichtung einer kleinen Einrichtung des offenen Vollzugs ausgelöst hat, damit wir gemeinsam wissen, worüber wir reden.

(Beifall bei der SPD)

Die Situation, im Bereich von Haftanstalten etwas zu tun und dafür Beifall in der Bevölkerung zu bekommen, muß wohl erst noch erfunden werden.

Damit wir wissen, worüber wir reden: Das sind nicht die von einer Landesregierung oder von einem Minister produzierten Gefangenen, sondern diese **Gefangenen** und diese Häftlinge sind das Problem der gesamten **Gesellschaft**. Sie hat sich auch - verdammt noch einmal - darum zu kümmern, was mit ihnen passiert.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Das Problem kann man nicht einfach hin- und herschieben.

Die eigentliche Frage ist, welcher **Jugendvollzug** die besten Chancen für die jugendlichen Straftäter und auch für die Gesellschaft bietet. Es liegt nämlich nicht zuletzt im Interesse der Gesellschaft, ein späteres Leben in Freiheit ohne Straftaten zu ermöglichen. Diese Frage gilt es zu beantworten.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN, F.D.P. und SSW)

Ein Teil der Antwort heißt: Der jetzige Jugendvollzug in Schleswig-Holstein dient diesem Ziel höchst unzureichend, und er muß deshalb reformiert werden. Es muß etwas geschehen.

(Beifall bei der SPD und des
Abgeordneten Wolfgang Kubicki
[F.D.P.])

Herr Kubicki hat darauf hingewiesen - ich glaube, Herr Astrup auch -, daß es dem Jugendgerichtsgesetz widerspricht, das in § 92 verlangt, daß die **Jugendstrafen** in Jugendstrafanstalten zu vollziehen sind, wenn Schleswig-Holstein als einziges sogenanntes altes Bundesland Freiheitsstrafen für Jugendliche und Erwachsene gemeinsam in einer **Erwachsenenanstalt**, zum Teil auch noch in einem Gebäude, vollzieht.

Ich füge hinzu: Es erschwert den Vollzug, und es produziert Risiken für die Umgebung und die Gesellschaft, wenn Massierungen in einer Anstalt, wie die derzeit 500 in **Neumünster**, zementiert werden, die - wenn man Ihrem Vorschlag folgt - auch in Zukunft zementiert werden sollen. Dies ist nicht verantwortbar.

(Beifall bei der SPD)

So einfach ist.

Darum kann sich niemand herumdrücken. Das gehört reformiert. Unsere Antwort darauf heißt seit langer Zeit **Schleswig**.

Es wird so getan, als stünden wir am Beginn einer Debatte. Wir befinden uns aber in der Mitte eines Planungsprozesses. In Schleswig wurde schon eine sehr mutige Entscheidung getroffen. Darauf komme ich noch einmal zurück. Seit Juli 1991 wird dieses Projekt verfolgt.

(Zuruf der Abgeordneten Caroline
Schwarz [CDU])

Wenn es nicht den schon erwähnten Vorgang im Bereich der Nachbargemeinde gegeben hätte, wären wir vermutlich längst in diese neue Jugendanstalt eingezogen. Das, was Sie als Alternative vorgeschlagen haben, kam wenige Tage - ich glaube drei oder vier Tage - vor der Entscheidung in Schleswig.

(Holger Astrup [SPD]: 1991 schon!)

Ich weiß nicht, ob man das wirklich ganz ernst nehmen soll.

(Caroline Schwarz [CDU]: Ich bitte darum!)

Drei Tage vor der Entscheidung in Schleswig nach einem mehrjährigen Diskussions- und Planungsprozeß!

Nun lassen wir uns einmal einen kleinen Augenblick darauf ein: Es wird behauptet, es sei ein leichtes, ein zusätzliches Haus auf das **Gelände der JVA Neumünster** zu setzen, um schnell und kostengünstiger zum Ziel zu kommen. Fakt ist: Das Ding wird mindestens genauso teuer wie in Schleswig - wir können uns über die Zahlen im Ausschuß gern austauschen -, dies unter anderem deshalb, weil Sie den schlichten Fakt vergessen haben - den ich versuchte, gerade schon darzustellen -, daß die Ausbildungsplatz- und Arbeitsplatzkapazitäten in der Anstalt heute überhaupt nicht in der notwendigen Anzahl zur Verfügung stehen und extern im Augenblick vorgehalten werden.

Fakt ist, daß Grundflächen und der Sportplatz, die allen Gefangenen zum Aufenthalt im Freien dienen und auf die die Menschen auch einen gesetzlichen Anspruch haben, unzulässig beschnitten würden.

(Zuruf der Abgeordneten Caroline Schwarz [CDU])

Fakt ist: Sie verewigen eine Massierung, die - ich habe es schon gesagt - nicht vertretbar ist und den Vollzug erschwert, verehrte Frau Schwarz.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Man kann sich über die Etagen streiten - wir haben es im Ministerium mit Bauklötzen, zwei für die Sporthalle und drei, vier oder fünf für die zugehörigen Wohn- oder Unterbringungsgeschosse durchgespielt -, aber ich sage Ihnen nur: Ich will ein modernes Jugendgefängnis und kein Silo haben.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, F.D.P. und SSW)

Unabhängig davon, wie groß die Stockwerkzahl ist, kommt dies bei Ihrem Vorschlag heraus, verehrte Frau Schwarz.

Fakt ist auch: Die gebotene Trennung ist unter diesen Bedingungen in der Justizvollzugsanstalt in Neumünster nicht realisierbar. Ich sehe, Herr Kubicki nickt mit dem Kopf. Ich bin noch nicht so lange in dem Justizgeschäft - wenn ich das so sagen darf -, aber in der Zwischenzeit lerne ich täglich dazu.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Ich lerne vieles über die Frage, wie geschlossen und isoliert man einzelne Bereiche in einer Anstalt halten kann. Natürlich kommt es zu Berührungen und zu Begegnungen, ob nun beim Arzt, bei der Seelsorge, beim Kaufmann oder bei den Ausbildungsplätzen. Oder wollen Sie die gesamte Infrastruktur doppelt vorhalten? Das ist völlig unrealistisch. Von städtebaulichen Erwägungen brauchen wir in dem Zusammenhang gar nicht zu reden.

Nein, Tatsache ist, den modernen **Erziehungsvollzug** - wir reden über Jugendliche, bei denen wir nicht zuletzt auch im Interesse der Gesellschaft darauf achten müssen, daß sie nicht unter schlimmen Bedingungen tiefer in den Sumpf von Kriminalität absacken - in kleinen Einheiten, getrennt vom Erwachsenenvollzug, bekommen sie in Schleswig in absehbarer Zeit, oder sie bekommen ihn gar nicht in Schleswig-Holstein. Das ist die Wirklichkeit.

(Beifall bei SPD und SSW)

Das ist übrigens ein Baustein für ein **Konzept**, daß das Wort dezentral sehr wohl in seiner Überschrift führt. Dies sowohl im offenen als auch im geschlossenen Bereich. Mit Schleswig werden wir neben Neumünster und Flensburg insgesamt fünf Einheiten des offenen und des geschlossenen Vollzugs im Lande haben. Diese Entwicklung hoffen wir fortsetzen zu können, indem wir auch ein weiteres Angebot im Süden des Landes realisieren.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe das jetzt nur auszugsweise vortragen können, weil es keinen Sinn macht, sich jetzt über Planungseinzelheiten auszutauschen. Ich wollte damit

auch nur sagen, daß diese kurzfristig vorgelegte Alternative keine ist. Aber es gibt für die Vorlage dieser Alternative natürlich ein Motiv, und das ist der Protest vor Ort.

Das ist übrigens in der Politik überhaupt nicht ehrenrührig. Das gilt erst recht - das sage ich ohne jeden Unterton - für örtliche Abgeordnete. Ich weiß sehr gut, daß es aus vielerlei Gründen auch örtlichen Abgeordneten nicht leichtfällt und es ihnen auch schwermacht wird, sich örtlichen Protesten zu verwehren. Diese Proteste sollten in der Tat ernstgenommen werden. Wir haben das aber auch entgegen dem Eindruck, der notorisch erweckt wird, auch getan. Wir sind dem bloß nicht gefolgt. Ich komme gleich auch noch mal darauf zurück, warum dies der Fall ist.

Wir haben das auch in diesem Fall ernstgenommen. Wir haben öffentliche Veranstaltungen zum Für und Wider durchgeführt. Wir haben uns daran aktiv beteiligt und Rede und Antwort gestanden. Wir haben einen Katalog mit Fragen und Antworten zur Jugendstrafanstalt Schleswig erstellt, darin die von Bürgerinnen und Bürgern öffentlich erhobenen Fragen beantwortet und den Katalog allen Interessierten zur Verfügung gestellt. Wir haben die Bedenken nicht nur angehört, sondern wir sind ihnen wirklich nachgegangen - dies übrigens auch deshalb, weil sich dann, wenn es eine einfachere, eine konfliktfreiere, eine bessere und eine billigere Lösung geben würde, die Frage stellte, warum ich sie eigentlich nicht akzeptieren sollte.

(Caroline Schwarz [CDU]: Das frage ich mich auch!)

Das ersparte mir doch viele Probleme.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Minister, bitte kommen Sie zum Schluß.

Gerd Walter, Minister für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten:

Ja, ich komme gleich zum Schluß.

Ich sage: Ja, ein solches Projekt verursacht auch Belastungen! Ja, einen Jugendvollzug ohne Risiko gibt es auch nicht!

Aber wir haben erwogen, gewogen und entschieden, daß dieser Bau auch im Lichte der Einwände der Initiative mehr als vertretbar ist. Jede andere Entscheidung wäre leichter gewesen, aber auch deutlich schlechter.

In Wahrheit - lassen Sie mich das zum Schluß sagen - steht dieser Konflikt für eine Zeit, in der die Interessen von Gruppen und einzelnen immer wichtiger genommen werden. Ich sage Ihnen: Es wird Zeit, daß das gute alte **Gemeinwohl** wieder etwas mehr gilt.

(Beifall bei SPD und SSW)

In diesem Fall heißt das dann eben auch Mut zum Gegenhalten, weil das Offenhalten eben keine Lösung ist, jedenfalls nicht für die, die diese Entscheidungen zu treffen haben, Herr Kubicki.

Wenn ein sinngebender Strafvollzug, der junge Straftäter auf ein Leben in Freiheit ohne Straftaten bestmöglich vorbereiten soll, nicht nur im Interesse der jungen Gefangenen, sondern auch im Interesse der Gesellschaft liegt, darf er auch Einschränkungen bei denen erfordern, deren Lebenswerk glücklicher verlief.

(Beifall bei SPD und SSW - Glocke des Präsidenten)

Deshalb danke ich all denen, die diesen Gedanken unterstützen. Ich füge hinzu: Ich ziehe den Hut vor dem Bürgermeister der Stadt Schleswig,

(Beifall bei der SPD)

und ich ziehe den Hut vor denjenigen, die ihn dort in einer Position unterstützt haben, die heißt: In diesem Fall muß dem Gemeinwohl Vorrang vor noch so legitimen Gruppeninteressen gegeben werden.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, F.D.P. und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung hat Frau Abgeordnete Dr. Kötschau.

Dr. Gabriele Kötschau [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vier Punkte: Zu den Zielen des Jugendvollzugs hat Herr Astrup schon einiges gesagt. Deshalb möchte ich es dabei belassen.

Zur angestrebten **Resozialisierung** und der Vorbereitung auf ein straffreies Leben ist auch schon viel gesagt worden. Die Unterbringung in kleinen dezentralen Einheiten und die Trennung ist schlichtweg ein Muß, das wir umsetzen müssen.

Der Minister hat schon aufgeklärt, wie es sich tatsächlich mit den Zahlen verhält. Wenn in der Tat noch 70 **jugendliche Gefangene** in einem gesonderten Haus in Neumünster verbleiben, ist das sicherlich noch immer kein Idealzustand, aber das Idealste, was in absehbarer Zeit überhaupt zu erreichen ist, und da haben wir eine größtmögliche **Trennung**, zu der wir stehen.

Was die Argumente der **Bürgerinitiative** angeht, so sind sie sicherlich ernst zu nehmen. Was die Argumente der Schleswiger angeht, so sind auch die sicher ernst zu nehmen, und zwar auch deshalb ernst zu nehmen, weil es seit Jahren Erfahrungen gibt. Es gibt bereits jetzt Jugendliche, die dort untergebracht sind, und es gibt so gut wie keine Probleme.

Herr Kubicki, ich schließe mich dem an, was Sie vorhin sagten: Es gab vorher kein Mädchenpensionat. Machen wir uns doch nichts vor! Es war ein Heim für schwererziehbare Jugendliche. Natürlich ist hin und wieder etwas passiert. Natürlich können wir nicht ausschließen, daß hin und wieder etwas passieren kann - natürlich nicht! All das nehmen wir aber bei Abwägung aller Argumente in Kauf.

Ich kann mich nur anschließen: Auch ich ziehe den Hut vor jedem, der verantwortlich entschieden hat. Übers Knie gebrochen ist diese Entscheidung mit Sicherheit nicht. Seit Jahren diskutieren wir im Lande über die Möglichkeiten. Seit Jahren wird in Schleswig und in Schuby diskutiert. Die letzte Bauausschußsitzung - die letzte von vielen Sitzungen - hat siebeneinhalb Stunden gedauert, es gab eine mehrstündige Sitzung des Stadtrates, die nicht einfach war. Da kann man nur sagen: Hut ab, Hochachtung! Unter demokratischem Bewußtsein verstehe ich, daß man die Entscheidung dann auch akzeptiert.

Ein letztes! Ich fordere die Abgeordneten aller Fraktionen, auch im Süden und in der Mitte des Landes, auf, bei der Suche nach Liegenschaften behilflich zu sein, um auch dezentrale, kleinere Einheiten im südlichen Landesteil und in der Mitte schaffen zu können. Wir hatten - Minister Walter hat es gesagt - schon verschiedene Liegenschaften im Auge. Es darf nicht blockiert werden. Wir müssen alle an einem

Strang ziehen. Ich bitte, daß jeder verantwortlich handelt.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat Frau Abgeordnete Schwarz.

(Caroline Schwarz [CDU]: Ich habe mich nicht gemeldet! Herr Stritzl hat sich gemeldet!)

- Dann hat jetzt das Wort zu einem Kurzbeitrag Herr Abgeordneter Stritzl.

(Zuruf von der SPD: Der hat immer das letzte Wort! - Unruhe)

Thomas Stritzl [CDU]:

Es gibt wenige Dinge, die dem Kollegen Saxe gleich auffallen, aber Sie haben recht: Ich bin nicht im Justizbereich tätig. Ich melde mich auch gar nicht aus diesem Grunde, sondern deswegen, weil vieles, was in der Diskussion angesprochen wurde, mich an meine Zeit als jugendpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion erinnert. Erlauben Sie mir deswegen ein paar Anmerkungen!

Herr Minister, es reicht nicht aus, zu sagen: Ich habe mit einer Initiative gesprochen.

(Caroline Schwarz [CDU]: Hat er nicht!)

- Vorausgesetzt, er hätte es. - Was die **Initiative**, die hervorragende Arbeit vor Ort leistet, Ihnen zu Recht vorhält, ist, daß Sie nicht ergebnisoffen mit ihnen gesprochen haben, daß Sie gar nicht in der Lage und bereit waren, ihren sachlichen Rat wirklich aufzunehmen, und zwar deshalb, weil Sie bereits am Anfang der Gespräche an der Lösung überhaupt keinen Zweifel hatten. Sie wollten sie durchsetzen. Es war in der ganzen Angelegenheit überhaupt kein Kompromiß mehr mit Ihnen möglich. Das ist die Kritik, die die Leute zu Recht üben, wenn sie sagen: Wir bringen unseren Sachverstand ein, wir machen uns sachkundig, und ihr seid im Prinzip gar nicht bereit, in der Sache überhaupt mit euch reden zu lassen. Dann werden Gespräche mit den Bürgern zur Farce. Diesem Vorwurf müssen Sie sich mit Recht aussetzen und stellen.

(Zuruf des Abgeordneten Detlef
Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN])

- Sie waren damals ja noch gar nicht im Landtag. - Warum waren Sie nicht offen? Weil es damals zur Wahl 1988 eine Festlegung der SPD gab, vom zentralen auf den dezentralen Jugendvollzug umzusteigen. Nun tun Sie nicht so, als ob das nicht eine Ihrer zentralen Aussagen gewesen sei! Genau das war die Politik Ihres Amtsvorgängers Klingner. Zu welchen Kosten haben Sie das getan? Wir haben das damals kritisiert. Lassen Sie uns bitte nicht nach dem Motto darüber streiten: Sie sind für einen modernen und zukunftsgerichteten **Jugendstrafvollzug** und wir eventuell nicht. Das ist eine völlige Verkehrung der Fronten.

(Caroline Schwarz [CDU]: Das hätte er
aber gern!)

Es war damals Minister Klingner, der die Vorbereitungen für eine zukunftsgerichtete, moderne Jugendstrafvollzugsanstalt in Neumünster in den Sand gesetzt hat, indem er gesagt hat: Das führen wir nicht mehr weiter, die Planungskosten interessieren uns nicht, wir schütten alles auf die Seite.

(Beifall bei der CDU)

Unsere Warnung, daß er damit im Ergebnis eine Modernisierung des Jugendstrafvollzugs nicht befördere, sondern verschleppe, hat sich bestätigt, wenn ich Ihren Wortbeitrag, Herr Minister, und auch den der Abgeordneten von Rot-Grün heute richtig verstehe.

Und nun ein sehr offenes Wort zu Ihnen, Frau Fröhlich! Wenn wir nicht über die Frage der **Modernisierung** streiten können, weil wir die Vorplanungen 1987/88 bereits hatten

(Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

und es durch Ihre Politik verzögert wurde,

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN]: Das war zentralistisch und
autoritär!)

dann stellen wir einmal die Frage: auf wessen Kosten eigentlich? Schleswig und Blumenburg waren zwei Liegenschaften, in denen das Land früher eine sogenannte geschlossene Heimerziehung praktiziert hat.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluß!

Thomas Stritzl [CDU]:

In diesen Einrichtungen sind junge Menschen betreut worden, denen man woanders nicht helfen konnte, denen woanders keine qualifizierte Hilfe geleistet werden konnte. Ich war da, ich habe mit den Menschen gesprochen, die dort waren, die gesagt haben, sie seien froh, daß sie eine Einrichtung haben, wo Gestrauchelte, denen bei freien Trägern nicht mehr geholfen werden konnte, eine Ausbildung bekommen haben, Perspektiven bekommen haben und im Umfeld, zum Beispiel um Schleswig, später sogar eine entsprechende Arbeitsstätte gefunden haben. Das funktionierte ganz prima im Interesse der jungen Menschen. Wo kümmert man sich heute um diese Menschen?

(Zuruf des Abgeordneten Holger Astrup
[SPD])

Frau Fröhlich, wenn Sie sagen, wir sollten uns schämen, sage ich: Sie sollten nachdenken und diesen Vorwurf zurücknehmen. Daß Sie die geschlossene Heimerziehung in diesen beiden Einrichtungen abgeschlossen und dichtgemacht haben, schadet den Menschen, die diese Hilfe benötigt hätten.

(Zuruf des Abgeordneten Holger Astrup
[SPD])

Wir waren für ein gutes, modernes Konzept, in diesem Sinne steht unsere Politik.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat Herr Abgeordneter Kubicki.

(Konrad Nabel [SPD]: Kubicki muß
immer das letzte Wort haben! - Wolfgang
Kubicki [F.D.P.]: Ich kann für die
Würfelei des Präsidenten nichts, Herr
Nabel! - Unruhe)

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Am Schluß einer Debatte - Ottfried Hennig hat es gesagt - gibt es auch etwas ganz Amüsantes. Ich habe den Ausführungen des Kollegen Stritzl, seinen Vorwürfen an den Justizminister sehr aufmerksam gelauscht. Da hat Caroline Schwarz dazwischengerufen, er habe mit denen doch gar nicht geredet. Herr Kollege Stritzl, dann ist es merkwürdig, dem Minister vorzuwerfen, was er nicht getan habe, wenn er gar nicht an einem Gespräch mit der Bürgerinitiative teilgenommen hat.

(Konrad Nabel [SPD]: Ha, ha! - Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Dann darf er sich so nicht hinstellen, wie er das hier gemacht hat! - Unruhe)

Herr Justizminister, ich habe das zweite Mal in Ihrer Amtszeit eine sehr beeindruckende Rede gehört - bei dem, was Sie hier zum **Jugendstrafvollzug** gesagt haben.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD] - Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Die andere war nicht heute! - Weitere Zurufe von der SPD)

- Herr Kollege Rossmann, ich sehe ein, daß bei Ihnen auch alles das Gold ist, was nicht glänzt. Ich habe hier eine andere Bewertung.

(Zurufe von der SPD)

Herr Minister, ich würde mich freuen - das meine ich in allem Ernst -, wenn Sie in gleicher Weise wie eben hier vor Ort in Schleswig

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: So gehört sich das!)

bei einer öffentlichen Veranstaltung oder bei mehreren öffentlichen Veranstaltungen auftreten und für **Akzeptanz** für die Jugendvollzugsanstalt werben würden. Ich glaube in allem Ernst, daß eine Menge von Vorbehalten abzubauen wären, wenn Sie in der Art und Weise, wie Sie hier gesprochen haben, auch zu denjenigen sprechen, die ihre Ängste artikuliert und die sich organisiert haben. Das ist meine herzliche Bitte.

(Holger Astrup [SPD]: Mal bitte über Hintergründe informieren, Herr Kollege!)

- Herr Kollege Astrup, wir sind uns doch einig und wissen, daß Moltsfelde aus finanziellen Gründen gestorben ist. Wir wissen auch, daß das, was jetzt in Schleswig passiert, nur ein Tropfen auf den heißen Stein ist und nicht das Ende der Fahnenstange sein kann. Es wäre für uns alle natürlich viel leichter, wenn wir wüßten, wie die weitere Konzeption nicht nur als Idee skizziert, sondern sich in der praktischen Umsetzung in nächster Zeit fortentwickeln wird.

(Holger Astrup [SPD]: Es ist viel zu tun, warten wir's ab!)

Das erwarte ich nicht heute, aber das erwarte ich in absehbarer Zeit. Herr Justizminister, ich wäre dankbar, wenn Sie den Mitgliedern des Innen- und Rechtsausschusses darüber alsbald Auskunft erteilen könnten.

Lassen Sie mich abschließend noch einmal feststellen, daß der bisherige Zustand in **Neumünster** unerträglich ist und daß er durch die Lösung in Schleswig nicht wesentlich erträglicher wird. Wir bewegen uns da nach wie vor an der Grenze des rechtlich Zulässigen. Es wird Zeit, daß dieser Zustand - das haben wir seit Jahren in diesem Hause beklagt - tatsächlich auf die gesetzmäßige Grundlage gebracht wird.

Ein letztes Wort an die Frau Kollegin Fröhlich! Ich habe den Artikel von Ottfried Hennig leider nicht gelesen. Frau Kollegin Fröhlich, auch wenn man sehr laut brüllt, kann man nicht umhin, festzustellen, daß das, was Sie gesagt haben, nicht nachvollziehbar ist. Wenn Sie eine bestimmte Haltung haben, die sich nicht verändert hat und sie sich nicht durchgesetzt haben, dürfen Sie diejenigen, die bei der Union die gleiche Haltung haben, nicht dafür kritisieren, daß sie die gleiche Haltung haben.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist nicht die gleiche Haltung! Das ist völlig anders! - Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das zentrale Prinzip - -! - Weitere Zurufe)

- Ich nehme den Vorwurf, etwas sei nicht fair, gern hin. Ich sage: Ich habe den Artikel nicht gelesen. Ich lese das gern nach.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Ich habe ihn zitiert! - Weitere Zurufe - Glocke des Präsidenten)

- Herr Präsident, ich sehe das. Ich höre auch gleich auf.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Kommen Sie bitte zum Schluß.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Ich habe die Lampe gesehen, Herr Präsident. Ich höre gleich auf.

Ein letzter Satz: Daß der Vorwurf des Populismus immer dann gegenüber anderen erschallt, wenn Sie Ihre eigenen Positionen räumen, Frau Fröhlich, ist nicht mehr tolerabel und hinnehmbar. Das fällt jetzt auf Sie zurück.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Holger Astrup [SPD]: Ich weiß nicht, ob du prädestiniert bist, so etwas zu sagen!)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Herr Abgeordnete Jensen-Nissen.

(Holger Astrup [SPD]: Peter, ich verspreche, mich nicht zu melden!)

Peter Jensen-Nissen [CDU]:

Liebe Kollegen! Die Äußerungen des Justizministers und das, was Frau Spoorendonk gesagt hat, fordern mich geradezu auf, mich vor die Leute zu stellen, die sich in meiner **Gemeinde** und in unserer Nachbargemeinde in quälenden und intensiven Diskussionen mit den Argumenten für und wider die **Jugendanstalt** beschäftigt haben und am Ende zu der Überzeugung gekommen sind, diesen Weg nicht mitzugehen. Ich finde es unerhört, dies als Populismus, dumpfen Populismus abzutun. Dafür verwahre ich mich im Interesse der Gemeindevertreter in Schuby und in Hüsby.

(Beifall bei der CDU)

Weil ich einer der wenigen bin, die die Geschichte von Anfang an kennen, könnte ich mich an dieser Stelle intensiv damit auseinandersetzen. Herr Minister, wenn Sie dem Oppositionsführer gegenüber sagen, wir hätten die Zeit vertan,

(Beifall bei der SPD)

sollten wir einmal darüber nachdenken und uns zu stiller Stunde einmal darüber unterhalten; dann werden Sie Ihre Meinung wohl revidieren.

Sie sollten über Ihre Position nachdenken und nicht so tun, als hätten sich alle, die dagegen sind, nur unter öffentlichem Druck dagegen ausgesprochen. Die 5000 Unterschriften

(Caroline Schwarz [CDU]: 6000!)

- 6000 Unterschriften - sind danach gesammelt worden. Wir haben uns frei, ohne öffentlichen Druck entschieden. Dazu stehen wir.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich kann keine weiteren Wortmeldungen ausmachen, also schließe ich die Beratung.

Es ist Abstimmung in der Sache beantragt.

(Caroline Schwarz [CDU]: Überweisung!)

Wer dem Antrag „Neuordnung des Jugendvollzugs in Schleswig-Holstein“ - -

(Meinhard Füllner [CDU]: Zur Geschäftsordnung! Wir haben Überweisung an den Ausschuß beantragt!
- Caroline Schwarz [CDU]: Der Justizminister wird im Ausschuß etwas erzählen!)

- Ein Antrag lag nicht vor, wird sich aber zu eigen gemacht. Ist das so? - Da beide Anträge, Ausschußüberweisung und Abstimmung in der Sache, vorliegen, lasse ich zunächst über den Antrag auf Ausschußüberweisung und anschließend gegebenenfalls über den Antrag in der Sache abstimmen.

Wer einer Ausschußüberweisung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! -

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das ist es eben! - Peter Jensen-Nissen [CDU]: Demokratieverständnis! - Holger Astrup [SPD]: Vorsichtig!)

Stimmenthaltungen? - Damit ist die Ausschlußüberweisung mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW abgelehnt.

Ich lasse nun in der Sache abstimmen. Wer dem Antrag der CDU zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dieser Antrag ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und F.D.P. gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bevor ich zur Schlußbemerkung komme, noch eine geschäftsordnungsmäßige Bemerkung!

Es hat mich sehr betrübt, als ich darüber informiert wurde, daß die Frau Abgeordnete Kähler bereits am Mittwoch in der Debatte den Begriff „Schweinekampagne“ benutzt hat.

(Ursula Kähler [SPD]: So ist es!)

Frau Abgeordnete Kähler, auch wenn Sie dies mir gegenüber sehr reumütig zugegeben haben, schützt Sie dies nicht vor einem Ordnungsruf. Es bleibt ein unparlamentarischer Sprachgebrauch. Ich bitte, das entsprechend zur Kenntnis zu nehmen und mit Schweigen zu begleiten.

Es hat mich förmlich geknickt, daß ich auch zur Kenntnis nehmen mußte, daß Sie, Herr Abgeordneter Dr. Rossmann, sich in der Debatte am Mittwoch, an Herrn Hennig gewandt und ihn mit „Sie Wirrkopf“ angeredet haben. Ich bitte, zur Kenntnis zu nehmen, daß auch dies einen Ordnungsruf nach sich zieht. Dies ist ein unparlamentarischer Sprachgebrauch und sollte nicht wieder vorkommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, weitere geschäftsordnungsmäßige Bemerkungen muß ich - Gott sei Dank - nicht machen.

Ich verweise darauf, daß die nächste, die 10., Tagung, am 19. Februar 1997 beginnt, und wünsche ein gutes Wochenende.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß: 18:16 Uhr